

Protokoll Bundesparteitag 25.- 26. April 2003, Linz

Schüssel:

Meine Damen und Herren, liebe Freunde!

Nachdem alle einen Platz gefunden haben und sich niedergesetzt haben, freue ich mich jetzt sehr, den 32. ordentlichen Bundesparteitag der ÖVP zu eröffnen.

Mein herzlicher Gruß gilt allen Delegierten und Gästen dieses Bundesparteitags in Linz. Ihr werdet verstehen, dass ich natürlich einige ganz besonders namentlich hervorheben möchte. Es haben sich entschuldigt Hermann Withalm und Josef Taus.

Besonders herzlich möchte ich aber anwesend begrüßen unseren

Ehrenparteiobmann Dr. Alois Mock. Alois bitte.

Ich begrüße noch Vizekanzler a.D. Dipl.-Ing. Josef Riegler, meinen Amtsvorgänger und den Erfinder der ökosozialen Marktwirtschaft. Herzlich willkommen.

Natürlich sollte ich jetzt alle ehemaligen Generalsekretäre aufzählen, aber erstens einmal sind sie zum Teil ja noch in anderer Funktion da: Helmut Kukacka oder Maria Rauch-Kallat oder Willi Molterer oder Ferdinand Mayer. Otmar Karas ist anwesend als Delegierter, als Mitglied des Europäischen Parlaments. Ich darf Ihnen sehr herzlich danken für Ihre Arbeit und Generalsekretär Lopatka, der das alles organisiert hat, stellvertretend für alle hier nennen und herzlich begrüßen.

Für alle früheren Abgeordneten, Nationalräte, Bundesräte, Nationalratspräsidenten darf ich die erste Frau sehr herzlich begrüßen, die wir in das Präsidium des Nationalrats entsandt haben: Frau Präsident Marga Hubinek, sei herzlich willkommen.

Für die Altlandeshauptleute darf ich besonders herzlich hier willkommen heißen Sigi Ludwig, Alois Bartl, Josef Ratzenböck, seid herzlich willkommen in unserer Mitte.

Ich darf weiters Erwin Wenzl und Christoph Zernatto sehr herzlich in unserer Mitte begrüßen.

Ich hoffe, ich habe jetzt einen nicht übersehen, weil das Licht ist so, dass ich manchmal hier geblendet bin. Ich darf sehr herzlich die

Altlandeshauptmannstellvertreter bei uns begrüßen, Herbert Pacher, der Franz Sauerzopf und Gerhard Jellasitz. Danke, dass ihr da seid.

Und ich darf als frühere Mitglieder der Bundesregierung, frühere Ministerinnen und Minister, stellvertretend Marilies Flemming und Jürgen Weiß in unserer Mitte herzlich willkommen heißen.

Ich darf als amtierende Volksanwältin Rosmarie Bauer sehr herzlich begrüßen.

Ich darf als einen unserer ganz wichtigen Doyens Lucki Steiner, den ich auch im Mittelgang begrüßen durfte, früher Staatssekretär, außenpolitischer Sprecher, sehr herzlich willkommen heißen.

Ich möchte Präsident Hans Igler, der uns viele Jahre immer wieder wohlwollend, manchmal auch kritisch begleitet hat, sehr herzlich bei uns begrüßen.

Natürlich alle Damen und Herren des Diplomatischen Corps, die Schwesterparteien aus dem Ausland, die Vertreter der Wirtschaft, der Medien, unsere Bürgermeister, Gemeindevertreter und Interessensvertreter, die Partei und Teilorganisationsobleute sowie alle Mandatare, Delegierten, Ehrengäste und Gastdelegierte. Sie werden auch noch gesondert vorgestellt. Die aktiven Mitglieder brauche ich ja jetzt hier an dieser Stelle nicht nennen, jeder hat eine eigene Rolle zugewiesen bekommen. Einen möchte ich erwähnen, der seit dem Jahre 1945 jeden Bundesparteitag uns begleitet hat, das ist unser Seniorenchef der Steiermark, Franz Wegart. Danke, dass du da bist, und danke dem Herrgott, dass er dir die Gesundheit dazu gibt.

Liebe Freunde, es ist eine gute Tradition unserer Volkspartei, dass wir am Beginn jedes Bundesparteitags jener gedenken, die mit uns für diese Volkspartei gearbeitet haben und jetzt nicht mehr unter uns weilen. Ich bitte Sie, sich von den Sitzen zu erheben, und stellvertretend für viele die uns vorangegangen sind, wollen wir einige in unserem Gedenken namentlich erwähnen.

Ich danke Ihnen, dass Sie sich zum Zeichen des gemeinsamen Gedenkens von den Sitzen erhoben haben. Ich bin sicher, es ist Ihnen gegangen wie mir, bei jedem oder bei vielen der Gesichter, die hier noch einmal aufgeleuchtet haben, haben wir persönliche Erinnerungen, Kontakte, Dankbarkeit miteinzubringen und es ist wichtig, dass wir dieser Menschen gedenken.

Ich habe natürlich was vergessen bei den Ehrengästen, aber jetzt wo es ein wenig abgedunkelt gewesen ist, konnte ich noch meinen Minister der ersten Stunde, als ich in den Klub gekommen bin, Franz Soronitz und Staatssekretär Karl Pisa hier entdecken. Danke, dass ihr da seid, herzlich willkommen.

Liebe Freunde, jetzt bitte ich unseren Landesherrn Sepp Pühringer, Landeshauptmann Josef Pühringer als Gastgeber hier in Linz um seine Grußworte an unseren Parteitag. Bitte.

Pühringer:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, lieber Wolfgang Schüssel, sehr geehrter Herr Nationalratspräsident, sehr geehrte Mitglieder der österreichischen Bundesregierung, liebe Waltraud Klasnic und liebe Kollegen aus den Reihen der Landeshauptleute, vor allem liebe ehemaligen Spitzenfunktionäre der österreichischen Volkspartei. Wir freuen uns ganz besonders, dass so viele gekommen sind. An der Spitze der Ehrenobmann Alois Mock, denn wir sollten bei all unseren Tagungen, bei allen politischen Geschehen nie vergessen, dass wir, die wir heute Verantwortung tragen, auf den Schultern derer stehen, die vor uns waren. Ich darf euch ganz besonders herzlich begrüßen.

Liebe Delegierte, Mitarbeiter, Freunde der österreichischen Volkspartei. Als Landeshauptmann von Oberösterreich und als Landesparteiobmann der oberösterreichischen Volkspartei heiße ich euch alle bei uns in der Landeshauptstadt Linz hier auf oberösterreichischem Boden sehr herzlich willkommen.

Es ist ein besonderer Parteitag. Nach 33 Jahren tritt bei einem Bundesparteitag der österreichischen Volkspartei wieder ein Bundeskanzler als unser Parteiobmann vor die Delegierten.

Zuletzt war dies beim Bundesparteitag 1969 der Fall. Bundeskanzler Josef Klaus. Ein langer Weg, aber die Volkspartei, Wolfgang Schüssel und wir alle haben es letztlich geschafft, wir sind wieder die Nummer 1 in der Republik.

Als Wolfgang Schüssel am 22. April 1995 als Nachfolger von Erhard Busek zum neuen Bundesparteiobmann der ÖVP gewählt worden war, hat er erklärt: „Ich will mit eurer Hilfe Bundeskanzler werden.“ Ehrlich, zu 100 Prozent überzeugt, dass er es schaffen wird, dass wir es schaffen, waren wir damals noch nicht. Doch heute, genauer gesagt, seit 24. November des vergangenen Jahres ist die ÖVP auf Bundesebene auch wieder stimmenstärkste Partei und übernahm nach 32 Jahren daher wieder voll die Rolle, die sie in sechs Ländern dieser Republik seit 45 innehat. Lieber Wolfgang Schüssel, nochmals herzlichen Glückwunsch zu diesem Erfolg, zu diesem großartigen Erfolg.

Wir sind auch in der Republik wieder die politisch gestaltende Kraft. Unsere Pläne und Konzepte haben die Wählerinnen und Wähler überzeugt, und die haben uns mit dem entsprechenden Vertrauen ausgestattet. Nach den Nationalratswahlen sind noch zwei weitere große Erfolge für die ÖVP dazugekommen. Herzliche Gratulation

auch an unseren und speziell an meinen Nachbarn Erwin Pröll zum grandiosen Wahlerfolg in Niederösterreich.

Ebenso gratuliere ich herzlich dem neuen Bürgermeister der Stadt Graz, Siegfried Nagl, und mit ihm auch Waltraut Klasnic zum großartigen Wahlsieg in Graz. Wer hätte das vor einem Jahr geglaubt.

Diese beeindruckenden Wahlergebnisse zeigen, dass die österreichische Volkspartei eine erfolgreiche politische Kraft ist, die die besseren Ideen hat, die überzeugende Leistungen erbringt und die auch über die erfolgreicheren Führungspersönlichkeiten verfügt. Liebe Damen und Herren, liebe Delegierte und Freunde. Ein ganz wesentlicher Grund für diese Erfolge ist aber sicherlich auch, dass die Menschen in unserem Land zu recht das Gefühl haben, dass die ÖVP verantwortungsbewusst handelt, mit dem Blick auf das Notwendige, auch wenn es nicht immer nur populär ist. Wir machen eine zukunftsorientierte Politik, die nicht auf Kosten kommender Generationen geht, sondern die seriös und nachhaltig ist. Ja liebe Freunde, aus solchen Wahlsiegen, wie wir sie in der letzten Zeit erleben konnten, lässt sich Kraft schöpfen, diese Siege motivieren und sie geben uns vor allem die Möglichkeit, unsere politischen Vorstellungen und Ziele auch konkret in die Tat umzusetzen. Doch derartige Wahlerfolge bedeuten auch noch etwas anderes und das ist aus meiner Sicht genauso wichtig. Wir müssen mit dem Wählerauftrag äußerst sorgsam umgehen.

Wir haben am Wahlabend des 24. November 2002 gesagt, dass wir mit großer Dankbarkeit und Freude, aber auch mit Demut, das Wählervotum annehmen. Das war die richtige Aussage zum richtigen Zeitpunkt und darin hat sich erneut die Qualität von Wolfgang Schüssel, von dem nämlich dieser Ausspruch stammt, und der ÖVP gezeigt. Doch jetzt müssen wir diesen selbstgestellten Anspruch in der Praxis auch tatsächlich erfüllen. Die ÖVP hat Österreich nach Jahrzehnten des Schuldenmachens und fehlgeleiteter sozialistischer Politik wieder auf die Überholspur gebracht. Wir machen eine Politik, die in die Zukunft gerichtet ist, und von Verantwortungsbewusstsein geprägt ist. Die Menschen verstehen, dass es Veränderungen braucht. Wir machen Politik nicht nur für uns heute, sondern auch für zukünftige Generationen, für zukünftige Generationen, nicht aber auf Kosten und zu Lasten der nächsten Generation. Das ist ein wesentlicher Unterschied zur sozialistischen Politik.

Liebe Delegierte, liebe Freunde. Eines der wichtigsten Themen für die Zukunft ist ohne Zweifel die Sicherung der Altersversorgung und die Einhaltung des Vertrags zwischen den Generationen. Dieses Thema beherrscht derzeit die Tagespolitik. Um dieses Thema darf sich auch der Bundesparteitag nicht herumschwindeln. Ich spreche daher gleich einleitend diese Frage an, weil gesagt werden muss, was Sache ist. Kein ernsthafter Politiker bestreitet die Notwendigkeit, dass etwas getan werden muss, um ein Pensionssystem auch für die Zukunft zu sichern. Das sieht auch eine große Mehrheit der Bevölkerung so. Die Leute sind realistisch. Nur die Realitätsverweigerer und die ärgsten Populisten tun heute so, als wären Reformen nicht notwendig. Und dazu gehören erstens die Haider in blau und rot, manche Scharfmacher in der sozialistischen Gewerkschaft. Ja und auch jene, die eigentlich keinen Grund dazu hätten, die lieber schweigen sollten, die in verantwortlichen Funktionen, wie Bundeskanzler, Sozialminister und Finanzminister in jenen Zeiten gestanden sind, wo diese Reformen hätten bereits begonnen werden müssen.

Liebe Freunde, das vernünftige Österreich weiß sehr wohl, dass ein Veränderungsbedarf gegeben ist. Davon bin ich überzeugt, das höre ich auch immer wieder, wenn ich jetzt draußen bei den Menschen bin. Eine große Mehrheit in Österreich ist durchaus bereit, Reformen mitzutragen. Entscheidend ist aber jedoch

eines: Reformen müssen gerecht sein. Es müssen die soziale Gerechtigkeit, die Ausgewogenheit und die Symmetrie im sozialen Gefüge gegeben sein. Die soziale Gerechtigkeit der geplanten Maßnahmen ist deswegen auch der Gradmesser für die politische Reife dieses Reformwerkes und dafür, ob die Pensionsreform eine breite Akzeptanz unter den Menschen findet oder nicht.

Die Menschen sind bereit zu akzeptieren. Sie sind auch bereit, einen Beitrag zu leisten, wenn sie das Gefühl haben, dass die Reformen gerecht gestaltet sind. Und darüber hinaus muss das Ganze auch in sozial verträglichen Schritten erfolgen. Man muss den Menschen die Chance geben, dass sie sich in ihrer Lebensplanung darauf einstellen können.

Mein Vorgänger Josef Ratzenböck hat vor wenigen Tagen den Nagel auf den Kopf getroffen oder die Sache auf den Punkt gebracht indem er gesagt hat: „Die Rezeptur ist richtig, nur die Dosierung ist falsch“. Man kann nicht die Lebensentwürfe einer ganzen Generation einfach über Nacht umstoßen. Daher müssen unbillige Härten im derzeit vorliegenden Entwurf des Sozialministeriums zur Pensionsreform noch entschärft werden.

In gebotener Kürze möchte ich die wichtigsten Anliegen nennen:

Erstens: Frauen müssen gerecht behandelt werden. Wer Kinder aufzieht, darf keinen Nachteil haben. Unsere Volkspartei hat mit dem Kindergeld Pionierleistungen im Bereich der Familienpolitik in der letzten Periode erbracht. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass Kindererziehungszeiten keinesfalls zu Nachteilen in Form von geringeren Pensionsansprüchen führen. Wir haben uns immer dazu bekannt, dass die Leistungen der Familien belohnt werden, dass sie einen Bonus darstellen und nicht zu einem Minus führen.

Zweitens: Jene, die ein Leben lang gearbeitet haben und Beiträge gezahlt haben, Frauen 40 Jahre, Männer 45 Jahre, müssen sich darauf verlassen können, dass sich für sie das Pensionssystem nicht verschlechtert.

Drittens: Für all diejenigen, die durch die Verlängerung des Durchrechnungszeitraumes überproportional belastet werden, muss es ein Auffangnetz geben, eine bestimmte Verlustgrenze darf nicht überschritten werden.

Viertens: Bei der Abschaffung der Frühpensionen muss es für jene, die unmittelbar in den nächsten Jahren die Pensionsgrenze erreichen, einen verträglichen Übergang geben, denn viele dieser Menschen haben ihre Lebensplanungen fixiert. Politik hat auch etwas mit Verlässlichkeit zu tun.

Fünftens und letztens: In bestehende Pensionen darf nicht eingegriffen werden. Vergessen wir nicht, dass ein Großteil der heutigen Pensionisten jener Generation angehört, die dieses Land aufgebaut haben, die das Fundament für den heutigen Wohlstand in schwierigen Zeiten gelegt haben. Ich denke hier nicht an die Groß- und Größtpensionisten, ich denke vor allem an die vielen Kleinst- und kleinen Pensionisten, die auf unsere Verlässlichkeit rechnen.

Liebe Freunde, das sind die Forderungen, die die ÖVP Oberösterreich von Anfang an vertreten hat, seit der Entwurf zur Pensionsreform auf dem Tisch liegt. Wir verkennen keinesfalls die Notwendigkeit von Reformmaßnahmen. Wir bekennen uns auch ganz klar zum Ziel, unser Pensionssystem langfristig zu sichern. In unserer täglichen politischen Arbeit und im täglichen Kontakt mit den Bürgern, wo wir oft auch mit persönlichen Schicksalen konfrontiert werden, sehen wir aber auch eines ganz klar, dass die Politik Rücksicht nehmen muss auf diejenigen, die am Ende des arbeitsreichen Berufslebens zu recht die Einhaltung des Generationenvertrags erwarten und sich auf eine berechenbare und seriöse Politik verlassen. Was wir heute draußen erleben, ist zum Teil Verunsicherung und Angst, Politik darf nicht Angst machen, sie muss Mut machen, sie muss Hoffnung und Zuversicht geben und

sie muss Vertrauen schaffen, das muss ein Markenzeichen der Politik der Volkspartei sein.

Liebe Freunde, ganz generell und eines ganz generell: Bei der Gestaltung des zukünftigen Pensionssystems dürfen wir vor allem auch eines nicht vergessen, bei weitem nicht alle Einkommensbezieher sind in der Lage, sich eine zweite Pensionssäule selbst aufzubauen und zu finanzieren. Wenn eine Familie über ein Familieneinkommen von 1.500, 2.000, 2.200 Euro verfügt, und das sind sehr viele in unserem Land, dann ist es zynisch, wenn wir sagen, er soll halt rechtzeitig vorsorgen und eine zweite Pensionssäule aufbauen. Ich frage, mit welchem Geld soll das gehen?

Gerade die Sicherheit, die soziale Sicherheit der kleinen Leute muss uns ein besonderes Anliegen als christlich soziale Volkspartei sein. Liebe Freunde, ich verurteile die Haltung der SPÖ, die zwar in den Koalitionsverhandlungen die Notwendigkeit einer Pensionsreform bejaht hat, doch jetzt von den dazu erforderlichen Schritten plötzlich nichts mehr wissen will. Jene Alternativvorschläge, die jetzt präsentiert werden, zeigen uns vor allem eines: Das ist nicht der Stein der Weisen. Und überhaupt kein Verständnis habe ich für die oberösterreichischen Sozialisten, die sie ja heute auf den Zufahrtsstraßen zum Teil zwar kostümiert kennen lernen konnten. Sie haben das Antipensionsvolksbegehren ins Leben gerufen. Liebe Freunde, das ist Wahlkampf auf ganz billige Art und Weise. Das ist an sich schon schlimm genug, es werden aber auch mit dieser Vorgangsweise die Generationen gegeneinander ausgespielt, aufgehetzt und das ist sicherlich das Verantwortungsloseste was man in einer so ernsten Frage, wie der Pensionssicherung tun kann. Das dürfte es eigentlich heute nicht mehr geben. Liebe Freunde, nur blockieren, nur dagegen sein, nur nein sagen, das ist einfach zu wenig, das ist Populismus in Reinkultur. Besonders an die Adresse der sozialistischen Gewerkschafter auch ein klares Wort: Jetzt ist nicht die Stunde der Straße, jetzt ist nicht die Stunde des Streiks, dort können keine Probleme gelöst werden. Jetzt ist die Stunde der Verhandlungstische. Wir brauchen keine Aufwiegelung der Bevölkerung, sondern eine gute Lösung, damit die Pensionen auch langfristig gesichert werden können.

Solche Lösungen finden wir nicht auf der Straße und nicht bei Streikkundgebungen, sondern nur bei seriösen Verhandlungen. Wir empfehlen ihnen darüber hinaus, Erkundigungen in Deutschland beim sozialistischen Bundeskanzler Schröder einzuholen, wenn sie noch immer an keinen Veränderungsbedarf glauben. Denn Schröder hat in diesen Tagen wesentlich schärfere Maßnahmen für die deutsche Bevölkerung angekündigt, als sie in Österreich zur Diskussion stehen. Das rechtfertigt in keiner Weise Härten im derzeitigen Entwurf. Die müssen noch verändert werden. Aber vielleicht ist ein Blick nach Deutschland den Sozialdemokraten behilflich auf den Weg zurück zur Sachlichkeit und zur Seriosität in dieser Diskussion. Wir erinnern aber auch die Freiheitliche Partei ganz klar an ihre Verantwortung. Die FPÖ ist mit uns in der Regierung, sie stellt auch den zuständigen Sozialminister und trotzdem will sie sich offensichtlich durch die Hintertür aus der Reformverantwortung stehlen. Eine Rollenverteilung, bei der wir Veränderung und Belastung zu verantworten haben, und die Freiheitlichen das soziale Gewissen spielen, diese Rollenverteilung darf es nicht geben.

Liebe Delegierte des Bundesparteitags. Wir haben am Wahlabend versprochen, mit dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger behutsam umzugehen. Wir werden jetzt daran gemessen, ob wir diesem Anspruch in der Praxis gerecht werden. Wir sind dafür gewählt worden, die Probleme zu lösen, sie in Angriff zu nehmen. Wir sind aber auch gewählt worden, damit wir das partnerschaftlich gerecht und mit Augenmaß tun.

Ich begrüße daher auch die Initiative meines Freundes, Bundeswirtschaftskammerpräsident Leitl die Sozialpartner in diesen Reformprozess einzubeziehen. Nehmen wir die ausgestreckte Hand des Kammerpräsidenten an. Wir dürfen uns bei der Bewältigung dieser großen Aufgaben von der Bevölkerung, von den Menschen nicht entfernen. Wir sind nicht eine neoliberale Partei, wir sind eine christlich soziale Volkspartei, d.h. wir sind für die Menschen da.

Natürlich muss eine staatstragende Partei dem Volk auch mutig vorangehen, aber niemals so weit, dass uns das Volk aus dem Auge verliert. Natürlich tragen wir Verantwortung für geordnete Finanzen. Ja, die Budgetzahlen sind wichtig, das sage ich auch als Finanzreferent eines Landes, aber wir dürfen nicht die kühlen Rechner sein. So wichtig die Zahlen sind, wir dürfen hinter den Zahlen nicht auf die Menschen vergessen. Ein wichtiger Teil unseres christlich sozialen Weltbildes besteht darin, dass der Mensch im Mittelpunkt unseres politischen Handelns stehen muss. Wer das nicht vergisst, der ist sicherlich auch in der Lage eine ausgewogene und sozial gerechte Pensionsreform umzusetzen. Das erwarte ich von meiner und unserer Volkspartei. Ja ich bin überzeugt, dass all das, was an Diskussionen in den letzten Tage hereingekommen ist, in der Bundespartei, bei der Bundesregierung eingegangen ist, in den Entwurf letztlich eingebaut wird und dass es zu einer vernünftigen und vertretbaren Lösung in dieser existenziell wichtigen Frage für so viele Landsleute kommt.

Liebe Freunde, ich wünsche dem Parteitag einen guten Verlauf. Mögen von diesem Parteitag gute Signale ausgehen für ein modernes, für ein soziales und für ein zukunftsreiches Österreich.

Schüssel:

Ich darf dir, lieber Sepp Pühringer, sehr herzlich danken für deine Begrüßung. Du kannst sicher sein, dass dein Appell, dass wir eine christlich soziale Volkspartei sind, hier nicht nur beklatscht wurde, sondern natürlich auch auf fruchtbaren Boden fällt, sonst wären wir in Oberösterreich nicht dort, wo wir sind und in Österreich nicht, wo wir hingekommen sind.

Außerdem, lieber Sepp, darf ich dir von Herzen in unser aller Namen Glück wünschen und Erfolg, denn du bist gemeinsam mit Herwig van Staa, der bereits oben am Präsidium Platz genommen hat, ihr seid die nächsten, die auf den Prüfstand der Wähler kommen, und wir wünschen euch Glück, wir wünschen euch Erfolg. Wir sind aber auch sicher, dass ihr mit dem Rückhalt dessen, was in Tirol und in Oberösterreich von dieser christlich sozialen Volkspartei geleistet wurde, ein Erfolg nicht ausbleiben wird, wie wir ihn gerade, und du hast darauf hingewiesen, erlebt haben in den vergangenen Wochen und Monaten. Daher viel Glück, Glück auf, alles Gute auf dem Weg bis zum Wahltag.

Wir kommen jetzt zum Punkt 2 der Tagesordnung. Wir haben einige Geschäftsordnungsbeschlüsse zu treffen, damit der Parteitag ordnungsgemäß konstituiert werden kann. Wir haben 683 beschließende Delegierte, wir haben bis zur Minute, letzte Information, 501 Delegierte anwesend, damit stelle ich fest, dass der 32. Bundesparteitag der ÖVP beschlussfähig ist. Zur Durchführung von Bundesparteitagen gibt es eine eigene Geschäftsordnung, die in der Regel nicht gelesen wird, aber es ist trotzdem gut, wenn man sie bei sich hat. Diese Geschäftsordnung liegt in den Tagungsmappen auf, ist die gleiche wie bei den letzten Bundesparteitagen, jeder hat sie bei sich. Der Reini hebt sie gerade hoch. Erhebt jemand gegen diese Geschäftsordnung einen Einwand? Das ist nicht der Fall, daher gilt diese vorgesehene Geschäftsordnung. In Ergänzung dazu, bei wie gesagt fast 700 Delegierten, schlage ich eine Redezeitbegrenzung von 5 Minuten vor.

Erhebt jemand gegen diesen Vorschlag einen Einwand? Das ist nicht der Fall, daher gibt es eine Redezeitbegrenzung von 5 Minuten für die Debattenbeiträge.

Jetzt kommen wir zum Tagesordnungspunkt 2c, die Genehmigung der Tagesordnung. Diese ist allen Delegierten zeitgerecht zugegangen, ist in den Presseorganen der Volkspartei veröffentlicht worden und liegt in der Endfassung in den Tagungsmappen bei. Erhebt jemand gegen diese Tagesordnung einen Einwand oder gibt's einen Antrag auf Aufnahme weiterer Verhandlungsgegenstände laut Geschäftsordnung? Das ist nicht der Fall, damit ist die Tagesordnung beschlossen. Jetzt kommen wir zur Wahl des Tagungspräsidiums und von zwei Kommissionen des Bundesparteitags. Ich schlage den Delegierten vor, neben dem Bundesparteioobmann und seinem Stellvertreter und den Stellvertreterinnen den Generalsekretär und unsere Landesparteiobleute einzusetzen. Das war auch bei den letzten Parteitag immer so der Fall. Erhebt dagegen jemand einen Einwand? Das ist nicht der Fall, damit ist dieses Tagespräsidium in dieser Zusammensetzung bestellt.

Nächster Punkt ist die Einsetzung der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission. Die Zusammensetzung beider Kommissionen liegt der Mappe bei. Die Mitglieder sind von den Ländern und Teilorganisationen nominiert worden. Gibt's einen Einwand gegen diese Vorschläge? Ich sehe keinen, damit sind die vorgeschlagenen Kommissionen bestätigt.

Ich bitte die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission jetzt beim Infostand in der Eingangshalle zusammenzukommen. Die Mitglieder der Wahlkommission bitte ich morgen um 9:30 Uhr ebenso beim Infostand in der Eingangshalle sich zu konstituieren. Die Mitglieder der Antragsprüfungskommission bitte ich zu Beginn des Tagesordnungspunkts Anträge beim jetzt bereits bekannten Treffpunkt „Infostand Eingangshalle“ zusammenzukommen. Damit ist, liebe Freunde, der 32.

Bundesparteitag der ÖVP ordentlich konstituiert. Ich gebe den Vorsitz ab und bitte Landeshauptmann Schausberger und Landeshauptmann Herwig van Staa ist bereits hier aufs Podium. Franz du bist gebeten, den Vorsitz zu übernehmen.

Schausberger:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, liebe Teilnehmer dieses Bundesparteitages, ich übernehme sehr gerne den Vorsitz des 32. Bundesparteitages. Wir kommen jetzt zum Punkt 3 der Tagesordnung „Berichte“ und ich möchte unseren Generalsekretär um den Bericht und die Regie und die entsprechende Videoeinspielung bitten.

Video:

"Ich will mit eurer Hilfe die Nummer 1 und Bundeskanzler in Österreich werden. Wien, Lichtenfelsgasse 7.

Hier hat in den vergangenen vier Jahren Maria Rauch-Kallat mit ihrem Team an einem Ziel gearbeitet: Die Übernahme des Kanzleramtes durch Wolfgang Schüssel auch in Wählerstimmen umzumünzen.

Wahljahr 1999: Der für die ÖVP erfolgreichen Europawahl im Juni folgt die Nationalratswahl im Herbst. Die große Koalition hat sich abgenutzt. In der SPÖ dominieren die Reformblockierer. Das hilft der FPÖ, doch Wolfgang Schüssel kann im Wahlkampf das Ruder noch herumreißen. Am Ende trennen ÖVP und FPÖ nur wenige Stimmen.

Die SPÖ erzielt das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte. Auf Drängen des Bundespräsidenten verhandelt die ÖVP abermals mit der SPÖ. Am Ende weigert sich aber der SPÖ-Gewerkschafter Nürnberger, die erzielte Vereinbarung zu unterschreiben.

Nach dem Scheitern von Viktor Klima ergreift Wolfgang Schüssel die Initiative. Und wird als Kanzler angelobt. Dagegen mobilisiert die SPÖ die Straße. Auch in Europa wird heftig interveniert. Der Erfolg: die EU verhängt auf Drängen großteils sozialistischer Regierungschefs Sanktionen gegen Österreich.

Die neue Regierung geht trotz allem mit Elan ans Werk. Der Regierungslogan "Österreich neu regieren" wird jeden Tag mehr Realität. Vieles, was von der SPÖ jahrelang blockiert worden ist, wird jetzt umgesetzt.

Schwerpunkt der neuen Regierung ist ein stabiler Staatshaushalt ohne neue Schulden. Gleichzeitig werden zahlreiche sozialpolitische Schwerpunkte gesetzt. So gibt es seit 2001 das Kindergeld für alle Eltern. Und mit der „Abfertigung Neu“ haben nun 3,1 Mio. Arbeitnehmer Anspruch auf die betriebliche Mitarbeitervorsorge. Ein wichtiger Punkt für den Aufbau einer Zusatzpension.

Durch die Entschädigung für NS-Opfer hat die ÖVP-FPÖ Regierung einen substanziellen Beitrag zur Wiedergutmachung dieser historischen Schuld geleistet. Mit der größten Universitätsreform der 2. Republik werden Bildung und Forschung in Österreich auf eine zeitgemäße Basis gestellt. Österreich neu regieren. Die ÖVP-geführte Bundesregierung redet nicht nur davon, sondern setzt dies auch um. Entscheidend dafür: die noch stärkere Vernetzung mit den Ländern, Bezirken und Fallorganisationen. Regelmäßige Konferenzen in allen Wahlkreisen sind Schwerpunkte der Kommunikationsarbeit. Besonderes Augenmerk gilt den Städten und der Zielgruppe Frauen.

Mit dem Bundeskongress 2001 in Alpbach wurde ein starker Auftakt für die Zukunft und Programmarbeit der ÖVP gesetzt. Über thematische Schwerpunktveranstaltungen sind insgesamt über 5.000 Personen in den Diskussionsprozess der ÖVP eingebunden. Zukunftsorientierte Regierungsarbeiten und professionelles Portalmanagement auf allen Ebenen zeigen Wirkung. Die steirische Landtagswahl im Oktober 2000 wird zu einem durchschlagenden Erfolg. Landeshauptmann Waltraud Klasnic gewinnt mehr als 11% dazu. Der Wahlkampfmanager ist Reinhold Lopatka. Er sollte bald wieder einen Wahlkampf bestreiten müssen.

Im Dezember 2000 gewinnt die ÖVP auch im SPÖ-dominierten Burgenland an die 2.000 neue Stimmen. Im März 2001 erzielt die Wiener ÖVP +1,1% bei den Gemeinderats- und Landtagswahlen.

Sommer 2002: Das schlimmste Hochwasser seit Jahrzehnten richtet Schäden in weiten Teilen Österreichs in Milliardenhöhe an. Für Kanzler Schüssel ist klar, hier muss geholfen werden. Darum will er die geplante Steuerreform zu Gunsten der Hochwasseropfer verschieben.

Teile der FPÖ bestehen aber trotz offener Finanzierung auf eine Steuerreform. In Knittelfeld wird die FP-Führung von der eigenen Partei desavouiert. Vizekanzlerin Riess-Passer, Finanzminister Grasser und Klubobmann Westenthaler treten zurück. Kanzler Schüssel handelt. Er will einen Volksentscheid und damit Neuwahlen. Der kurze Wahlkampf muss bestmöglich genutzt werden. Kanzler Schüssel holt den erfolgreichen steirischen Wahlkampfmanager Reinhold Lopatka. In kürzester Zeit wird die Wahlbewegung konzipiert. Der Kanzler steht dabei klar im Mittelpunkt. Entscheidend ist aber die Arbeit der tausenden Funktionäre und ehrenamtlichen Mitarbeiter.

Der Wahltag bringt einen in dieser Dimension nie erträumten Erfolg. Mit 42,3% wird die ÖVP klar stärkste Partei. Doch dieser Erfolg ist keine Eintagsfliege. Ende Jänner wird die Volkspartei in Graz erstmals seit 1945 stärkste Partei. Der junge Siegfried Nagl wird schließlich zum Bürgermeister in der zweitgrößten Stadt Österreichs gewählt. Mitte März kann die Volkspartei auch in Klagenfurt mit Harald Scheucher

ihren Bürgermeisterkandidaten zum Sieg führen. Die ÖVP unterstreicht damit deutlich ihren Anspruch als Bürgermeister- und Städtepartei.

Und am letzten Märzsonntag erreicht die ÖVP mit Landeshauptmann Erwin Pröll in Niederösterreich nach 20 Jahren wieder die absolute Mehrheit. Eine klare Fortsetzung des ÖVP-Erfolgskurses.

Die letzte Nationalratswahl wird noch lange in Erinnerung bleiben. Erstmals seit 37 Jahren ist die Volkspartei wieder erste Kraft. Noch nie hat eine Partei bei Nationalratswahlen so stark dazu gewonnen. Damit verbunden ist natürlich ein Mehr an Verantwortung. Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und die ÖVP werden diese Verantwortung wahrnehmen."

Lopatka:

Liebe Delegierte, Herr Bundesparteiobmann, Herr Ehrenparteiobmann, liebe Gäste des 32. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei!

Wenn man solche Bilder sieht, dann kann man sich eigentlich nur freuen. Die Bilder haben eindrucksvoll gezeigt, wozu diese Partei im Stande ist. Sie haben gezeigt, dass wir gemeinsam es geschafft haben, uns zur Nummer 1 zu bewegen. Und wir haben uns nicht nur selbst bewegt, sondern wir haben auch Österreich bewegt. Und Österreich bewegen ist daher, glaube ich, genau das richtige Motto für diesen Bundesparteitag. Denn was bringen wir damit zum Ausdruck? Wir bringen damit zum Ausdruck, dass sich hier in Linz die größte und stärkste Partei der Republik versammelt hat, die Partei, die bereit ist, Haupt- und Erstverantwortung zu übernehmen. Für diese Menschen und vor allem im Interesse der Jugend des Landes. Hier hat sich jene Partei versammelt, auf die sich die Menschen verlassen können. Wir haben ein klares Zukunftskonzept und wir gehen unseren Weg der Reform und der Erneuerungspolitik. Wir wollen Österreich bewegen, denn Stillstand, liebe Freunde, das bedeutet Rückschritt. Ein Umstand den die SPÖ bis heute nicht wahrhaben will. „Vorwärts Genossen, wir müssen zurück“, das mag zwar für Kreisky-Nostalgiker in der SPÖ ausreichend sein, für die Zukunft Österreichs ist das ganz entschieden zu wenig. Wir brauchen Reformen und wir brauchen sie jetzt. Was Österreich sicherlich nicht braucht, das sind politische Streiks. Ein Streik löst gar nichts. Arbeit löst die Probleme und nicht Arbeitsniederlegung, liebe Freunde. Wir sind jene Partei, die niemanden ausgrenzt, das haben wir immer gesagt. Von unserer Position der politischen Mitte ausgehend, sind wir bereit mit allen zusammenzuarbeiten. Im Gegensatz zur SPÖ, die nicht wollte, im Gegensatz zu den Grünen, die dann letztendlich nicht konnten, war die Freiheitliche Partei bereit, mit uns auch das Pflichtprogramm unseres Reformkurses mitzutragen. Und daher werden wir gemeinsam mit der Freiheitlichen Partei in dieser Legislaturperiode diese Herausforderungen, die es ja nicht nur bei uns gibt, die es europaweit gibt, in Angriff nehmen und wir werden es schaffen im Interesse Österreichs, das was wir uns vorgenommen haben, umzusetzen. Denn hier hat sich jene Partei versammelt, die mit ihrem Reformvorhaben auch über den nächsten Wahltag hinausgehen möchte. Und das ist der große Unterschied zur SPÖ. Wenn die SPÖ glaubt die Augen vor den Herausforderungen verschließen zu können, dann verliert sie nicht nur den Blick in die Zukunft, sie schläft dabei auch ihre Aufgabe, nämlich die politischen Notwendigkeiten in der Gegenwart zu lösen. Wir hingegen richten unseren Blick weit nach vorne. Wir denken auch an die nächsten Generationen. Und hier hat sich jene Partei versammelt, die personell, inhaltlich und von der Organisation her so stark ist, dass wir es uns auch zutrauen, große Reformen anzupacken und umzusetzen. Hier hat sich jene Partei versammelt, bei der Zukunftsaufbau auf der Tagesordnung steht und nicht Zukunftsklau, denn das ist das Markenzeichen der SPÖ zunehmend, liebe

Freunde. Und die Wähler und Wählerinnen haben uns diese mutige Politik bisher sehr gelohnt. Seit 4. Februar 2002, seit dem Tag, an dem Dr. Wolfgang Schüssel zum Bundeskanzler gewählt worden ist, seit damals hat es zwölf große Wahlgänge gegeben. Zwölf Mal sind wir auf dem Prüfstand gestanden und zwölf Mal konnten wir erfolgreich sein. Dass ist der schlagende Beweis der Breite und Stärke unserer Partei.

Und lassen Sie es mich in aller Kürze noch einmal Revue passieren, weil es einfach zeigt, wie wir auf allen Ebenen von den Rathäusern bis ins Parlament an Vertrauen und damit natürlich auch an Verantwortung gewonnen haben.

März 2000, Gemeinderatswahl Steiermark: Wir gewinnen und schaffen 43%.

April 2000, Gemeinderatswahl in Niederösterreich: Die ÖVP gewinnt und schafft 48%.

Oktober 2000, Landtagswahlen in der Steiermark: Die ÖVP legt 11% zu und schafft 47%.

November 2000, Gemeinderatswahlen in Innsbruck: Herwig van Staa, damals noch in anderer Funktion, und die ÖVP landen zusammen bei 47%, bei einem Plus von 13%-Punkten.

März 2001: Auch bei den Landtagswahlen in Wien legen wir zu: 1,13%.

Oktober 2001, Gemeinderatswahlen der Landeshauptstadt St. Pölten. Auch in dieser Landeshauptstadt gewinnen wir 5,1%-Punkte.

Gemeinderatswahlen Burgenland im Oktober 2002: Wir gewinnen 2%-Punkte.

Dann die Nationalratswahl, wir haben die Bilder hier gesehen, ein historischer Tag: 42%-Punkte, 15,4% an Zunahme, das ist einmalig in der 2. Republik.

Und dafür möchte ich euch allen danken, denn wie haben wir diesen Wahlkampf geführt! Mit großer Disziplin, es ist mit einer Stimme gesprochen worden und es ist an einem Strang gezogen worden. So und nur so gewinnt man da, liebe Freunde.

Jänner 2003, Graz: 36,18% oder 13%-Punkte plus. Damit haben wir in fünf der neun Landeshauptstädte den Bürgermeister. Auch danach in Klagenfurt konnten wir den Bürgermeistersessel in unserer Hand behalten und auch dort in Kärnten bei den Gemeinderatswahlen 1,1%-Punkte zulegen. Und schön ist der Abschluss in diesem Reigen, in diesem Dutzend. März 2003, Niederösterreich. Erstmals seit 1989 wieder mehr als 50%. 53,26%, ich kann nur sagen: Großartig, großartig!

Und das ist der Unterschied zur SPÖ, was oft in den Medien verschwiegen wird.

Zwölf Wahlgänge, wir konnten zwölf Mal zulegen. Die SPÖ stagniert, erreicht seit 1945 schlechteste Ergebnisse wie in Graz oder in Innsbruck. In Graz Anfang der 80er Jahre, in dieser zweitgrößten Stadt Österreichs, hatte die SPÖ noch eine absolute Mehrheit, jetzt steht sie bei 26%. Oder die Nationalratswahl oder Niederösterreich, das waren bitte für die SPÖ jeweils die dritt schlechtesten Ergebnisse in ihrer langen Parteigeschichte. Und liebe Freunde, nichts ist erfolgreicher als der Erfolg. Und wir sind seit 2000 die österreichische Erfolgspartei, das müssen wir hinaustragen.

Unsere harte Arbeit, es wird uns nichts geschenkt. Unsere harte Arbeit, herausragende Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten und auch die Zukunftskompetenz, diese drei Punkte sind das, was uns die Wähler lohnen und die Wählerinnen honorieren. Davon bin ich fest überzeugt, dass wir das auch in Zukunft schaffen werden. Denn diese Erfolge wären ohne euer Engagement, ohne eure Unterstützung und ohne eure Begeisterungsfähigkeit sicherlich nicht möglich gewesen, ganz sicherlich nicht. Wir haben es geschafft in den letzten Jahren das Ganze in den Mittelpunkt zu stellen und nicht Teilinteressen ins Zentrum unserer politischen Arbeit zu rücken. Und dies alles, liebe Freunde, ist somit auch ein persönlicher Erfolg für jeden einzelnen von uns und dafür kann ich nur dankbar sein.

Ich möchte mich aber besonders bei dir, Maria, bedanken. Ich habe deine Qualitäten als Generalsekretärin bereits im Herbst kennen und schätzen gelernt. Du hast mit deinem Team in der Lichtenfelsgasse 7 in den letzten vier Jahren die Parteiarbeit mit großem Einsatz und vor allem mit Einfühlungsvermögen gemanagt. Vielen Dank dafür Maria, und dir alles Gute in deiner neuen wichtigen Aufgabe. Danke.

Das alles ist aber auch der persönliche Erfolg unseres Bundesparteiobermannes. Unser Erfolg hängt direkt mit seinem couragierten und ambitionierten Vorgehen zusammen, mit seinen Wegweisungen und auch seiner Bereitschaft, ausgetretene Pfade zu verlassen, und diese letzten Jahre sind daher deine ganz persönliche Erfolgsbilanz. Du hast acht Jahre jetzt die Partei geführt und bist ihr vorangegangen. In schwierigen Situationen hast du immer wieder uns Zuversicht und auch Kraft gegeben und auch in der Stunde des Erfolges, Landeshauptmann Pühringer hat es schon angesprochen, hast du uns klar darauf hingewiesen, dass Parteiarbeit nie Selbstzweck sein kann, sondern dass es unsere Aufgabe ist, den Dienst an der Republik und ihre Menschen ernst zu nehmen und das ist ja unsere Aufgabe und du machst es dir dabei nicht leicht. Wenn du einen Weg als richtig erkannt hast, dann gehst du ihn, auch wenn er steinig ist und steil ist. Du weißt, dass wir wissen, dass wir uns auf dich verlassen können, wenn es für notwendige Vorhaben in Österreich notwendig ist, hier auch kraftvoll unterwegs zu sein. Liebe Freunde, auf Wolfgang Schüssel ist Verlass, wir können uns auf unseren Bundesparteiobermann verlassen. Das ist ganz wichtig.

Und er ist nicht der erste ÖVP-Bundesparteiobermann, der manchmal mit seinen Vorstellungen auch der Zeit voraus ist. Denkt nur an Alois Mock, an Erhard Busek, an ihren Einsatz für dieses neue Europa, an ihren Einsatz insbesondere für unsere Nachbarn. Noch lange vor deren Beitritt zur Europäischen Union setzten Alois Mock und Erhard Busek hier entscheidende Schritte für dieses Jahrhundertprojekt EU-Erweiterung. Oder denken wir, ich brauche hier nur in den Reihen weiter sehen, an Josef Riegler und sein zukunftsweisendes Konzept der ökosozialen Marktwirtschaft. Es waren, sind und werden auch in Zukunft ÖVP-Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker sein, die Österreich bewegen und Österreich auf Zukunftskurs halten. Es ist ja unsere personelle Stärke auf allen Ebenen, die uns so deutlich von den politischen Mitbewerbern abhebt. Wir haben die Ideen und auch den Mut zu Reformen, der SPÖ fehlt zunehmend beides. In diesem Sinn war seinerzeit ja schon Bundeskanzler Franz Vranitzky ein Prophet. Ich weiß nicht, ob Sie sich noch erinnern können, er hat ja seinerzeit den Mangel der SPÖ, nämlich diesen Mangel keine Visionen zu haben, in eine Tugend ummünzen wollen, als er damals gemeint hat: "Wer Visionen hat, braucht einen Arzt". Diese Gefahr, dass SPÖ-Chef Gusenbauer bald einen Arzt braucht, ist als gering einzustufen, denn auch sonst lebt der SPÖ-Chef ganz gesund, wie ich vor 14 Tagen im „Profil“ lesen konnte. Da hat er gemeint, „Spargel, das ist es eigentlich um diese Jahreszeit, äußerst gesund und praktisch kalorienfrei.“ Und ein gebratener Zander mit einem Riesling aus der Wachau, das sei ebenfalls eine äußerst runde Angelegenheit, hat er da von sich gegeben. Unrund werden, ob solcher Aussagen, natürlich seine Funktionäre. „Verständlich“, kann ich nur sagen. Sie hätten lieber von der SPÖ ein ordentliches Pensionskonzept anstelle eines solchen Feinschmeckerrezepts. Das ist es, was der SPÖ fehlt. Und Feinschmeckerrezepte ersetzen keine Pensionskonzepte. Zukunftskompetenz und Visionen, das ist längst nicht mehr bei der SPÖ zu Hause, das ist das was immer von der Volkspartei österreichweit das ist, was von uns ausgeht. Und das soll auch das Signal des heutigen Parteitages sein, dass wir aussenden wollen, dass wir jene Partei sind, die Politik für die Zukunft macht. Und eines hat mich in diesem Wahlkampf besonders gefreut und auch jetzt, das ist die positive Resonanz, die wir

bei der Jugend finden. Die Jugend ist zuletzt wieder in einem Ausmaß zu uns gekommen, über das wir uns nur freuen können. Das SPÖ-nahe Sora-Institut hat in einer Wählerstromanalyse festgestellt, dass wir am Wahltag, wo wir jetzt mehr als 42% erreicht haben, bei der Altersgruppe unter 34 mehr als 45% der Stimmen auf uns vereinigen konnten. Und das eröffnet viele Chancen. Und ich bin sehr froh, dass wir auf allen Ebenen diese Chancen wahrnehmen. Erst in den letzten Tagen sind wieder drei junge Frauen in verantwortungsvolle Positionen als Landesrätinnen gekommen: Anna Hosp in Tirol, Christine Edlinger-Ploder in der Steiermark und Hanna Mikl-Leitner in Niederösterreich. Schade, dass ich zwei gute Landesgeschäftsführerinnen verlier'. Welche Partei sonst in der Republik kann ein solches Signal an junge Frauen ausschicken wie wir, die Österreichische Volkspartei. Und wir sind nicht nur eine Partei, wo die Jugend mitarbeiten kann, wir sind auch die modernste Partei des Landes, weil wir eines nicht vergessen, neben High Tech was notwendig ist, gibt es für uns auch das, was in der Fachsprache High-Touch genannt wird. Bei uns gibt's nicht nur das Internet, sondern auch den direkten Bürgerkontakt und das ist wichtig, beides muss eine Partei haben, wir müssen beides haben. Wir müssen auch die Vielfalt und Offenheit als Stärke sehen und nicht als Gefahr. Wir müssen Tradition und Modernität in unserer Partei vereinen. Das ist es, was wir brauchen, wollen wir diese starke, breite und große soziale Integrationspartei bleiben. Denn wir sind tief verwurzelt über starke neun Landesorganisationen und deren Orts- und Stadtgruppen bei den Menschen im Land. Und das ist ganz wichtig, dass wir diesen Kontakt ja nicht verlieren, denn wir leben in einer Zeit der Umbrüche, in einer Zeit des Wandels, in einer Zeit der Veränderung. Und diese Veränderungen, die wollen wir so gestalten, dass dieser notwendige Wandel, und das müssen wir anerkennen, der Wandel ist notwendig, dass der für die Menschen bewältigbar ist. Und wir alle sind hier gefordert klar zu machen, dass bloßes Beharren nur unsere Zukunft gefährdet und dass Reformen unbedingt notwendig sind. Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit sind hier die Eckpfeiler, die Bundeskanzler Wolfgang Schüssel für dieses große Reformprojekt der jetzigen Regierung klar vorgegeben hat. Übrigens, ich weiß nicht ob es allen hier im Saal bekannt ist, das sind zwei unserer Grundsätze unseres Parteiprogrammes, in dem es heißt, wir verpflichten uns, unser eigenes politisches Handeln auch in den Zukunftschancen für kommende Generationen auszurichten. Liebe Freunde, die Menschen erwarten nicht mehr von der Politik, dass wir all ihre Probleme lösen können. Die Politik, allen alles auf Pump zu versprechen, die hat ausgedient. Nur die SPÖ hat das noch nicht bemerkt. Wir wissen das längst, dass die Menschen wissen, dass man nicht allen alles geben kann. Die Parteiendemokratie, die in Österreich in den 70er und 80er Jahren eine Organisationsdichte wie nirgendwo anders in Europa erreicht hat, ist auch bei uns von der Mediendemokratie abgelöst worden. Die Leibhaftigkeit und Lebhaftigkeit von Fernsehbildern haben natürlich die Politik verändert. Politik ist stärker personalisiert worden und emotionalisiert worden. Darauf haben wir uns, von der Gemeindeebene bis ins Parlament, einzustellen. Trotzdem sind wir fest davon überzeugt, dass sich letztendlich jene Partei durchsetzen wird, die auf Politik im ureigensten Sinn setzt, und nicht auf Events, auf Images und auf irgendwelche Auftritte. Wir stellen daher unser Reformvorhaben in den Mittelpunkt unserer Arbeit und gehen damit auch hinaus. Und ich danke euch, dass wir jetzt schon in dieser kurzen Zeit in mehr als 100 Zukunftsgesprächen mit unseren Mandatären hier für unsere Politik werben konnten. Denn wir wollen Zukunft gestalten und nicht bloß Gegenwärtiges verwalten. Liebe Parteifreunde, die Spaßgesellschaft, der hat es das Lachen in den letzten Wochen endgültig verschlagen. Krieg, Terror und natürlich, das dürfen wir nicht verkennen, weltweite Probleme am Arbeitsmarkt sind Belege einer unsicheren Zeit.

Hier heißt es Kurs halten, hier heißt es verlässliche Politik zu machen. Und wir sind in der Stärke, dass wir dem entsprechen können, und daher bitte ich euch um eines und komme schon zum Schluss: Ich bitte euch darum, dass wir als große Volkspartei der politischen Mitte diese dauernde Öffnung für neue Mitarbeiterinnen, für neue Mitdenker, für neue Mitdenkerinnen und auch für parteiungebundene Persönlichkeiten als unsere Aufgabe sehen. Und dass wir die Tür weit aufmachen für die Jugend des Landes, weit aufmachen für die Jugend des Landes, denn neben den tagespolitischen Anforderungen müssen wir dann eben auch ganz klar unsere programmatischen Positionierungen, unser Profil als Volkspartei der Mitte schärfen, wir müssen diesen Alpbachprozess fortsetzen. Und drittens brauchen wir natürlich neben den Persönlichkeiten, neben den Inhalten, auch unser großes organisatorisches Netzwerk in den 2.356 österreichischen Gemeinden, in den Betrieben, in den Dienststellen. Hochmotivierte Mitarbeiter hier zu haben, das ist von ganz, ganz großer Bedeutung. Nicht nur in Wahlzeiten, sondern auch in der tagtäglichen Arbeit. Ich glaube, dass wir diese personellen, inhaltlichen, organisatorischen Anforderungen in Zukunft bestens bewältigen werden. Die wichtigste Aufgabe einer politischen Führung ist es aber, und das hat Richard von Weizsäcker, der deutsche Bundespräsident, auf den Punkt gebracht, das langfristig Notwendige kurzfristig mehrheitsfähig zu machen. In diesem Sinn bitte ich euch um eure Unterstützung, denn die Politik, die wir machen wollen, die ist grundsatzorientiert und langfristig konzipiert, und mit eurer Hilfe werden wir daher auch in den nächsten vier Jahren die Erfolgspartei bleiben, die Österreich bewegt, Österreich bewegt in eine gute Zukunft. Wer, wenn nicht wir, sind hier gefordert.

Schüssel:

Lieber Reinhold, ich darf dir nicht nur zu deinem gewaltigen Wahlerfolg, zu unserem gewaltigen Wahlerfolg, den du organisatorisch als unser Wahlkampfmanager geleistet hast, danken und dir gratulieren, sondern auch zu deinem gelungenen Einstand als neuer Generalsekretär. Ich darf aber dich und deine Vorgängerin Maria Rauch-Kallat jetzt zu mir auf die Bühne bitten, denn eigentlich ist ja die gesamte Zeit, die letzten vier Jahre, Maria an meiner Seite gewesen und Maria Rauch-Kallat ist eine ganz besondere Frau. Sie hat in diesen vier Jahren – bitte komm herauf –, sie hat in diesen vier Jahren mit großer Umsicht, mit großer menschlicher Qualität aber auch zugleich mit einer erstklassigen Kommunikationsgabe das Generalsekretariat geführt, und niemand weiß besser als wir zwei, dass dabei natürlich immer wieder Zwischenrufe von links, rechts, oben, unten, vorn und hinten gekommen sind, und du hast das eigentlich mit einer bewundernswerten Klarheit und Gelassenheit durchgestanden und dein, unser Erfolg gehört genauso dir wie allen anderen hier im Saal. Ein ganz großes Dankeschön für deine großartige Leistung als Generalsekretärin. Durch acht Jahre hindurch, seit diesem legendären Parteitag im April 1995, bist du nicht von meiner Seite gewichen und ich lass dich jetzt auch nicht aus in der Bundesregierung. Danke. Wir haben dir ein kleines Survivalpaket, ein Paket zum Überleben im Ministerium vorbereitet, wo alles drinnen ist, von Entspannungsbadeölen bis zu irgendwelchen Gesundheitstees. Ich hoffe, du wirst sie nie brauchen.

Schausberger:

Ich danke nochmals dem Generalsekretär sehr herzlich für seinen Tätigkeitsbericht der Bundespartei und auch dir, liebe Maria, nochmals herzlichen Danke für die Tätigkeit als Generalsekretärin.

Den gesamten Tätigkeitsbericht, meine Damen und Herren, gibt es in einer Langversion auf CD-Rom, die Sie in Ihrer Tagungsmappe haben, und in einer gedruckten Kurzfassung, die ebenfalls beiliegt. Der Ordnung halber möchte ich euch nun den Bericht der Mandatsprüfungskommission zur Kenntnis bringen. Die Mandatsprüfungskommission hat bestätigt, dass der 32. Bundesparteitag der ÖVP ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass 501 beschließende Delegierte anwesend sind.

Wir kommen jetzt zum Bericht des Bundesfinanzreferenten und des Bundesfinanzprüfers. Ich bitte nun Dr. Kamp um sein Wort.

Kamp:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Vorweg einmal eine generelle Bemerkung: Die finanzielle Situation unserer Partei ist gefestigt. Es gibt im Gegensatz zu anderen Parteien keine Verschuldung und wir sehen auch der absehbaren Zukunft mit einem vorsichtigen Optimismus entgegen, d.h. aber natürlich nicht, dass unsere Finanzgebarung völlig frei von Problemen ist. Der Jahresabschluss 2002 befindet sich derzeit im Prüfungsstadium bei unseren Wirtschaftsprüfern. Über die vorhergehenden Jahresabschlüsse wird dann Dr. Bruckner berichten. Wie üblich wird der Jahresabschluss des vergangenen Jahres im Sommer dieses Jahres in der „Wiener Zeitung“ veröffentlicht werden.

Vorausschauend kann dazu bemerkt werden, dass infolge des sehr kostenintensiven Wahlkampfes ein relativ geringer Gebarungsabgang wahrscheinlich ist. Ich bin jedoch fest davon überzeugt, dass sich dieser Aufwand gelohnt hat, und dass alle, alle die für diesen Wahlkampf verantwortlich waren, und das seid ihr alle gewesen, ganz hervorragende Arbeit geleistet haben. Und hier möchte ich ganz besonders danken jenen weit über 10.000 Mitgliedern unserer Partei, die durch ihre Spenden in einem bisher noch nie verzeichneten Ausmaß diesen unseren Wahlkampf unterstützt haben.

Wir haben viele Wahlkampfspenden erhalten, die betragsmäßig sehr, sehr gering waren. Bei denen es aber ersichtlich war, welches finanzielle Opfer es für die Spenderin oder den Spender bedeutet hat. Und auch das hat uns stark gemacht, sehr stark sogar. Ich selbst habe jeden einzelnen Kontoauszug durchgesehen und wenn ich z. B. gelesen habe, Frau Erika Passwald, 87 Jahre, 5 Euro

Unterstützungsbeitrag zur Kanzlerwahl, und wenn ich Briefe erhalten habe, denen Banknoten im Wert von 5 oder 10 Euro beigelegt waren, hat mir das ein riesengroßes Maß an Zuversicht und Optimismus gegeben. Und dieses Engagement der gesamten Partei hat in unserem überragenden Wahlergebnis Ausdruck gefunden. Herzlichen Dank dafür, liebe Freunde. Der massive Einsatz unserer Finanzmittel hat sich ebenso gelohnt.

Und ich bin auch sehr zuversichtlich, dass es uns gelingen wird, in Zukunft ausgeglichene Rechnungsabschlüsse zu erzielen. Dazu ist die Bundespartei jedoch darauf angewiesen, dass jeder seinen Verpflichtungen, die unser Parteistatut auferlegt, nachkommt. Meine Bitte geht daher dahin, dass alle Mitglieder, alle Länder und Teilorganisationen ihren statutarischen Finanzbeitrag leisten. Nur so ist eine erfolgreiche Gebarung möglich. Ich darf euch versichern, dass wir im Bereich der Bundespartei äußerst sparsam und effizient wirtschaften. Wir bemühen uns alle Aufwendungen strikt zu kontrollieren, sie möglichst konstant zu halten und ständig um Einsparungen bemüht zu sein. Aber natürlich müssen wir ein Mindestmaß an Öffentlichkeitsarbeit und Werbung betreiben. Schon allein, um auch jene notwendigen Maßnahmen zu erklären, zu denen diese Regierung gezwungen ist und an denen kein Weg vorbeiführt. Wir spüren es bei allen Wahlen der letzten Zeit, dass

immer mehr Bürger und Bürgerinnen dieses Landes bereit sind, unseren Weg mitzugehen, der auch mitunter steinig und mühevoll ist, aber er führt stetig bergan. Es geht stetig und nachhaltig aufwärts. Nicht populistisches Augenblicksdenken, sondern zukunftsorientierte Strategien, die von der Verantwortung für die junge Generation in unserem Lande getragen sind, bestimmen das engagierte Handeln unserer Regierungsmitglieder, und das spürt der Wähler. Umso mehr müssen wir ihm es auch mitteilen. Umso mehr müssen wir für unsere Konzepte werben, die leistungsorientiert und sozial gerecht sind. Die Finanzierung dieser Öffentlichkeitsarbeit ist eine ganz besonders wichtige Aufgabe, die wir uns für das laufende Jahr gestellt haben. Werbung ist besonders erfolgreich, wenn die Adressaten für die Werbebotschaft aufgeschlossen sind. Ich glaube, dass diese Voraussetzung gegeben ist. Diese unsere Partei befindet sich auf einem guten Weg, sie ist unter unserem Obmann Wolfgang Schüssel wieder zur bestimmenden politischen Kraft in diesem Land geworden. Ausgestattet mit einem überwältigenden Votum und Vertrauensbeweis der Wähler. Es gilt, dieses Vertrauen zu bewahren und zu erhalten. Die Mehrheit unserer Mitbürger erwartet keine Geschenke, sondern eine Politik der Offenheit und Ehrlichkeit, was die Zukunft dieses Österreichs betrifft. Wir müssen die Wählerinnen und Wähler darüber nachhaltig informieren, dass nur wir für eine solche Politik stehen. Auch das ist ein wichtiger Bestandteil des Zieles, Österreich zu bewegen.

Schausberger:

Ich danke dir, lieber Freund Dr. Kamp, für deinen Finanzbericht. Ich danke dir auch sehr für deine Tätigkeit als Finanzreferent, die ja nicht immer eine einfache ist, aber er hat es auch heute in großartiger Weise geschafft, einen umfangreichen Bilanzbericht zu legen, ohne eine einzige Zahl darin zu verwenden. Ich meine, das ist großartig und es wurde auch nichts anderes erwartet. Ich möchte nun den Bundesfinanzprüfer Dr. Bruckner um sein Wort bitten.

Bruckner:

Hoher Bundesparteitag, hohes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren Delegierten und Gäste!

Ich kann es ganz kurz machen. Ich spreche hier als Vertreter der drei Bundesfinanzprüfer, die beiden anderen Kollegen sind ja Dr. Michael Neuner und Dr. Alfred Brognyyi. Die Bundesfinanzprüfer haben die Jahresabschlüsse 1999, 2000 und 2001 geprüft. Der Jahresabschluss 2002 ist ja, wie Herr Dr. Kamp schon gesagt hat, noch in Prüfung und daher noch nicht abgeschlossen. Ich kann dazu berichten, dass die Jahresabschlüsse in Ordnung befunden wurden und mit einem uneingeschränkten positiven Bestätigungsvermerk versehen werden konnten. Ich darf daher abschließend den Antrag stellen namens der Abschlussprüfer, den Bundesparteivorstand und dem Finanzreferenten Dr. Kamp die Entlastung zu erteilen. Danke schön.

Schausberger:

Ich danke unserem Bundesfinanzprüfer.

Liebe Freunde, der Bericht des Bundeskontrollausschusses liegt der Tagungsmappe schriftlich bei. Wünscht zu den Berichten und zum Antrag des Bundesfinanzprüfers auf Entlastung des Bundesparteivorstandes jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam machen, dass Wortmeldungen schriftlich vorne bei der Tagungsleitung angekündigt werden müssen. Bitte davon Gebrauch zu machen. Wortmeldungszettel findet jeder

Delegierte und jede Delegierte im Einladungsscheckheft für die Delegierten. Ich stelle keine Wortmeldung fest. Es liegen sonst keine weiteren Wortmeldungen zu den Rechenschaftsberichten vor. Ich schlage die Annahme der Berichte und die Entlastung des Bundesparteivorstandes vor und bitte, die Delegierten mit beschließender Stimme um ein deutliches Zeichen mit dem Einladungsscheckheft. Wer ist dafür? Stimmenthaltungen. Keine. Gegenstimmen auch keine. Damit stelle ich die einstimmige Annahme der Rechenschaftsberichte und die Entlastung des Bundesparteivorstandes fest. Ich danke und bitte nun dich, liebe Waltraud Klasnic, und Landesparteiobmann Wurmitzer zum Präsidium zu kommen und den Vorsitz zu übernehmen. Liebe Waltraud, ich darf dir den Vorsitz übergeben.

Klasnic:

Hoher Bundesparteitag, ich übernehme diesen Vorsitz gerne und wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt 4 „Anträge“. Bevor ich dem Sprecher der Antragsprüfungskommission, Herrn Staatssekretär Dr. Finz, das Wort erteilen darf und ihn um seinen Bericht ersuchen möchte ich Ihnen noch mitteilen, dass neben den Anträgen, die vor dem Bundesparteitag gestellt wurden und die in der vorbereitenden Antragskommission bereits behandelt wurden, ist gemäß § 14 der Geschäftsordnung zum Bundesparteitag von 50 Delegierten ein weiterer Antrag eingebracht worden. Gemäß § 12 Abs. 5 der Geschäftsordnung schlage ich vor, dass dieser Antrag der Antragskommission zur Vorbereitung zugewiesen wird und im Anschluss daran auch im Plenum behandelt wird. Sind Sie damit einverstanden? Es besteht kein Einwand, sodass ich die Mitglieder der Antragskommission, die sich beim Informationsschalter vor dem Eingangsbereich im Sitzungsraum finden, bitte, auch in Aktion zu treten. Ich darf nun dem Sprecher der Antragsprüfungskommission, Herrn Staatssekretär Finz, das Wort erteilen und ihn um seinen Bericht bitten.

Finz:

Hohes Präsidium, liebe Delegierte, verehrte Gäste!
Der Bundesparteivorstand hat am 4. April 2003 beschlossen, zur Vorbereitung des Parteitages eine Antragsprüfungskommission einzusetzen. In diese Kommission waren je ein Vertreter unserer Teilorganisationen und je ein Vertreter der neuen Landesparteiorganisationen nominiert. Die Kommission hat am 10. April unter dem Vorsitz des Generalsekretärs getagt und hat mich gebeten, hier am Parteitag als ihr Sprecher, den Bericht der Antragsprüfungskommission vorzubringen. In ihrer Sitzung hat die Antragsprüfungskommission die eingelangten Anträge beraten und entsprechende Empfehlungen erarbeitet. Ein Bericht über die Empfehlungen der Kommission ist Bestandteil der Antragssammlung, die mit allen Anträgen der Delegiertenmappe beigelegt ist. Ich möchte nun ganz kurz das folgende Procedere erklären. Um die Parteitagsdebatte thematisch zu gliedern, haben wir die insgesamt 27 + 1 Anträge folgendermaßen geordnet: Den Anfang macht der Leitantrag des ÖVP-Bundesparteivorstandes, gefolgt von den Anträgen der Länder sowie der eingelangten Anträge der Teilorganisationen in der Reihenfolge ihrer Nennung in unseren Statuten. Diese Reihenfolge bildet auch die Grundlage für die Debatte der Anträge und ihrer Abstimmung.
Teil 1, das ist der Antrag Nr. 1, der Leitantrag des ÖVP-Bundesparteivorstandes.
Teil 2, das sind die Anträge 2-4, d.h. der Antrag der Landespartei Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark, Burgenland und Kärnten zur Stärkung der Grenzregionen im Zuge der EU-Erweiterung bzw. die beiden Anträge der Landespartei Niederösterreich zur Stärkung des Föderalismusgedanken und zur Einführung der Briefwahl auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene.

Teil 3, das sind die Anträge Nr. 5-13, d.h. die Anträge des ÖAAB zu folgenden Themenbereichen: Öffentlicher Dienst, AMS-Reform, Elternteilzeit, AUVA Arbeitsrecht Neu, Menschen mit besonderen Bedürfnissen, Gesundheitsreform, Pensionsreform und als gemeinsamer Antrag mit dem Bauernbund zu Fragen der Gesundheits- und Pensionsreform und ihren Auswirkungen auf den ländlichen Raum.

Teil 4, das sind die Anträge 14-18, d.h. die Anträge des österreichischen Bauernbundes zu folgenden Themen: Sicherung eines starken und freien Privateigentums, Erhaltung einer flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft, Umsetzung des Binnenmarktes in allen noch ausstehenden Bereichen, neuer aufgabenorientierter Finanzausgleich und als gemeinsamer Antrag von Bauernbund und Wirtschaftsbund zu Fragen der Erleichterung von Betriebsübergaben.

Teil 5, das sind die Anträge Nr. 19-22, d.h. ein Antrag der Frauenbewegung zur Verankerung der Frauenpolitik in allen Politikbereichen und die ersten drei Anträge der jungen Volkspartei zu den Themen: Reform des Sexualstrafrechts, Kostenreduktion im Fahrschulgewerbe und Mehrphasenfahrausbildung.

Teil 6, das sind die Anträge 23-27, d.h. vier weitere Anträge der jungen Volkspartei zu den Bereichen Umverteilung der Lebensverdienstsumme, Einführung eines Jugendtickets bei allen öffentlichen Verkehrsmitteln, Einführung eines Jugendverträglichkeitsschecks, also d.h. Mitsprache bei Zukunftsfragen sowie Weiterentwicklung des Medienstandortes Österreich.

Letzter und abschließender Antrag ist der Antrag des österreichischen Seniorenbundes auf Aufnahme eines weiteren Sitzes für einen Seniorenvertreter im den ÖVP-Bundesparteivorstand.

Wie bereits die Vorsitzende erwähnt hat, gibt es einen weiteren ordnungsgemäß eingebrachten Antrag der ÖVP Oberösterreich. Dieser muss allerdings noch von der Antragsprüfungskommission geprüft werden, was in Kürze erfolgen wird. Bevor wir jetzt in die Beratung der Anträge einsteigen, bitte ich noch um einen kurze Videoeinspielung.

Video:

"Seit mehr als drei Jahren stellt die Volkspartei den Bundeskanzler. Durch ein ambitioniertes Reformprogramm hat sich in diesen Jahren viel verändert. Wir haben aber auch noch viel vor. Wir wollen Österreich in allen Bereichen unter die besten Länder der europäischen Union führen. Wir wollen Österreich bewegen.

Beste Bildung gibt der Jugend beste Chancen. So sichern wir die Zukunft unseres Landes. Wir investieren daher in die Qualität unserer Schulen, unserer Universitäten und bauen die Forschung zielorientiert aus.

Sozial ist, was Arbeit schafft, und Wirtschaft schafft Arbeit, das bleibt unser Grundsatz. Daher setzen wir unsere aktive Beschäftigungspolitik fort. Die Antwort auf Probleme am Arbeitsmarkt heißt Qualifizierung. Wir wollen ein Klima schaffen, in dem sich Leistung für den Einzelnen auch lohnt.

Frieden, Stabilität und Wohlfahrt in Europa zu sichern, das ist die Mission der Europäischen Union. Europa ist Zukunft. Mit mehr Sicherheit, mehr Wachstum und einer besseren Umwelt. Europa ist eine Chance, die wir in unserem Interesse nützen wollen.

Wir wollen Gendarmerie, Polizei und Zollwache zu einem Wachkörper zusammenführen. Konsequenz für den Rechtsstaat, sensibel für die Menschenrechte und engagiert gegen Kriminalität für mehr Sicherheit.

Ganz wichtig das Prinzip der Nachhaltigkeit, vor allem Umweltschutz und Landwirtschaft. Daher ist uns die Absicherung der bäuerlichen Einkommen ein ganz besonderes Anliegen.

Die grundlegende Aufgabe des österreichischen Bundesheeres ist für Frieden, Schutz und Sicherheit zu sorgen. Grundlage dafür ist Solidarität. Solidarität in Österreich und im gemeinsamen Europa.

Österreich hat ein ausgezeichnetes Gesundheitssystem, das wir auch in Zukunft erhalten wollen. Daher gelten die notwendigen Reformen dem System. Den Menschen wollen wir garantieren, dass auch in Zukunft die bestmögliche medizinische Versorgung allen Generationen offen steht.

In der Kulturpolitik wollen wir den bewährten österreichischen Weg fortsetzen. Nämlich Österreich verstärkt international zu positionieren. „Ermöglichen und nicht verbieten“, bleibt unser Credo in der Medienpolitik.

Wir haben Österreich zum Herzeigeland in der Budgetdisziplin gemacht. Im Vordergrund stehen nun deutliche steuerliche Entlastungen für alle.

Moderne, leistungsfähige Verkehrswege sind unsere Lebensadern. Mit einer sachlichen und am Menschen orientierten Verkehrspolitik wollen wir den Wirtschaftsstandort Österreich attraktiver machen und unsere Lebensqualität für die Zukunft sichern.

Auf das Regierungsteam der Volkspartei wartet in den nächsten Jahren viel Arbeit. Gleichzeitig aber auch auf das Parlament, wo die notwendigen Reformschritte im Detail umgesetzt werden müssen. Mit jetzt 79 Abgeordneten nimmt auch dort die Volkspartei die Verantwortung für Österreich wahr.

Für die Zukunft des Landes ist es wichtig, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen, das gilt auch für das Parlament. Es ist aber genauso wichtig zu entscheiden, wenn man von der Richtigkeit, von der Sache überzeugt ist.

Unsere Heimat Österreich ist eine der höchstentwickelten Demokratien in dieser Welt. Aber im Laufe der Jahrzehnte ist unsere Bundesverfassung unübersichtlich geworden. Doppelgleisigkeit in der Verwaltung haben sie beeinträchtigt. Im Österreichkonvent wollen wir eine gemeinsame Anstrengung machen: Eine moderne Bundesstaatsverfassung für unsere Österreicher, wozu alle ja sagen können.

Wir leben in einem der schönsten Länder der Welt. Österreich gehört aber auch zu den reichsten Ländern. Bei der inneren Sicherheit sind wir sogar Weltspitze. Damit das so bleibt, müssen notwendige Reformen rasch umgesetzt werden. Die Volkspartei garantiert dafür.

Dieser Weg, meine Damen und Herren, liebe Österreicherinnen und Österreicher, wird vielleicht nicht immer ganz einfach sein. Er wird manchem Opfer abverlangen. Er wird manche neue Herausforderung ansprechen. Aber das Ziel ist es wert. Gehen sie mit, es lohnt sich.

Die Österreichische Volkspartei. Zukunft braucht Verantwortung."

Klasnic:

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass Wortmeldungen ausschließlich schriftlich und hier vorne bei der Tagesleitung angemeldet werden müssen.

Gleichzeitig möchte ich auch noch einmal hinweisen, dass wir übereingekommen sind, die Redezeit für Debattenbeiträge auf 5 Minuten zu beschränken. Zu den

Anträgen steht das Rederecht nur den Delegierten mit beschließender und beratender Stimme zu. Ein hier vorne am Präsidium angebrachtes rotes Blinklicht wird den Redner daran erinnern, mit seiner Wortmeldung zum Ende zu kommen. Ein komisches Zeichen, dass Rot immer Ende bedeutet, aber das ist so.

Wir kommen nun zur Debatte des Leitantrages und ich darf den ersten Redner, Herrn Klubobmann Willi Molterer, bitten herauf zu kommen.

Molterer:

Hoher Bundesparteitag, liebe Delegierte, liebe Gäste!

'Österreich bewegen' ist das Motto dieses Bundesparteitags. Österreich bewegen heißt, dass wir nicht am Stande treten, geschweige denn, dass wir zurückfallen wollen. Österreich bewegen heißt, dass wir als Österreichische Volkspartei den Mut zur Verantwortung haben. Zu einer Verantwortung, die uns in einem eindrucksvollen Wählervotum am 24. November gegeben wurde, zur Verantwortung, die wir mit großer Freude annehmen. Wir in der Volkspartei sehen Verantwortung nicht als Last, sondern sehen Verantwortung als Chance. Österreich bewegen heißt aber auch, liebe Freunde, Mut zur Veränderung zu haben, zur Veränderung zu haben dort, wo Veränderung notwendig ist, damit das Gute bewahrt wird. Daher, liebe Freunde, heißt Österreich bewegen, Veränderung mit Verantwortung und Veränderung aus der Verantwortung, die wir für die Zukunft des Landes übernommen haben. In der SPÖ heißt das Motto "verhindern, verzögern, verwässern". In der SPÖ heißt es Realitätsverweigerung zu betreiben und, liebe Waltraud, ich habe mir Ähnliches gedacht, es ist nicht nur das Blinklicht, sondern nicht umsonst ist bei der Ampel rot gleichzeitig „Stopp“, das darf nie unser Motto sein, liebe Freunde.

Daher hat der Bundesparteivorstand der Österreichischen Volkspartei einstimmig den Leitantrag für diesen 32. Bundesparteitag beschlossen: Österreich bewegen

Wirtschafts- und Lebenschancen auch im ländlichen Raum mit der Landwirtschaft und durch eine flächendeckende bäuerliche Landwirtschaft sicherzustellen. Nur dadurch ist es möglich, dass wir auch die wichtigsten Lebensmittel im engeren Sinne und im weiteren Sinne, wie etwa das Wasser, sauber und rot-weiß-rot erhalten können.

Für Lebensqualität, liebe Freunde, ist selbstverständlich Sicherheit erforderlich.

 Sinn

Leitantrag. Das ist wirtschaftliches Wachstum, das ist Wohlstand, das ist Bildung, das ist Erfahrung, das ist Toleranz, das gegenseitige Kennenlernen anderer Kulturen, und das ist vor allem: Mehr Chancen und mehr Sicherheit. Die Frage, die man sich aber stellen muss, und das ist die Umwandlung eines Zitats - sollte es nicht heißen "Frage nicht, was du von Europa erwarten kannst, sondern frage, was Europa von dir erwarten kann" und diese Themen werden im Leitantrag sehr genau behandelt. Ich denke da z. B. an den Österreichkonvent. Wir müssen überprüfen, ob unsere Strukturen noch den modernen Gegebenheiten wirklich angepasst sind. Wir müssen uns sehr genau anschauen, wie unsere sehr komplexe österreichische Struktur nicht verbessert werden kann, um den österreichischen Strukturen und den europäischen Strukturen gerecht zu werden. Deswegen ist der Österreichkonvent auch für die Junge Volkspartei sehr, sehr wesentlich und sehr, sehr wichtig. Was kann sich Europa noch von einem Mitgliedsstaat, von einer Partei, von einem Menschen erwarten? Das ist vor allem gemeinsame Probleme, gemeinsame Lösungen finden. Und diese Herausforderungen, die uns in der Europäischen Union und in Europa mit den Erweiterungsländern erwarten, sind vielfältig. Die Kriminalitätsbekämpfung, die Flüchtlinge. Also ich glaube, dass diese Herausforderungen sehr, sehr zahlreich sind und diese Probleme müssen im gemeinsamen Europa auch gemeinsam, obwohl das in der Vergangenheit nicht so sehr geschienen hat, gelöst werden. Auch in der Sicherheitspolitik kann sich Europa etwas erwarten. Wir müssen uns klar werden, dass wir den Bürgern verantwortlich sind, verantwortlich sind bei der Sicherheit und - in diesem Leitantrag ganz klar formuliert - auch im Rahmen einer guten und effizienten Luftraumüberwachung. Ich glaube, dass wir auch diese Verantwortung, wie im Leitantrag formuliert, wahrnehmen müssen. Das, was die Menschen aber von Europa erwarten, und ich glaube, was sie von uns erwarten, von der Österreichischen Volkspartei, das ist Ehrlichkeit und Vertrauen. Das ist aber auch, dass wir gemeinsam Europa bewegen. Und nur das und sonst niemand garantiert die ÖVP, garantiert der Bundesparteiobmann und wir sind hier auf einem sehr guten Weg. Deswegen unterstützt die Junge Volkspartei diesen Leitantrag und ich bitte auch Sie um Ihre Zustimmung.

Klasnic:

Ich darf dem Kollegen Pircher sehr herzlich danken und weil er das Wort Europa angesprochen hat, darf ich mit großer Freude mitteilen, dass inzwischen unser Kommissar, unser großer Europäer, Dr. Franz Fischler, in unserer Mitte ist. Herzlich willkommen!

Wie angekündigt: nächster Redner Klubobmann Niki Berlakovich, nächste Rednerin unsere Ministerin Liesl Gehrler.

Berlakovich:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, hoher Bundesparteitag!

Ich möchte mich zum Thema EU-Erweiterung bzw. ländlicher Raum zu Wort melden als einer, der aus einem Bundesland kommt, dem Burgenland, das seine gesamte östliche Außengrenze, in etwa 400 Kilometer, zu bald drei neuen Mitgliedern der Europäischen Union hat, nämlich Slowakei, Ungarn und Slowenien. 40 Jahre hat sie und uns der Eiserne Vorhang getrennt und die Konsequenz war, dass die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land gebremst war. Wir sind zu anderen Bundesländern ins Hintertreffen geraten und letztlich wurde das Burgenland ja nicht umsonst als Ziel-1-Gebiet, als besonders förderungswürdige Region anerkannt. Und 1989 ist dann dieser Eiserne Vorhang gefallen und es hat eine echte Öffnung stattgefunden, nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich, und die hat dem

ländlichen Raum nicht nur bei uns, sondern auch anderswo echte Chancen und Perspektiven eröffnet und damals wurde ein wirtschaftlicher Aufholprozess im Burgenland eingeleitet, alle Daten bestätigen das, untermauert wurde das natürlich durch das Ziel-1-Programm, dankenswerter Weise durch EU, Bund und Land mitfinanziert. Aber trotz dieser großen Investitionen und diverser Leitprojekte ist der ländliche Raum nach wie vor eine Problemzone. Verstärkt wird das sowohl im Positiven natürlich - aber auch im Negativen - durch die Erweiterung der Europäischen Union, die wir, und das möchte ich deutlich anmerken, natürlich auch aus Sicht des Burgenlands begrüßen. Beweis, dass die Problemregionen Schwierigkeiten haben, ist die Volkszählung. Das Burgenland hat zwar in absoluten Zahlen zugelegt, relativ aber Bevölkerung verloren. Wir haben gemeint in einem Nord-Südgefälle, wo 10 bis 15% Bevölkerungsminus da ist, wie in vielen anderen Gemeinden, vielleicht in Niederösterreich, in Oberösterreich oder sonst wo. Die jungen Menschen ziehen weg, suchen sich die Arbeit anderswo und die ehemals lebendigen Dörfer drohen zu Schlafstätten zu werden. Alte Menschen bleiben übrig, Alleinstehende, und das Problem dabei ist, dass die oft nicht einmal die Grundbedürfnisse des täglichen Lebensbedarfes decken können. So einfache Dinge wie Medikamente besorgen, zum Arzt zu gehen usw. Es sind die Gemeinden und das Land gefordert. Wir tun das auch, wir arbeiten am Modell, aber wir brauchen auch die Unterstützung des Bundes.

Und daher begrüßen wir aus burgenländischer Sicht den Leitantrag mit seinen Initiativen für den ländlichen Raum und ich danke auch den Niederösterreichern, dass sie einen Antrag eingebracht haben, betreffend der Grenzregionen für Niederösterreich, Burgenland und alle anderen, ist das ja sehr wichtig und vor allem der aufgabenorientierte Finanzausgleich ist hier sinnvoll, denn die Gemeinden im ländlichen Raum haben einen erhöhten Finanzbedarf bei der Erhaltung des Kanalsystems, in Streulagen, Wegenetz und bei der Modernisierung, wie z. B. Ausbau der Telekomeinrichtungen. Die Lebensqualität im ländlichen Raum muss erhalten werden und gerade auch im Hinblick auf die EU-Erweiterung, wo es natürlich zu einem Wettbewerbsdruck kommen wird, und unter Umständen auch diese Regionen Schwierigkeiten haben. Und wir als Burgenland sagen betreffend der Erweiterung „Ja“ dazu, weil wir eine stabile Friedenszone in Mitteleuropa haben wollen, weil wir eine Chance auf eine blühende Wirtschaftsregion sehen und letztlich, weil wir gemeinsam mit unseren Partnern im Osten eine Zukunft bauen wollen. Wir haben auf Initiative unseres Landesparteiobmannes Franz Steindl den pannonischen Lebensraum initiiert, einen grenzüberschreitenden Lebensraum, vielleicht ohne Grenzen einmal, wo wir gemeinsam mit unseren östlichen Nachbarn, aber auch den westlichen, eine gemeinsame Zukunft bauen wollen, die eine, kann man sagen, Jahrtausende alte Tradition hat. Und Wolfgang Schüssel hat einmal gesagt, in 15 Jahren - vom Fall des Kommunismus 1989 bis zum Beitritt 2004 - vollzieht sich der Beginn und der Abschluss der Wiedervereinigung Europas. Wir wollen diese Wiedervereinigung und vor allem eine Wiedervereinigung mit blühenden Städten, aber auch mit einem lebendigen ländlichen Raum. Dankeschön.

Klasnic:

Ich darf unsere Ministerin ans Rednerpult bitten, und Nationalrat Jochen Pack vorbereiten bitte.

Gehrer:

Lieber Herr Bundesparteiobmann, liebe Delegierte, liebe Gäste!

Dieser Leitantrag zeigt auf, welche breite Themenpalette, die vielen Aufgaben, die die Österreichische Volkspartei als Regierungspartei zu bewältigen hat. Natürlich beherrscht momentan ein Thema die Diskussion, wir haben ja bereits gehört, die Pensionssicherung, sie ist ein wichtiges Thema. Ich möchte aber euch gerne meine Erfahrungen sagen, die ich mit den Sozialdemokraten bei den Verhandlungen zur Regierung gemacht habe. Ich habe vom Herrn Bundesparteibeamten den Auftrag erhalten, vom Herrn Bundeskanzler, mit den Vertretern der SPÖ diese Pensionssicherung zu verhandeln und als Zeitzeugin kann ich euch sagen, da bewegt sich nichts, da geht nichts. Da ist man nicht bereit, wirklich Reformen anzugehen. Es soll alles auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden und das ist das Ziel und mit diesem Ziel können wir uns natürlich nicht zufrieden geben. Ich habe bei diesen Verhandlungen auch gesehen, dass es bei den Sozialdemokraten absolut keine Inhalte gibt, keinen Willen zu einer Bewegung gibt. Und ich habe vor kurzem an einer Mauer einen Graffiti-Spruch gelesen, der mir genau auf diese Situation hinpasst, der heißt: "Wer heute den Kopf in den Sand steckt, der wird morgen mit den Zähnen knirschen". Und so wird es auch den Sozialdemokraten gehen.

Aber liebe Delegierte, mein großes Arbeitsfeld ist natürlich die Bildung, ist die Jugend, sind die Lehrer und Lehrerinnen, die Universitäten, die Forschung. Und ich bitte euch, mir gerade in diesen Bereichen zu helfen, damit wir mit etwas mehr Mut an die Arbeit gehen. Damit wir mit etwas mehr Mut die Herausforderungen annehmen. Damit wir uns nicht jeden Tag fürchten. Ich finde es wirklich enttäuschend, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, als würden die meisten Lehrer nur jammern, als würden die meisten Lehrer nur sich vor dem nächsten Tag fürchten. Ich sage euch, das ist nicht so. Wir haben Super-Lehrer, wir haben Super-Lehrerinnen, die das Beste für ihre Kinder wollen, die ihre Kinder lieben. Und ich bitte, helfen Sie denen, dass sie auch in ihrer Wertigkeit, in ihrem Image, in ihrer Gemeinde, in ihrem Land den richtigen Stellenwert erhalten. Wir haben eine Universitätsreform geschaffen, eine Universitätsreform, um die uns die anderen EU-Länder beneiden. Vor kurzem war das bayerische Fernsehen bei mir, die Schweizer kommen und sagen: Wie habt ihr das gemacht? Und ich sage euch, wie wir es gemacht haben, indem wir uns nicht gefürchtet haben. Indem wir uns die Zielsetzungen vorgenommen haben, mit vielen Menschen geredet haben, das gehört zur Politik dazu, das ist für mich ganz wichtig. Mit den Menschen reden, auf die Menschen hören, sensibel sein, aber auch wissen, dass man es nicht allen recht machen kann, und die erkannten Ziele gemeinsam umsetzen. Wir werden auch im Forschungsbereich neue Ziele erreichen. Wir werden uns im Forschungsbereich an den europäischen Entwicklungen orientieren, wir werden Schwerpunkte festsetzen, wo die österreichische Forschung hingehen soll. Wir werden erreichen, dass 2,5% des BIP für Forschung investiert werden. Ein großes Maß an zusätzlichen Aufgaben wartet auf uns: Das Gesundheitswesen, die Sicherung der Arbeitsplätze, die Sicherung einer guten Wirtschaftsentwicklung. Die Volkspartei ist die richtige Partei für die Zukunft dieses Landes und darum habe ich am Schluss eine Bitte an euch: Habt den Mut mit den Weg der Erneuerung zu gehen. Schaut ein bisschen fröhlich in die Zukunft. Wer jeden Tag traurig ist, wird die Herausforderungen der nächsten Jahre nicht bewältigen. Arbeiten wir gemeinsam mit Augenmaß, mit Gefühl und mit Zielstrebigkeit für unser schönes Heimatland, für Österreich!

Klasnic:

Danke. Ich rufe auf: Herrn Nationalrat Jochen Pack. Er ist schon da - und nächste Rednerin, die Frau Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Ursula Stenzel.

Pack:

Herr Bundeskanzler, werter Vorstand, meine Damen und Herren!

Ich möchte ebenfalls kurz zum Thema Pensionen Stellung nehmen aus folgenden Gründen: Was ich und meine Freunde der Jungen Volkspartei in den letzten Wochen oder Monaten - kann man ja schon sagen - in den Medien gelesen und gehört haben, beunruhigt uns sehr. Der so hoch hergehaltene Generationenvertrag, er wurde heute ebenfalls schon erwähnt, darf nämlich nicht scheitern, und der Generationenvertrag darf auch zu keiner Einbahnstraße werden. Junge Menschen stehen am Beginn ihres Erwerbsleben in der Regel vor wichtigen finanziellen Entscheidungen, wie Familiengründungen, Investition in Wohnraum, Mobilität etc., etc. Diesen jungen Menschen sollte man nicht zumuten, einen unangemessen hohen Beitrag zur Sicherung der Pensionen zu leisten. Und ohne davon später eventuell zu profitieren, das darf nicht so sein. Dass die Reformen umstrittenes Thema darstellen, das liegt natürlich in der Natur der Sache. Doch wir dürfen bei all diesen kontroversiellen Meinungen das Thema Pension im Sinne der Jugend sicher nicht wie eine heiße Kartoffel fallen lassen. Wenn man der Jugend durch große Verwässerungen oder gar Verzögerungen den Glauben an sichere Pensionen der Zukunft nimmt, dann ist das eine arge Verletzung des Vertrauensschutzes. Es kann nicht das Ziel sein, die Pensionen nur bis zu einem bestimmten Datum aufrechtzuerhalten. Es muss das Ziel sein, die Pensionen langfristig, für immer und für alle zu sichern. Dass wir Jugendlichen uns eher damit abfinden könnten in der Zukunft etwas weniger Pension zu erhalten als ein Arbeitnehmer, der kurz vor der Pensionierung steht, das liegt auf der Hand. Die Jugend ist bereit, ihren Beitrag zur Sicherung der Zukunft zu leisten. Sie hat auch leider keine anderen Wahlmöglichkeiten mehr. Deswegen rufe ich auf, wir alle, jeder und jede - damit meine ich wirklich alle Gruppen - sollten ihren Beitrag leisten, und das nicht nur symbolisch oder durch lauwarmer Mitgeföhlsäußerung gegenüber den zukünftigen Generationen. Danke vielmals.

Klasnic:

Nach Frau Ursula Stenzel kommt der Herr Nationalratspräsident Andreas Khol.

Stenzel:

Hoher Bundesparteitag, liebe Freunde!

Die Österreichische Volkspartei hat einen Leitantrag zu Europa formuliert. In der besten Tradition dieser Österreichischen Volkspartei, deren Kurs Wolfgang Schüssel vorgibt und hält, nämlich einen europapolitischen Kurs. Und dieser Bundesparteitag kommt zu einem historischen Zeitpunkt. Am 9. April haben wir - die österreichischen Parlamentarier - im Europäischen Parlament der Erweiterung um zehn Länder vollinhaltlich und aus innerster Überzeugung zugestimmt. Wir haben dieser Erweiterung zugestimmt, nicht weil wir glauben, dass damit alle Probleme schon gelöst sind, sondern weil wir der Überzeugung sind, dass wir dadurch die Probleme besser lösen können. Seien es die Probleme der Vergangenheit, seien es die Probleme der Sicherheit, der nuklearen Sicherheit, der äußeren und der inneren Sicherheit, seien es die Probleme der Zukunftsgestaltung. Wir können dies besser mit guten Freunden in einer erweiterten Union. Und Wolfgang Schüssel hat den Mut, nicht nur Österreich zu bewegen, er hat auch den Mut, Österreich neu zu denken und auch Europa neu zu denken. Und das ist wichtig, dass wir hier als Österreichische Volkspartei und als Europaparlamentarier unseren Beitrag zu diesem Neudenken Europas leisten. Wir müssen die Europäische Union bewegen, wir müssen diese

Chance nützen. Eine ungeheure Chance, die in der Erweiterung für ein Land wie Österreich im Herzen Europas liegt und eine kurze Zahl belegt dies. Das Wirtschaftswachstum für das Jahr 2004 in der alten Europäischen Union der 15 wird von der OECD mit 1,3% beziffert. In den 10 neuen dazukommenden Mitgliedsländern mit 3,1%, also d.h. wir erwarten Wachstumsimpulse von dieser Erweiterung. Und diese Chance gilt es zu nützen. Wir müssen Europa neu denken und in die richtige Richtung bewegen, nicht in die falsche Richtung, wie dies jetzt beim Konvent von einem sehr selbstgefälligen Präsidium gezeigt wurde. Wir wollen ein partnerschaftliches Europa, kein Europa der Klüngel und der Klientelen und der wenigen, die zusammenarbeiten und sich's richten wollen. Ein gleichberechtigtes Europa mit Österreich, das seinen Platz darin hat. Dankeschön.

Klasnic:

Nach dem Herrn Nationalratspräsidenten ersuche ich unsere Außenministerin, sich vorzubereiten.

Khol:

Lieber Wolfgang, liebes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen am Parteitag! Nach der Wahl wurde die Frage gestellt, als wir die Regierung gebildet haben: Warum haben wir eigentlich gewählt? Die gleiche Regierung wie vorher. Eine törichte Frage. Der Leitantrag, den wir heute vorlegen und hinter dem ich hundertprozentig stehe, macht es klar: Wir haben den Reformauftrag in der Wahl bekommen und diesen Reformauftrag wollen wir fortführen mit aller Kraft für unsere Heimat Österreich.

Ursula Stenzel hat mit Recht gesagt, die Erweiterung der Union ist das Herzstück unserer Arbeit. Dieses Herzstück wurde infrage gestellt. Die Wahl hat bestätigt: mit Wolfgang Schüssel und Benita Ferrero-Waldner gehen wir in die Erweiterung der Europäischen Union hinein, und das ist richtig so. Die Steuerreform hätte die Hochwasserhilfe infrage gestellt. Wir haben klare Prioritäten gesetzt, der Wähler hat uns bestätigt, wir haben den ersten Schritt im Jahr 2003 für das Jahr 2004 und dann im Jahr 2005. Und der Wähler hat uns den Auftrag gegeben dazu. Und wir haben deswegen gewählt, und das ist die letzte Antwort auf die Frage, warum gewählt wurde, damit Wolfgang Schüssel aus unser aller Kraft auf eigenen Füßen Bundeskanzler ist und dieses Land in eine gute Zukunft führt.

Der Leitantrag enthält die Reformen. Ein kluger Mann hat einmal gesagt "Reformen muss es immer geben", entweder wir machen sie oder andere machen sie, aber wenn sie andere machen, dann machen sie die Reformen anders. Und wenn wir rund um unsere Heimat Österreich herumsehen, dann sehen wir zwei Modelle. Wir sehen das Modell Skandinavien, wo man den Mut hatte, auch in einer sozialdemokratischen Regierung, beispielsweise in Schweden oder in einer Koalitionsregierung in Finnland, die richtigen Schritte, die wesentlich tiefgehender sind als die Schritte, die wir jetzt vorschlagen, zum richtigen Zeitpunkt anzugeben, nämlich Mitte der 90er. Das war jene Zeit, wo Franz Vranitzky einen Brief geschrieben hat, damit eine Wahl gewonnen hat und an der Wurzel aller unserer Probleme auf dem Pensionssektor heute liegt. Und das hat Landeshauptmann Pühringer zu Recht in seiner Grußadresse gesagt. Hätten wir das richtig gemacht, hätten wir damals die Schritte gesetzt, die wir vereinbart hatten, wir hätten nicht die Probleme. Und Skandinavien hat heute eine erstklassige Situation und hat nicht mehr die Probleme.

Oder wir können es machen wie unser Nachbar Deutschland. Rot-Grün haben die Probleme von einem Termin auf den anderen geschoben: „Da muss man zuerst mit

der Gewerkschaft reden, da muss man mit den Bundesländern reden, da müssen die Sozialpartner reden..." und geschoben und geschoben und geschoben und sie haben heute noch keine Reform und die Maßnahmen müssen immer tiefer werden und das ist ein abschreckendes Beispiel.

Ich bin daher der Meinung, dass wir die wohl überlegte und zehn Jahre lang diskutierte Reform jetzt machen. Ich habe Verständnis für die Diskussion, aber ich habe kein Verständnis, dass vor Aufnahme der parlamentarischen Beratungen bereits die Straße gegen das Parlament mobilisiert wird. Als Nationalratspräsident und als Demokrat lehne ich diese Art von Agitation aus tiefster Überzeugung ab.

Klasnic:

Frau Außenministerin Benita Ferrero-Waldner. Nächster Redner Lukas Mandl.

Ferrero-Waldner:

Lieber Wolfgang Schüssel, hohes Präsidium, hoher Parteivorstand!

Es ist tatsächlich so, dass Wolfgang Schüssel und die ÖVP gewählt wurden, um die Zukunft abzusichern. Und die Zukunft muss abgesichert werden durch die Innenpolitik, aber auch durch die Außenpolitik. Das Herzstück der Außenpolitik ist die Europapolitik und da die Erweiterung. Und ich sage euch, es war schon ein berührender Moment in Athen, mit Wolfgang Schüssel den Beitrittsvertrag unterschreiben zu dürfen. Ich war zutiefst berührt, denn wir haben fünf Jahre gearbeitet, und zwar fünf Jahre gearbeitet, damit wir die österreichischen Interessen, eure Interessen, hier wirklich wahrnehmen und ich glaube, es ist uns auch gelungen. Aber die Außenpolitik ist in einem Zeitalter der Globalisierung auch immer mehr Innenpolitik, d.h. alle Fragen, die euch, die die Sorgen der Österreicherinnen und Österreicher betreffen, die mit der Welt zu tun haben, haben heute mit Außenpolitik zu tun. Das ist natürlich keine einfache Situation in einem Moment, wo es einen Krieg gibt, in einem Moment, wo es Terrorismus gibt, in einem Moment, wo es Krisen gibt. Es heißt also, Außenpolitik bedeutet Krisen zu bewältigen und dafür hoffe ich auch in Zukunft auf euer Verständnis. Ich werde mich weiter darum bemühen, dort, wo Österreicherinnen und Österreicher sind, auf diese einzugehen, sei das jetzt im Zusammenhang mit der Krise im Irak oder seien das unsere Österreicher in Algerien, die immer noch vermisst sind, wo wir aber versuchen werden, mit Geduld, aber auch durch entsprechende Intervention hier Klarheit zu erhalten.

Aber jetzt zurück zu dieser Frage der Pensionssicherung. Ich bin auch dafür, dass man durchaus diskutiert, aber ich muss sagen, ich finde auch, wir brauchen mehr Courage für Modernisierung, mehr Courage für Zukunftssicherung, die wir alle im Wahlkampf vertreten haben. Darum wollen wir jetzt, wo wir die Wahl so toll gewonnen haben, plötzlich Angst vor unserer eigenen Courage haben? Ich habe keine Angst davor und ich sage euch, unterstützt daher Wolfgang Schüssel in dieser Frage. Danke.

Klasnic:

Delegierter Herr Lukas Mandl. Vorbereiten: Frau Landesrätin Frau Anna Hosp.

Mandl:

Hoher Bundesparteitag, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Als ich in die Schule gegangen bin, es ist nicht allzu lang her in der Unterstufe, war so ein Stehsatz in Geografie und anderen Fächern, etwas überheblich vielleicht: „In Entwicklungsländern, da ist es wichtig viele Kinder zu bekommen, denn die sind wichtig für die Altersversorgung. Wir brauchen das nicht mehr.“ Ein großer Irrtum war

das, ist es nach wie vor. Ich glaube nicht, dass es wichtig ist, dass es viele Kinder gibt, damit die Pensionen gesichert sind. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass es viele Kinder gibt, weil sie ein positives Signal in einer Gesellschaft sind, weil sie positive Energie stiften.

Aber in der Pensionsproblematik sehen wir jetzt, dass es sehr wohl auch über den immateriellen Sinn von Kindern materielle Bereiche gibt, in denen uns die Armut an Kindern in einer materiell reichen Gesellschaft auf den Kopf fällt. Ich sag das deshalb, weil mir dieser Aspekt fehlt. Viel zu viel fehlt in der Pensionsdiskussion, nämlich bei Null zu beginnen und zu fragen: Wo sind die Ursachen dafür, dass das Umlageverfahren so nicht mehr funktionieren kann? Der Leitantrag enthält einen Satz, der wie folgt lautet "Die Generationengerechtigkeit ist das große Schlüsselthema einer nachhaltigen Gesellschaftspolitik" und ich kann das nur unterstreichen und betonen. Generationengerechtigkeit oder besser gesagt Generationensolidarität drückt sich auch, aber nicht zunächst, aus in materiellen Absicherungen, in finanziellen Fragen. Generationensolidarität drückt sich dort aus, wo es darum geht, dass Jung und Alt voneinander lernen, dass junge Menschen etwa im Bereich der neuen Medien innerhalb der Familie - aber auch in anderen Umfeldern - für alte Menschen da sind, dass alte Menschen, ältere Menschen ihre Erfahrung jungen Menschen zur Verfügung stellen können. Es ist eine Bildungsfrage: Generationensolidarität vor jeder finanziellen Fragestellung. Generationensolidarität ist auch eine Betreuungsfrage. Es geht darum, dass Eltern oder ältere Mitglieder einer Familie, Betreuungspersonen, Kinder betreuen. Es geht darum, dass alte Menschen, gebrechliche Menschen, kranke Menschen betreut werden. Das funktioniert nur, wenn das Bewusstsein, das Gefühl für die Solidarität zwischen den Generationen da ist. Und Generationensolidarität ist eben auch eine Frage der Finanzen, der wirtschaftlichen Existenz. Und da ist der Staat gefordert, exzellente Lösungen anzubieten, damit diese Existenz gesichert ist, sowohl im Alter, wenn keine Erwerbstätigkeit mehr möglich ist, als auch beispielsweise, wenn Betreuungsleistungen verrichtet werden. Daher: eine Pensionsreform ist jetzt notwendig, ist jetzt wichtig, weil es die jungen Menschen sind, die Existenz aufbauen müssen, die Familie gründen, die abgesichert sein sollen, und nicht allein die Absicherung auch schon von Menschen, die jetzt Pensionsempfänger sind, leisten können. Die Volkspartei hat eine gute Tradition des Zusammenhaltens, des als Gemeinwohlpartei - Agierens, des nicht Bevölkerungsgruppen gegeneinander Aufhetzens, sondern für einander da sein zu lassen. Kinderbetreuungsgeld, Familienhospiz-Karenz sind Beispiele aus der letzten Legislaturperiode dafür, das ist typisch ÖVP, typisch christdemokratisch, es sollte so weiter gehen. Ich danke dem Herrn Bundeskanzler, dass er die Pensionsreform in dieser Weise in Angriff nimmt, dass er sagt, es ist auch wichtig sich gegen mögliche Widerstände, vielleicht vom Strukturkonservativen in diesem Land durchzusetzen, damit genau dieses Gemeinwohl gesichert bleibt, jenseits des gegeneinander Aufhetzens, das andere machen. Heute vor der Tür, vor dem Parteitag haben wir es erlebt. Ich bitte den Herrn Bundeskanzler, gleichzeitig diese Generationenfragen zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen, dass über die Umlagen, die Junge nicht allein finanzieren können, dass die Jungen Existenzen abgesichert haben, weil sie das nicht allein finanzieren, und auch die Frage der Kinderbetreuung so berücksichtigen, denn diese muss mindestens so viel entlohnt sein und bewertet werden wie Erwerbsarbeit.

Dankeschön.

Klasnic:

Frau Landesrätin Anna Hosp. Wenn sie nicht im Raum ist, lade ich ein die Frau Heidi Zoglmeier. Wir werden sie später noch einmal anrufen. Auch nicht im Raum.
Nächster: Landtagsabgeordneter Ernst Gödl. Ich würde die Damen und Herren, die sich melden, bitten, auch hier zu bleiben.

Zoglmeier:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf zum Antrag 19 der Frauenbewegung sagen, ich bin froh, dass die ÖVP jene Partei ist, die es mir als junger Frau ermöglicht, mich nicht entscheiden zu müssen zwischen der traditionellen Frauenrolle, also hinter dem Herd, und meiner Karriere, sondern mir beides ermöglicht, eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wichtig in diesem Zusammenhang für mich sind die finanziellen Aspekte, wie es bereits passiert ist. Die Anhebung der Zuverdienstgrenze für Frauen, die sich in der Karenz befinden. Dann sehr wichtig auch das Kinderbetreuungsgeld. Wichtig ist weiters, das Recht auf Teilzeit für Vater und Mutter und ebenfalls die flexible Arbeitszeitgestaltung, nur so kann Kindererziehung wirklich optimal funktionieren. Und ich bin froh, dass diese Punkte erstmals seitens der ÖVP besprochen wurden, das zeigt von einer zeitgerechten, modernen und zukunftsorientierten Frauenpolitik und Familienpolitik. Dankeschön.

Klasnic:

Herr Landtagsabgeordneter Ernst Gödl. Vorbereiten: Nationalrat Generalsekretär Karl-Heinz Kopf.

Gödl:

Hohes Präsidium, hoher Parteitag, liebe Delegierte!

Genau vor einem Jahr hat die Bundesregierung die österreichische Strategie zur nachhaltigen Entwicklung beschlossen. Und damit haben wir als große Gemeinschaft, als Verantwortungsträger wieder einmal umfassend aufgezeigt, welche Prinzipien für die Gestaltung unserer Zukunft wir anwenden wollen. Und es war schließlich auch die ÖVP, und ich bin als junger Mensch froh und begrüße es ausdrücklich, dass diese Gedankenvernetzung „ökosoziale Marktwirtschaft“ im Leitantrag definitiv niedergeschrieben wurde. Das Markenzeichen unseres politischen Handelns muss nach dem Prinzip ausgerichtet sein „Vorsorgen ist besser als Heilen“, und dieses Prinzip, entlehnt dem Gesundheitsbereich, trifft auf alle Politikfelder zu. Nehmen wir die Pensionsreform. Hätten die damaligen Verantwortungsträger mit Augenmaß vorgesorgt, würde es diesen heute notwendig schmerzhaften Heilungsprozess nicht geben müssen. Doch das Wort Nachhaltigkeit wird im besonderen mit einer aktiven Umweltpolitik in Verbindung gebracht. Österreich mit den Bundesländern, mit allen Gemeinden, hat sich in den letzten Jahrzehnten als ein Musterland mit vielen Pilotprojekten und Vorbildaktionen etabliert. Und diese Rolle gilt es zu festigen und zu verstärken. Die internationalen Übereinkommen, wie Kioto-Ziel und Agenda 21 sollen als verbindlicher Auftrag für die Zukunft angesehen werden, jedoch sei eines an dieser Stelle deutlich festgehalten: Zu Papier gebrachte Strategien haben nur dann einen Wert, wenn sie auch lokal umgesetzt werden, und als Bürgermeister weiß ich, wie schwierig es ist, Denken und Handeln im Sinne der Nachhaltigkeit in den Köpfen und Daten einzelner Bürger, einzelner Bürgerinnen zu verankern und weitläufig, die eigentlich in der Natur vorgegeben sind, wieder zu schließen. Aber es kann nur die Volkspartei sein, nachhaltige Prozesse im Sinne der lokalen Agenda 21 in den einzelnen Gemeinden in Gang zu setzen. Und das muss die Volkspartei sein, anhand von nachhaltigen

Zukunftsstrategien ihre ureigenste Glaubwürdigkeit unter Beweis zu stellen. Gerade wenn wir in vielen Ländern über die Herabsetzung des Wahlalters nachdenken, muss die ökosoziale Komponente im politischen Alltag allgegenwärtig sein, dann werden wir die eindeutig bessere Ökopartei sein. Dann werden wir auch weiterhin die eindeutig bessere Sozialpartei sein und vor allem wir werden jene politische Kraft sein, auf die wir Jungen in unserer Gesellschaft vertrauen werden können. Und Nachhaltigkeit heißt für mich: Begeisterung für Zukunft erwecken. Und ich denke, mit einer einstimmigen Zustimmung zum Leitantrag können wir diese Begeisterung hinaustragen in unsere Gemeinden und in unsere Länder. Und daher bitte ich um dieses Signal, denn morgen sollen wir mit Begeisterung wieder aufbrechen und Gutes für unser Land tun. Danke.

Klasnic:

Als nächsten Delegierten: Herrn Nationalrat Karl-Heinz Kopf. Bitte vorbereiten: Bauernbundpräsident Fritz Grilitsch. Meine Damen und Herren, ich habe eine große Bitte: Das Telefonieren macht Schwierigkeiten, wenn es im Raum stattfindet. Bitte, wenn jemand telefoniert, möge er das draußen in der Halle machen, damit wir uns hier besser verstehen.

Kopf:

Hohes Präsidium, geschätzte Delegierten zu diesem Bundesparteitag, meine Damen und Herren, liebe Freunde!

Der jährliche Zwischenbericht zum Lissabon-Prozess zeigt für den Standort Österreich ein insgesamt sehr erfreuliches Bild. Österreich belegt Rang 3, Rang 5 insgesamt, belegt bei der Umweltpolitik und der Umweltsituation sogar Rang 1, belegt beim Thema „sozialer Zusammenhalt des Landes“ den 3. Platz in der EU. Erfreuliche Positionierungen, wie ich meine, die auch bei unserem Konzept der ökosozialen Marktwirtschaft den ersten beiden Begriffen „Öko“ und „Sozial“ im vollen Umfang gerecht werden. Allerdings zeigt dieser Zwischenbericht zum Lissabon-Prozess auch einigen Nachholbedarf auf. Nachholbedarf vor allem bei den wirtschaftlichen Indikatoren, z. B. im Bereich Innovation, im Bereich Forschung oder auch bei den Kosten des Faktors Arbeit, wo wir den wenig rühmlichen 2. Platz in der EU einnehmen. Dieser Leitantrag zum Parteitag spricht, meine ich, die richtigen Themen an und es erfolgen darin auch die richtigen Bekenntnisse. Zum einen das Bekenntnis zum Erfolgsmodell der ökosozialen Marktwirtschaft, ein Bekenntnis zum Leistungsgedanken, ein Bekenntnis zu einer neuen Wachstumsorientierung, ein Bekenntnis zu Freiraum für alle - im Vordergrund das Individuum und nicht das Kollektiv. Aber auch ein Bekenntnis zum Grundsatz, dass es die Wirtschaft ist, die Arbeit schafft und dass sozial ist, was Arbeit schafft. Es enthält, oder er enthält, dieser Antrag, ein Bekenntnis zu stabilen Staatsfinanzen und damit eine Abkehr dessen, was wir Gott sei Dank nach der Kreisky- und Vranitzky- und Klima-Ära überwunden haben, auch ein Bekenntnis zu den notwendigen Reformen, ob im Pensionsbereich oder im Gesundheitsbereich. Und ich denke, dass das, was Sepp Pühringer eingangs gesagt hat zum Thema Pensionsreform, was er als Leitlinien, als Grundgedanken formuliert hat, in welche Richtung es gehen muss, nämlich in klares Bekenntnis zur Reform und zur Reparatur dessen, was die roten Finanz- und Sozialminister uns hinterlassen haben, aber auch die anderen Bekenntnisse und Eckpunkte, wie vorgegangen werden soll, das bedarf keiner weiteren Erläuterung, lieber Sepp.

Dieser Leitantrag enthält auch ein klares Bekenntnis zu Europa und alle wissen wir, dass wir mit dieser Erweiterung der Europäischen Union in den Mittelpunkt Europas

rücken und Österreich der klare Gewinner ist dieser Erweiterung. Insgesamt meine ich, vor allem das Bekenntnis auch zu Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes in Verbindung mit einem Erhalt des sozialen Zusammenhaltes dieses Landes, ist dieser Leitantrag ein Antrag, der wirklich diesen Begriff Leitantrag, nämlich uns zu leiten in die Zukunft verdient. Wolfgang Schüssel hat uns gegenüber formuliert ein Ziel: Absenkung der Steuer und Abgabenquote auf 40% des Bruttoinlandsproduktes bis 2010. Diese Ziele wollen wir gemeinsam anvisieren, gemeinsam erarbeiten, dazu bedarf es mutiger Reformen und dann, meine Freunde, bin ich mir sicher, dass auch mit Hilfe und Unterstützung der Wirtschaft, jener Wirtschaft, in der die Leistungen unseres Sozialstaates, unseres sozialen und ökologisch orientierten Staates, erwirtschaftet werden, dann werden wir noch viele Parteitage erleben mit einem ÖVP-Bundeskanzler an der Spitze. Danke.

Klasnic:

Nach dem Bauernbundpräsidenten, Frau Landesrätin Christine Edlinger-Ploder.

Grillitsch:

Werter Herr Bundeskanzler, Frau Vorsitzende, hohes Präsidium, hoher Bundesparteitag!

Ich frage Sie, welche Partei in Österreich hat ein Zukunftsprogramm? Die Österreichische Volkspartei hat ein Zukunftsprogramm, nämlich die ökosoziale Marktwirtschaft. Die ökosoziale Marktwirtschaft ist unser Zukunftssicherungsprogramm, meine Damen und Herren Delegierten. Ökonomisch, ökologisch, sozial ausgewogen - das ist der Inhalt dieses Programmes und was wir heute brauchen, ist ganz einfach ein größerer Spielraum für unsere wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen in Österreich und darüber hinaus. Wir brauchen auch soziale Fairness und daher begrüße ich auch ganz besonders, jetzt den Mut zu haben, jetzt den Mut zu haben, meine Damen und Herren Delegierten, auch entsprechende Pensionssicherungsmaßnahmen durchzuführen, wie sie angedacht sind. Und wir brauchen auch eine Integration der Umwelt und der Natur. Ich bitte Sie, dass wir uns zu diesem Leitantrag bekennen, weil wir dazu nicht nur klare Ziele brauchen, sondern auch klare Umsetzungsmechanismen. Ich begrüße daher auch den Mut zu haben, auch in der Steuerreform entsprechende Akzente zu setzen, zu dem klaren Ziel unseres Umweltschutzes auch klare Umsetzungsmechanismen im Steuersystem festzusetzen. Einen Umbau unseres Steuersystems vorzunehmen, nämlich weg von der hohen Besteuerung von Arbeit, hin zu einer Besteuerung von Ressourcen und Energie, um letztlich den Menschen auch mehr Eigenständigkeit zu geben, wie viel Steuern sie letztlich auch bezahlen, indem sie ganz einfach dann auch mit Ressourcen und mit Energie sorgsamer umgehen.

Meine Damen und Herren, dieser Leitantrag beinhaltet auch die ökosoziale Marktwirtschaft und ich glaube, die ökosoziale Marktwirtschaft ist, ganz einfach umfassend gesehen, das Lebensqualitätssicherungsprogramm für die Zukunft. Die Marktwirtschaft ist bereits ein Globalplayer. Jetzt müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass auch die ökosoziale Marktwirtschaft ein Globalplayer wird. Gerade wenn ich denke an die Verhandlungen für die Landwirtschaft der gemeinsamen Agrarpolitik in Europa, aber auch an die umfassend schwierigen WTO-Verhandlungen mit Amerika und anderen Ländern. Wie hat Wolfgang Schüssel immer gesagt? 'Wir lassen uns diese ökosoziale Marktwirtschaft nicht kopieren, weil wir haben kapiert, worum es geht'. Ich bitte Sie daher um Ihre Zustimmung.

Klasnic:

Frau Landesrätin Christine Edlinger-Ploder. Vorbereiten bitte: unser Landwirtschaftsminister Pröll.

Edlinger-Ploder:

Hohes Präsidium, großer Parteitag!

Ich möchte mich heute zum Leitantrag zum Thema Bildung und Ausbildung melden, weil ich als Mutter von zwei Kindern die Chance bekommen habe, Verantwortung für die Bildungseinrichtungen in unserem Land zu tragen. Und Ausbildung gehört zu Lebensgestaltung und Gesellschaftsgestaltung. Und aktuell zum heutigen Tag möchte ich auch sagen, dazu gehört auch Erziehung, wie man sich in einer Frage, in einer Diskussion verhält und wie eine Diskussionskultur ausschauen kann. Ich bin froh, dass wir hier es gelernt haben. Wie es draußen auf der Straße aussieht, dürften manche die Ausbildung vergessen haben. Ausbildung heißt aber auch eine untrennbare Verbundenheit mit dem Arbeitsplatz, mit der eigenen persönlichen Lebensgestaltung, mit der Wirtschaft und, ich bin froh sagen zu können, dass wir in Österreich so eine große Vielzahl an Bildungseinrichtungen haben, die ihre Schwerpunkte und ihre Qualitätssetzung haben, die sich aber in der letzten Zeit innerhalb der Struktur nicht genug darauf vorbereitet, wie wir mit der Wissensflut, wie wir mit der Informationsgesellschaft umgehen sollen, und hier brauchen wir auch in der Struktur Veränderungen, die diese hohe Qualität sichert. Und ich bin froh, Frau Bundesminister, dass Sie diesen schwierigen Weg angehen. Ich glaube, dass es sehr gut möglich sein wird, denn Schule heißt auch Bewegung, heißt Veränderung und deshalb gehört es zur Natur dieser Institute, dass sie sich bewegen, dass sie sich verändern und wenn man etwas anpackt, wenn man etwas angreift, dann bewegt sich etwas. Und wir sollen den Mut haben, etwas anzupacken und etwas anzugreifen, auch mit dem Risiko, dass sich dann ein bisschen was bewegt, aber ich glaube es wird notwendig sein, um auch unseren Kindern, meine sind erst sehr klein und ich möchte ihnen trotzdem eine Zukunft bieten können, in der sie eine eigene Ausbildung in dieser Qualität besuchen können. Danke.

Klasnic:

Herr Landwirtschaftsminister. Nächster Redner: Christian Szakacs.

BM Pröll:

Hoher Bundesparteitag, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, lieber Wolfgang! Es ist für mich schon ein besonderes Erlebnis zum ersten Mal einem Parteitag beiwohnen zu können und Ihnen die Vorstellungen und die Kraft der Österreichischen Volkspartei im Thema Nachhaltigkeit und ökosozialer Politik zu präsentieren. Von Joschi Riegler spannt sich der Bogen von der ökosozialen Politik bis zu einem Nachhaltigkeitskonzept dieser Bundesregierung. Wir haben schon sehr früh erkannt, dass da immer Nachhaltigkeit in Bezug auf Agrarpolitik, auf Umweltpolitik und für den gesamten ländlichen Raum der Schlüssel für die Zukunftsentwicklung ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir liegen in Österreich, in Europa unter den Top 3. Wir brauchen uns nicht zu schämen für die Arbeit, die wir geleistet haben. Im Gegenteil, die Österreichische Volkspartei war in den letzten Jahren federführend dafür verantwortlich, dass wir in der Umweltqualität, in der Lebensqualität mit Österreich an die Spitze Europas gekommen sind. Und wir haben einen Weg gewählt, der auch wieder unseren Zugang zum Menschen zeigt. Wir wollen nicht mit Zwang und Regulierung Umweltpolitik machen. Wir machen Umweltpolitik mit Eigenverantwortung der Menschen, mit Selbstverpflichtung, z. B. der Wirtschaft, das

System funktioniert. Wir setzen auf Kooperation, kurz gesagt, wir machen Umweltpolitik mit den Menschen und nicht gegen den Menschen. Und wir werden im Bereich des Klimaschutzes in den nächsten Jahren Akzente setzen, um ein sehr ehrgeiziges Ziel konsequent zu verfolgen und schlussendlich auch zu erreichen. Und wir werden auch in der Anti-Atompolitik keinen Millimeter von unserer Linie abweichen, sondern nachhaltig uns klar, uns weiter deutlich zu positionieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für unsere bäuerlichen Familienbetriebe, für die sich übrigens niemand anderer in dieser Republik einsetzt außer der Österreichischen Volkspartei, haben wir Rahmenbedingungen zu gestalten, damit zukünftig dieser bäuerliche Familienbetrieb auch erfolgreich wirtschaften kann. Es kommen große Herausforderungen mit der Erweiterung, mit den internationalen Herausforderungen rund um eine Reform der Agrarpolitik und mit den WTO-Verhandlungen auf uns zu. Die Bauern Österreichs können sich darauf verlassen, dass diese Österreichische Volkspartei klar an den Zielen in der Agrarpolitik festhält, und um jeden Betrieb in Österreich kämpfen wird.

Und ich möchte noch auf einen Aspekt eingehen, wenn hier jetzt manche anderen politischen Mitbewerber wach werden. Wir sind die einzigen, die die Kompetenz haben, den ländlichen Raum erfolgreich nach vorne zu bringen. Wir sind die Bürgermeisterpartei dieses Landes. Wir wissen um die Kraft der Gemeinden und das Engagement der Bürgermeister und Gemeinderäte. Wir werden auch hier weiter eine offensive Politik betreiben, damit der ländliche Raum Zukunft hat. Und dazu werden wir auch im Finanzausgleich die entsprechenden Maßnahmen zu setzen haben, nämlich hin zu einem bedarfsorientierten Schlüssel, weil der alte Aufteilungsschlüssel, noch kommend aus den Entwicklungen des 2. Weltkrieges und danach, überholt ist. Wir müssen den Gemeinden die Instrumente an die Hand geben, damit sie für die Bürger erfolgreich arbeiten können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und gestatten Sie mir abseits meiner Zuständigkeit als Lebensminister zum Thema Pensionssicherungsreform auch noch ein paar Worte. Nachhaltigkeit beschränkt sich nicht auf Umwelt- oder Landwirtschaftspolitik, sondern wir müssen, wenn wir nachhaltig in die Zukunft wirtschaften wollen, auch dafür sorgen, dass im Sozialbereich wir Zukunft haben. Und ich bin selbst Familienvater von drei kleinen Kindern, und es ist unsere Aufgabe auch ihnen ein Pensionssystem zur Verfügung stellen zu können, mit dem sie auch in Zukunft noch Pension beziehen können. Das ist nachhaltige Einstellung und nachhaltige Politik und dafür danke, dass wir diesen Akzent gesetzt haben.

Klasnic:

Gestatten Sie mir eine Zwischenbemerkung: Wenn man unseren Damen und Herren Delegierten zuhört, freut man sich in dieser Volkspartei zu sein und auch zu wissen, dass wir eine gute Zukunft haben.

Herr Christian Szakacs bitte.

Szakacs:

Hoher Bundesparteitag, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Als Vertreter der Jungen ÖVP ist es mir ein besonders Anliegen, ein klares Wort zu einer stabilen Finanzpolitik heute zu finden. Das ist meiner Meinung nach der wichtigste Bereich in diesem Leitantrag. Denn jeder, der heute Wahlgewinne und Wahlversprechen auf Budgetdefizit stützt und dadurch Raub begeht, nämlich Raub an der Zukunft der heute jungen Generationen, der hat sicher nicht die Unterstützung der Jugend und sicher nicht die Unterstützung derer, die nachhaltig und

zukunftsorientiert für Österreich arbeiten möchten. Auf den Punkt gebracht: Daher fordern wir Jungen, dass der Kurs einer stabilen Finanzpolitik, die auf Nachhaltigkeit und auf Generationengerechtigkeit gerichtet ist, beibehalten wird, denn das ist wirkliche Gerechtigkeit für alle Generationen, das ist der Weg der Jungen ÖVP, das ist der Weg Wolfgang Schüssels.

Klasnic:

Bundesminister Günther Platter. Vorbereiten: Klubobmann Christopher Drexler.

Platter:

Sehr geehrter Bundesparteibmann, lieber Wolfgang, hoher Bundesparteitag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist mir eine ganz besondere Freude, dass in diesem Leitantrag auch die Sicherheitspolitik in besonderem Maße hier angeführt ist und auch die Verteidigungspolitik. Denn nennen wir es beim Wort, eines ist klar, das höchste Gut ist, dass wir in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben können. Und die Bevölkerung, die Österreicherinnen und Österreicher, haben ein Recht darauf, dass ihnen Sicherheit und Schutz gegeben wird. Und die Verteidigungspolitik nimmt hier natürlich eine wichtige Rolle ein. Und ich habe bei meiner ersten Plenarsitzung als Bundesminister für Landesverteidigung Folgendes gesagt: Suchen wir einen parteiübergreifenden Konsens, dass wir gerade im Bereich der Verteidigungspolitik und Sicherheitspolitik einen gemeinsamen Weg gehen. Unterlassen wir es, dass immer wieder Leistungen für die Verteidigungspolitik, den Leistungen der Sozialpolitik gegengerechnet werden, denn, geschätzte Damen und Herren, es geht um mehr. Es geht um die Sicherheit eines einzelnen Bürgers und es geht um die Sicherheit der Republik Österreich. Wohin geht nun die Reise im Bereich der Verteidigungspolitik? Früher war es so, dass wir uns vorwiegend mit der territorialen Verteidigung auseinandergesetzt haben, heute schaut die Situation ganz anders aus. Heute müssen wir die Fragen stellen: Wie beteiligen wir uns solidarisch an einer gemeinsamen Friedensarchitektur und wie können wir den neuen Bedrohungen entgegenwirken, Bedrohungen, die uns am 11. September vor Augen geführt wurden? Die Antwort kann nur sein: Kooperation und Solidarität. Und hier hat das Bundesheer natürlich auch sich zu verändern, hat sich anzupassen. Natürlich wird das österreichische Bundesheer weiterhin die territoriale Verteidigung machen. Natürlich ist es wichtig, dass das österreichische Bundesheer für die Katastrophenhilfe zuständig sein wird und natürlich ist es wichtig, dass der Assistenzinsatz gemacht wird. Aber die internationalen Solidaritätsleistungen haben absolute Priorität. Und eines möchte ich auch sagen, Österreich ist durch diese vielen internationalen Einsätze zu einem Land geworden, wo wir hohes Ansehen international errungen haben. Und geschätzte Damen und Herren, damit das alles möglich ist, werden wir Mitte Mai eine Bundesheerreformkommission einsetzen, die Länder werden natürlich mit eingeladen. Ich habe heute mit zwei bedeutenden Landeshauptleuten hier auch ein Gespräch geführt, damit die Länder eingebunden werden, damit wir ein schlankes und effizientes Bundesheer zur Verfügung haben, das die Aufgabenstellung für Österreich, für Europa bewältigt. Zum Zweiten ist in diesem Leitantrag angeführt, dass die Österreichische Volkspartei für eine moderne Luftsicherung steht. Ich kenne diese Diskussionen, die es in den letzten Jahren gegeben hat, kritische Stimmen. Und wenn wir jetzt über die Luftraumüberwachungsflugzeuge reden, wobei ich den Irak-Krieg nicht strapazieren möchte, aber jetzt kommt man drauf, wie wichtig ist es eigentlich, dass wir auch Sicherheit in der Luft haben. So wie der Ernst Strasser dafür steht, dass wir am

Boden Polizei, Gendarmerie zur Verfügung haben, es Sicherheit und Schutz der Bevölkerung gibt, brauchen wir natürlich diesen Schutz und diese Sicherheit in der Luft. Und ich war erst kürzlich in St. Johann in Salzburg, habe mir das Radarsystem angeschaut, hervorragend. Wir liegen hier europäisch an der Spitze. Wir können beurteilen, ob Flugzeuge unterwegs sind in unserem Luftraum, die nicht angemeldet sind, das ist eine hervorragende Angelegenheit. Aber, wichtig ist es doch, dass wir dann Flugzeuge zur Verfügung haben, die eine Identifizierung durchführen dieser Flugzeuge, die nicht gemeldet sind, die eine Begleitung durchführen, die darüber hinaus, wenn es notwendig ist, wenn die Sicherheit in Gefahr ist für Österreich, für die Bürger, dass auch diese Flugzeuge zum Landen gezwungen werden können. Ich möchte hier einen Vergleich ziehen: In einem Haus, in einer Unternehmung hat man einen Brandmelder. Was nützt dieser Brandmelder, wenn wir keine Feuerwehr zur Verfügung haben? Und daher: Sicherheit und die Souveränität für Österreich kann nur gewährleistet sein, wenn österreichische Piloten mit österreichischen Flugzeugen den österreichischen Luftraum sichern. Und das ist der Weg, den wir, die Österreichische Volkspartei, angehen.

Zum Schluss: Die Österreichische Volkspartei deckt alles ab, alle Bereiche, die für die Bürger notwendig sind. Und ich freue mich, dass die Österreichische Volkspartei auch die Sicherheitspartei ist. Und hier ist also es nicht möglich, dass das immer populär ist, sondern es ist eine Verlässlichkeit notwendig. Diese Verlässlichkeit ist in der Österreichischen Volkspartei gegeben und diese Verlässlichkeit gibt unser Bundeskanzler Wolfgang Schüssel vor. Herzlichen Dank.

Klasnic:

Herr Klubobmann Christopher Drexler. Nächster Vorbereitungskandidat: Thomas Schüssler.

Drexler:

Sehr verehrte Frau Landeshauptmann, hohes Präsidium, hoher Bundesparteitag! Es liegt uns heute der Leitantrag bei diesem Bundesparteitag vor und ich möchte gleich zu Beginn sagen, dass dieser Leitantrag ein exzellenter Beitrag für die politische Debatte in Österreich ist. Es haben schon einige Redner darauf hingewiesen, dass vor allem in der Frage der Reform unserer sozialen Sicherungssysteme hier der Geist der Nachhaltigkeit versprüht wird mit diesem Antrag und ich glaube, dass das von unendlicher Wichtigkeit ist. Es geht nun einmal darum, dass wir unsere sozialen Sicherungssysteme nicht nur heute und in den nächsten ein, zwei Jahren als verlässlich erkennen können, sondern es geht darum, unsere sozialen Sicherungssysteme nachhaltig abzusichern. Es wird kein Zufall sein, dass sich sehr viele Junge - und mit ein wenig Augenzwinkern kann ich mich auch noch fast zu den Jungen zählen - sehr viele Junge sich bis jetzt an dieser Debatte beteiligt haben und genau auf dieses Element hingewiesen haben. Es geht darum, auch für die Zukunft unser Sozialsystem zu sichern. Und es ist schon beinahe bestürzend, wenn man sich anschaut, wie die Opposition, die SPÖ, vor allem aber auch der meist nur vermeintlich überparteiliche ÖGB, reflexartig gegen jeden Reformbeitrag Stellung nimmt, und das ist ja nicht neu. Seit dem 4. Februar 2000 kennen wir eigentlich schon dieses Spiel. Es ist immer die gleiche Leier: Schwarz-Blau Sozialabbau, alles furchtbar und grauslich. Ich kann mich noch erinnern, wenige Wochen nach dem 4. Februar 2000 hat es bereits eine Hochglanzbroschüre gegeben, wo unter dem Motto "Stoppt schwarz-blauen Sozialabbau" nachzulesen war, dass in Hinkunft, wenn man unter dieser Regierung Kreuzschmerzen bekommt, das 2.500 Schilling kosten wird, der Arztbesuch. Das ist nichts anderes als

Verunsicherungspropaganda. Und wir haben das immer zurückgewiesen und ich glaube auch, jetzt geht es darum, ganz klar zu sagen, dass vieles von dem, was an Kritik kommt, parteipolitisch motiviert ist und es ist eigentlich ein Missbrauch des ÖGB und ein Missbrauch der Arbeitnehmerinteressenvertretung.

Ich meine, es ist zwar vielleicht ein positiver Nebeneffekt der ganzen Debatte, dass der ÖGB-Präsident aus seinem jahre- oder jahrzehntelangen Dornröschenschlaf erwacht ist, aber ich hätte mir dieses Erwachen zu einem früheren Zeitpunkt erwartet. Es hätte z. B. dem ÖGB-Präsidenten nicht schlecht angestanden, Verhandlungen über einen Mindestlohn aufzunehmen, der mittlerweile auch Bestandteil der Programmatik der ÖVP ist. 92 hat es eine Aussendung gegeben, 1992 er wird umgehend damit beginnen, bis heute scheinen diese Verhandlungen nicht stattgefunden zu haben. Also man möge sich schon im Detail anschauen, wo welche soziale Verantwortung besteht. Gleichzeitig gilt es aber auch bei der konkreten Debatte um die Pensionsreform schon einige Anmerkungen zu machen. Es sind heute schon einige konkrete Punkte genannt worden, über die man noch diskutieren sollten. Und ich glaube, man sollte darüber diskutieren, denn im besten Entwurf können auch soziale Unverträglichkeiten drinnen sein und Dinge drinnen sein, die es einfach auszuräumen gilt. Dazu braucht es Diskussion, die auch heute hier geführt wird. Eine differenzierte Debatte braucht es und keine Effekthaschereien der Debatte. Vielleicht noch ein Gedanke: Wenn wir uns zur nachhaltigen Sicherung der Pensionen bekennen, dann auch deswegen, weil wir vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit handeln wollen. Es soll nämlich Generationengerechtigkeit geben. Und wenn man das ernst nimmt, muss auch die Debatte darüber erlaubt sein, ob man die Lasten, die verbunden sind mit Reformen, nur jenen aufbürdet, die erst in 10, 20, 30, 40 Jahren in Pension gehen werden, oder ob man nicht auch von jenen, die insbesondere hohe Pensionen haben, einen Beitrag zu diesem Reformwerk erwarten kann. Das sollte zumindest ein Anstoß sein. Herzlichen Dank.

Klasnic:

Der Delegierte Thomas Schüssler. Bitte vorbereitet zu sein: der Obmann des Seniorenbundes, Stefan Knafl.

Schüssler:

"Nur kein Ehrenamt
Willst du froh und glücklich leben,
lass kein Ehrenamt dir geben!
Willst du nicht zu früh ins Grab
lehne jedes Amt gleich ab!
So ein Amt bringt niemals Ehre,
denn der Klatschsucht scharfe Schere
schneidet boshaft dir, schnipp-schnapp,
Deine Ehre vielfach ab."

Von Wilhelm Busch ein Gedicht, das mir ein guter Freund, der Lukas Mandl - Sie haben ihn heute schon gehört - vor einigen Tagen gereicht hat. Wir haben uns angeschaut, wir haben geschmunzelt, wir haben unseren Teil gedacht und wir haben genau gewusst, warum wir ehrenamtlich tätig sind. Jeder weiß, ehrenamtliche Mitarbeit ist nicht immer einfach, den Zusammenhalt innerhalb einer Gruppe zu sichern. Man wird oft als Wichtigtuer, als Geschäftshuber heruntergetan. Und es ist auch nicht einfach daran zu denken, dass derjenige, der einem gegenüber sitzt, auch nur ehrenamtlich tätig ist und sein Bestes gibt, auch wenn nicht vielleicht das

Optimale dabei herauschaut. Umso mehr hat es mich gefreut, als ich eine Stelle im Leitantrag entdeckt habe, die da lautet: Das Ehrenamt ist ein wichtiger Baustein der Bürgersolidarität. Und diese Stelle kann ich nur unterstreichen. Es ist wichtig, diese ehrenamtliche Mitarbeit kennen zu lernen, um soziale Kompetenz entwickeln zu können und um diesen Umgang, ein bisschenl Gespür für das Miteinander, auch wirklich erlernen zu können.

Hoher Bundesparteitag, hoher Kanzler, hohes Tagespräsidium, darum würde ich mir von dieser Bundespartei wünschen, dass wir alles Mögliche daran setzen, einige von uns im Kleinen, manche von euch bitte auch im Großen, dass wir die Rahmenbedingungen und die Honorierungen für ehrenamtliche Mitarbeit in unserem Staat Österreich erhalten und weiter verbessern.

Klasnic:

Der Obmann Stefan Knafl. Bitte vorbereiten, Frau Dr. Marilies Flemming.

Knafl:

Herr Bundesparteiobmann, wertees Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freunde!

Ich freue mich über die Aussage von Generalsekretär Lopatka, dass es eine große Zustimmung der Jugend bei der letzten Nationalratswahl gegeben hat. Ich möchte nur hinzufügen, ich habe mich sehr darüber gefreut, dass bei der letzten Nationalratswahl aus dem Bereich der Senioren die größte Zustimmung bei allen Nationalratswahlen, die es bisher gegeben hat, vorgelegen ist.

46 % derjenigen Pensionisten, die zur Wahl gegangen sind, haben der Volkspartei die Stimme gegeben. Ich glaube, es ist nicht von ungefähr gekommen. Im Leitantrag, liebe Freunde, meine Damen und Herren, steht: Österreich ist zu Recht stolz auf sein umfassendes System der sozialen Sicherheit. Wir haben eine hervorragende Gesundheitsversorgung sowie ein Pensionssystem, das in der Vergangenheit gut funktioniert hat, und dass es auch in der Zukunft gut funktioniert, liebe Freunde, unterstütze ich nachhaltig die Pensionssicherungsreform im Interesse von Jung und Alt, liebe Freunde. Ich freue mich, was der Freund Mandl hier gesagt hat. Liebe Freunde, meine Frau und ich haben vier Kinder, die vier Kinder haben nur fünf Kinder, also wir haben nur fünf Enkel, aber es ist schon ein Urenkel in der Zwischenzeit angekommen. Und meine Damen und Herren, das wird auch in der Zukunft das Problem sein. Ich bin also der Auffassung, dass alles unternommen werden muss, damit die sozialen Systeme nicht nur für die älteren, sondern auch für die jungen Menschen in unserem Lande in Zukunft gesichert werden, liebe Freunde. Landeshauptmann Dr. Pühringer hat gemeint, die Reformen müssen gerecht sein, ich pflichte ihm hier bei. Aber meine lieben Freunde, ich bin auch der Auffassung, und zwar als einziger Obmann einer Seniorenorganisation in Österreich und darauf bin ich eigentlich schon ein bisschenl stolz, ich bin der einzige Obmann einer Seniorenorganisation, der auch in aller Öffentlichkeit sagt: Auch die in Pension Befindlichen müssen zur Sicherung der sozialen Systeme in unserem Lande einen Beitrag leisten.

Und daher erlauben Sie mir - aber jetzt können noch nicht fünf Minuten um sein - ein paar Bemerkungen zum Solidarbeitrag und zum Eingriff in bestehende Pensionen. Liebe Freunde, seit dem Jahre 2001 leisten Pensionisten jährliche Solidarbeiträge in gewaltiger Größenordnung, daher bin ich gegen einen Eingriff in bestehende Pensionen. Ich füge hinzu, durch die Änderung der Nettopensionsanpassung gab es schon einen ganz großen Beitrag der Pensionisten zur Sicherung des Systems. Die Einschleifregelung, die Beseitigung des Pensionistenabsetzbetrages, liebe Freunde,

die Frage des Pensionssicherungsbeitrages für Beamte des Ruhestandes, die in diesen Jahren von 1,7% zunächst auf 1,5% zurückgeführt wurden, dann auf 2,3% erhöht wurden und ab 1. Jänner des kommenden Jahres auf 3,3% erhöht werden. Und liebe Freunde, ich füge auch hinzu, dass der Krankenversicherungsbeitrag für Pensionisten um 1% erhöht werden soll und im gleichen Zusammenhang damit aber die Zahlungen der Pensionsversicherung an die Krankenversicherung für Pensionisten zurückgeführt werden, dass also dort Einsparungen sind. Liebe Freunde, ich bin gesprächsbereit, ich bin aber der Auffassung, dass es im Interesse des Ganzen und auch des Beitrages, der heute schon angeführt wurde, den Pensionisten für diese Gesellschaft, für diesen Staat erbracht haben, dass auch Leistungen, die auch bisher erbracht wurden, in diese Überlegungen hineinzubeziehen sind. Und ich sage noch ein Wort liebe Freunde, auch zur Frage der Politikerpensionen und zum Beitrag derjenigen Politiker, die sich schon in Pension befinden: Seid Kreiskys Bezügereform bin ich in den Gremien unserer Partei dafür eingetreten, dass es eine entsprechende Begrenzung bei den Politikerpensionen gibt. Ich bekenne mich dazu liebe Freunde, und ich habe weder psychische noch physische Schmerzen, wenn es bei den Politikern, die in Pension sind, um die Entrichtung eines Solidarbeitrages geht, liebe Freunde. Aber ich habe, ich sage das ganz deutlich, ich habe eigentlich psychische Schmerzen, wenn es nicht möglich sein wird, dass auch die zwei Millionen Pensionisten als Beitragszahler in der Krankenversicherung ein Mitentscheidungsrecht im Bereich der Sozialversicherung bekommen. Ich bedanke mich bei unserem Bundeskanzler, ich bedanke mich beim Präsidenten Leitl dafür, dass es zunächst möglich gewesen ist, in einer Übergangslösung einen Interessensvertreter unser Anliegen im Verwaltungsrat unterzubringen und ich danke dem Bundeskanzler sehr herzlich dafür, dass im Regierungsprogramm nun mehr die Schaffung einer Pensionistenkurie vorgesehen ist und ich lade die ÖVP-Wirtschaftsvertreter und die ÖVP-Arbeitnehmervertreter ein, gewähren wir doch gemeinsam den Pensionisten dieser immer größer werdenden Gruppe einen geringen Anteil an der Zahl in den entsprechenden Organen. Ich bitte, daran zu denken, dass wir Pensionisten alle entweder in einer Arbeitgeberfunktion oder in einer Arbeitnehmerfunktion tätig waren. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Klasnic:

Ich ersuche Frau Dr. Marilies Flemming ans Rednerpult zu kommen. Darf Ihnen als Zwischenergebnis melden, es sind noch vier Wortmeldungen. Vorbereiten bitte, Herr Dr. Hans Freiler.

Flemming:

Lieber Herr Bundeskanzler, liebe Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren! Kritik, aber auch sehr viel Lob, gibt es von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rat, auch dem Parlament für die Bemühungen Österreichs um eine Pensionsreform. Kritisiert wird, dass Österreich eines der ganz wenigen Länder ist, das noch immer ein unterschiedliches Alter für Frauen und Männer hat. Es wird auch kritisiert, dass die Erwerbsquote der Älteren sehr, sehr gering ist. Als Lob dürfen wir entgegennehmen die Bemühungen Österreichs, Kindererziehungszeiten zu berücksichtigen, und insgesamt wird äußert begrüßt, ausdrücklich begrüßt, dass die österreichische Regierung sich bemüht, weitere Reformen zu machen. Was mir bei dieser ganzen Debatte wirklich abgeht, meine Damen und Herren: Meine Großeltern haben nicht einmal gewusst, was das heißt „eine Pension“. Meine Elterngeneration, ja da sind die Männer ja schon mit 60 oder 65 gestorben und die Frauen haben ganz,

ganz kleine Pensionen gehabt. Erst meine Generation, und ich bin jetzt 70, hat als erste Generation überhaupt die Chance, eine gesicherte Pension zu haben. Sehen Sie, wenn man bei Kriegsende 12 Jahre alt war, dann erinnert man sich an den Stephansturm ohne Dach, an die Oper, die in Schutt und Asche gelegen ist. Wir, diese Generation hat überhaupt erst den Wohlstand geschaffen, der diese Diskussion „ungesicherte Pensionen“ überhaupt möglich macht.

Der Herr Lebensminister macht sich zu Recht Sorgen um die Zukunft seiner drei kleinen Kinder. Ich mach mir Sorgen um die Zukunft meiner sechs kleinen Enkelkinder. Und sehen Sie, ein Kind das heute geboren wird, das wird nicht 60 oder 70 wie ich, das hat die Chance 80, 90 oder 100 Jahre alt zu werden. Und ich habe Sorge, dass meine Enkelkinder mit 80 oder 90 als altes Eisen betrachtet werden. Ich will, dass sie die Chance haben, im Leben zu stehen. Ich möchte, dass sie das Recht haben, in der Gesellschaft arbeiten zu dürfen. Ich möchte, dass sie Sicherheit haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestern, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, hat, glaube ich, irgendein Journalist gesagt: „Ja dieser Bundeskanzler der tut das Notwendige, aber wo bleiben die Visionen?“ - also Herr Bundeskanzler: Philosophie, Visionen - auch persönliches Glück erwarte ich mir nicht, das ein Herr Bundeskanzler mir verschafft. Aber dass ein Bundeskanzler das Notwendige nicht nur sagt, nicht nur verspricht, nicht nur ankündigt, sondern dass er das tut, dafür möchte ich Wolfgang Schüssel danken. Dankeschön.

Klasnic:

Es gibt sicher keine zweite Partei in Österreich, die solche Generationenvertreter hat: erwachsene, erfahrene, reife und ganz junge. Danke Marilies.

Herr Dr. Hans Freiler bitte. Nächste Wortmeldung dann: Dr. Norbert Schnedl.

Freiler:

Sehr geehrter Herr Bundesparteiohmann, hohes Präsidium, meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Es hat ja bisher zum Leitantrag aus meiner Sicht eigentlich nur sehr euphorische Wortmeldungen gegeben, die ich da und dort grundsätzlich auch unterstützen kann. Ich glaube aber, dass viele Punkte darin, die ich nicht kritisieren möchte, die ich auch unterstützte, Anlass sein müssen, ein bisschen nachzudenken. Und ich darf bei der Frau Bundesminister Gehrler anschließen. Sie hat von uns allen Mut zu Reformen verlangt. Ich glaube, es ist niemand herinnen, der Reformen ablehnt und es ist niemand herinnen, der nicht Mut zu Reformen hat. Aber jetzt meine Bitte: Es nützt uns nichts, wenn wir herinnen Mut haben, aber die Leute draußen und jene, die am 24. November ÖVP gewählt haben, Angst haben. Ich darf wirklich auch bitten, dass wir jene Wählerinnen und Wähler vom 24. November ernst nehmen und dass wir mehr auf ihre Sorgen hören. Und ich hab den Eindruck, dass der Landeshauptmann von Oberösterreich, der ja quasi in seiner Begrüßungsansprache schon einen Antrag formuliert hat, im Moment hinhört, nicht zuletzt auch, weil eine Wahl vor der Tür steht, aber hinhört. Und ich glaube, wenn wir den Leitantrag in Zusammenhang mit dem Antrag von Landeshauptmann Pühringer sehen, dann sind wir sehr, sehr gut beraten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, ich möchte nicht Stimmung machen, ich möchte aber die Stimmung, die ich Tag für Tag erfahre, hier mitteilen. Ich komme aus dem niederösterreichischen Landesdienst, aus ÖVP-Sicht ein geschützter Bereich, ich gebe das gerne zu. Wir sind 20.000 Mitarbeiter, davon sind 79,5% Mitglieder dieser Partei, noch immer. Ich habe jetzt im Moment von unserer Organisation die Erlagscheine für die Mitgliedsbeiträge bekommen. Ich sage

Ihnen ganz ehrlich - und da gebe ich die Stimmung wieder, ich teile sie nicht aus: Nach Wahl-Kommunikation auf Sparflamme, ich sehe das schon ein, Sondierungsgespräche sind nicht für die Öffentlichkeit, aber wenn man dann die Informationen nur von den Aussondierten bekommt und nicht von den eigenen Spitzenfunktionären, dann ist es überlegenswert. Ich glaube aber und ich möchte das wirklich positiv jetzt sagen, es ist nicht zu spät, es geht nur darum, dass wir reden, reden lassen und dass wir vor allem zuhören. Wenn wir diese Tugenden verstärken, dann werden wir alle Reformen nachhaltig für die Zukunft umsetzen können. Danke.

Klasnic:

Ich darf Herrn Dr. Freiler danken und sagen, dass die ÖVP wirklich eine große Familie ist. Die bisherigen 24 Wortmeldungen haben gezeigt, dass wir miteinander reden wollen, das ist unser Auftrag.

Dr. Norbert Schnedl. Vorbereiten bitte: Mag. Robert Rintersbacher.

Schnedl:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, hohes Präsidium, liebe Freunde!
Wie ich heute nach Linz gefahren bin, habe ich unseren Klubobmann Willi Molterer im Radio gehört und er hat gesagt, durch den Beschluss des ÖGB ist der Grundkonsens im Bereich der Pensionen in Frage gestellt. Lieber Willi Molterer, ich muss dir da schon widersprechen. Dieser Grundkonsens ist nicht in Frage gestellt. Es gibt diesen Grundkonsens zu dieser Pensionsreform nicht, und zwar deswegen nicht, weil wir auch keine sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen in diesem Bereich geführt haben. Ich möchte vielleicht dazu sagen, dass ich das, was Hans Freiler gesagt hat vor mir, wirklich unterstreichen muss, wenn ich so auf die Dienststellen fahre, die Kolleginnen und Kollegen kontaktiere. Ich bin also der Dienstrechtsreferent der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und sehr viel in Österreich unterwegs. So schlägt mir Verunsicherung, ja Angst entgegen, die Menschen rufen an. Es rufen mich junge Kolleginnen und Kollegen - 30, 35 Jahre - an und sagen, also das Umlagesystem das ist derartig in Frage gestellt, was soll ich tun. Wie soll ich auf die Zukunft mich vorbereiten? Welche Maßnahmen sollen wir treffen? Und das ist natürlich mit guten Grund diese Verunsicherung, weil nämlich die Maßnahmen, so wie sie vorliegen, eine derartig dramatische Auswirkung auf die künftigen Pensionen haben werden, dass hier Einbußen der jungen Generation, und zwar ausgerechnet von einem Versicherungsmathematiker im Bereich von 20 bis 50 Prozent - je nach Verwendungsgruppe - passieren werden. Ich darf hier wirklich Landeshauptmann Pühringer vollinhaltlich unterstützen und ich freue mich, dass er das gesagt hat.

Wir müssen wirklich diese Reform abfedern. Wir haben in diesem Bereich drei wesentliche Eckpunkte und wir haben als Gewerkschaft Öffentlicher Dienst hier eine Stellungnahme abgegeben, wo wir natürlich auch Alternativvorschläge eingearbeitet haben, die Eckpunkte sind 65, 40, 45. 65 Jahre Pensionsantrittsalter ist sicherlich ein Ziel, das man erreichen kann, aber nicht in der abrupten Form, wie es vorgesehen ist. Wir haben einen Vorschlag erarbeitet, wo man bis zum Jahr 2025 dieses Ziel erreichen kann und wo der Vertrauensschutz gewahrt bleibt. 40 Jahre Durchrechnung, meine Damen und Herren, führt vor allem für die Frauen zu massiven Verlusten, weil hier Teilzeiten greifen in die Pensionsbemessung und so ein Pensionsniveau entsteht, das drastisch unter jenem liegt, das jetzt, z. B. wenn jemand jetzt in Pension tritt, gegeben ist. Aber auch die 45 Jahre beitragsgedeckte Zeit bzw. ruhegenussfähige Gesamtdienstzeit berücksichtigen

Kindererziehungszeiten und Studienzeiten wirklich unzureichend. Ich bin natürlich bei Reinhard Lopatka, dem neuen Generalsekretär, wenn er sagt, wir brauchen den Wandel. Selbstverständlich brauchen wir den Wandel zur Sicherung der Pensionen und wir sind ja auch dafür, dass wir die Pensionen der Zukunft sichern wollen, aber wir müssen auch begleitende Maßnahmen setzen, damit diese Medizin, so wie es Altlandeshauptmann Ratzenböck gesagt hat, damit diese Medizin gesund wirkt und nicht zur Krankheit führt. Wir brauchen begleitende Maßnahmen für die Frauen. Wir brauchen vor allem eine Perspektive in dieser Reform für die Jungen. Wir müssen Maßnahmen setzen, dass der Kaufkraftverlust gegeben ist, auch für zukünftige Pensionen, und wir müssen vor allem Verlustbegrenzungen einführen. Es muss auch der Vertrauensschutz natürlich den gebührenden Stellenwert bekommen und ich möchte zum Schluss nochmals den Appell von Landeshauptmann Pühringer hier wiedergeben und an Sie Herr Bundeskanzler die Aufforderung richten, jetzt ist die Zeit des Verhandlungstisches gekommen. Dankeschön.

Klasnic:

Herr Mag. Rintersbacher. Vorbereiten: Herr Nationalrat Schöls.

Rintersbacher:

Herr Bundeskanzler, hohe Vorsitzende, liebe Parteifreunde!

Ich komme vom Mieterbund, eine Organisation, die nahe am Pulsschlag steht, weil die Bürger zu uns mit ihren Nöten kommen. Ein Leitbild ist gut. Ein Leitbild kann hervorragend sein. Und Umsicht und Sensibilität wird von uns in der Durchführung dann gefordert, nicht nur in einem schönen Programm, und das nicht nur bei den Pensionen. Wenn ich das Leitbild hernehme, dann finde ich zwei ganz wesentliche Punkte drinnen. Verantwortungsvolle Budget- und Finanzpolitik ist jedoch nicht Selbstzweck. Wir haben vor drei, vier Jahren die Gemeinnützigkeit bei vier Unternehmen aufgehoben. In Ordnung. Jetzt geht es um den Verkauf der Wohnungen, wo Bürger jahrelang über ihre Mieten die Darlehen abgezahlt haben. Und da hat der Abgeordnete Keimel seinerzeit, es wurde als ÖVP-Erfolg gefeiert, die Bestimmung hineingebracht, gemeinnützige Objekte müssen gemeinnützig bleiben. Liebe Freunde, wenn sie das nicht sind, zahlt auf der einen Seite der Bürger doppelt. Und die andere Seite ist, es gibt auch andere nicht mehr gemeinnützige Unternehmen, weil sie nämlich nicht mehr verdienen, gemeinnützig zu sein. Es gab ja in Niederösterreich ein Experiment: das freie Wohnen. Und wenn wir diese Bestimmung aufheben, nehmen wir auch den Schutz den Nutzern, die dort gemeinnützige geförderte Wohnungen erhalten, und das kann die Wahrheit nicht sein. Ein Zweites ist aus diesem Programm. Unser Zusammenleben in Gesellschaft basiert auf einer starken, lebendigen Demokratie und auf einem verlässlichen Rechtsstaat. Wir stecken in den Anfangsschuhen einer zweiten Reform, nämlich im Außerstreitgesetz. Und schon überall hört man den Begriff des Mediators und da ist große Vorsicht geboten. Ist doch auch immer das Verhältnis zwischen dem Nutzer und dem Nutzungsgeber ein sehr unterschiedliches auch im Kräfteverhältnis. Und eines darf dabei nicht passieren, dass nämlich letztlich das verfassungsmäßig gewährleistete Recht auf den gesetzlichen Richter beeinträchtigt wird. Und ich bin mir sicher, wenn dieses Programm ernst genommen wird, dann muss es auch in diese Richtung gehen und ich darf dieses Ersuchen an alle in unserer Partei richten. Es hat einmal der Bundeskanzler Kreisky gesagt: „lass ihn und sein Team arbeiten“. Wir stehen vorm Team 1, aber nicht mit nur 2.000 Experten, sondern mit mehr. Und einige haben sich zu Wort gemeldet heute. Lasst Schüssel und sein Team arbeiten, aber umgekehrt hört auch auf eure Experten.

Schöls:

Herr Nationalrat Schöls. Und als letztem Redner darf ich dann Herrn Landeshauptmann Herwig van Staa das Wort übergeben.

Schöls:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler und Bundesparteibeamter, hoher Bundesparteitag, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Antrag des Bundesvorstandes trägt den Titel "Veränderung mit Verantwortung". Für mich als Christgewerkschafter und überzeugter Funktionär des ÖAB ist das eine sehr positive Aussage, zu der wir Christgewerkschafter, die wir uns in dieser Österreichischen Volkspartei verwurzelt fühlen, auch stehen, weil wir im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Gewerkschaftern sehr wohl für Veränderungen sind und nicht für Verweigerungen.

Wir unterscheiden uns von den Klassenkampfparolen der Sozialdemokraten, weil uns bewusst ist, dass die Straße keine Lösung bringt. Die Diskussion, das konstruktive Gespräch kann Lösungen bringen, aber nicht die Straße, und das hat die Vergangenheit gezeigt, denn liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben als Österreichische Volkspartei und als Christgewerkschafter eine gute Vergangenheit, auch in Fragen der sozialen Sicherheit. Vielen in diesem Saal ist es gar nicht mehr bewusst, dass es die Christgewerkschafterin Grete Rehor war, die als Sozialministerin die entscheidenden Sozialgesetze vorgelegt hat. Vielen ist es gar nicht mehr bewusst, dass die großen Reformen gegen den Widerstand der Sozialdemokraten eingeführt wurden. Vielen ist es gar nicht bewusst, dass die Selbstverwaltung in der Krankenversicherung gegen den Widerstand der Sozialdemokraten eingeführt wurde. Und viele haben es auch gar nicht registriert, dass die sozialpolitische Maßnahme der letzten Jahre, nämlich die Abfertigung neu - eine Idee unseres Vorarlberger Arbeiterkammerpräsidenten Josef Fink - dazu geführt hat, dass sein erster Vorschlag die roten Gewerkschafter sogar zur Überlegung gebracht hat, Josef Fink wegen gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens aus der GPA auszuschließen. Also wir brauchen als Christgewerkschafter nicht die alten Hüte des Klassenkampfes, die die Sozialisten gelegentlich herausziehen. Aber liebe Kolleginnen und Kollegen, Lopatka hat auch gesagt, Aufgabe der Politik ist es, das langfristig Notwendige kurzfristig mehrheitsfähig zu machen. Und bei manchen Punkten, über die wir in der Pensionssicherungsreform diskutieren, liebe Kolleginnen und Kollegen, hoher Bundesparteitag, haben wir diese Akzeptanz nicht, und lösen wir uns, lösen wir uns bitte von der Parole, dass das nur die bösen Sozialisten sind, die hier aus Strukturkonservatismus Angst haben, sondern das sind Menschen, die berechnete Ängste haben, die schon angesprochen wurden einige Male, und denen sind wir verpflichtet. Und wir haben auch nicht nur in den Ortsgruppen, nicht nur in den Gemeindegruppen, sondern wir haben den Belegschaftsvertretungen christgewerkschaftliche Betriebsräte, christgewerkschaftliche Personalvertreter, die am 24. November für diese Österreichische Volkspartei auch gelaufen sind und die stolz darauf sind, dass wir wieder den Bundeskanzler stellen, und denen sind wir auch verpflichtet, dass wir sie nicht alleine stehen lassen, im Kampf gegen die Klassenkampfparolen der Sozialdemokraten. Und daher, Herr Bundeskanzler, ich bin überzeugt davon, dass die Gespräche, die in den letzten Tagen stattgefunden haben, auch dazu geführt haben, dass nicht nur die Frau Staatssekretär Haubner und der Herr Sozialminister und der Herr Klubobmann Scheibner der Meinung sind, dass diese vorgelegte Pensionssicherungsreform in einigen entscheidenden Punkten noch abgeschwächt werden muss, sondern dass wir als Österreichische Volkspartei

hier auch die entsprechenden Veränderungen mittragen, denn, hoher Bundesparteitag, sozial ist auch, was Vertrauen schafft und ich glaube, wir als Volkspartei schaffen Vertrauen auch bei den Menschen in den Betrieben.

Klasnic:

Ich darf als letzten zu Wort gemeldeten Redner Herrn Landeshauptmann Herwig Van Staa ersuchen und er wird das Wort gewaltig abschließen.

Van Staa:

Herr Bundesparteiobermann, Frau Landeshauptmann, liebe Delegierte zum Bundesparteitag!

Ich stehe ja nicht im Rufe jemand nach dem Mund zu reden und das nicht nur seit wenigen Jahren. Reformen, und das sage ich euch, die nicht weh tun, sind keine Reformen und Österreich muss aufhören mit dem Selbstbetrug und muss diese Reformen, die von der Regierung Schüssel eingeleitet wurden, fortsetzen. Ich bitte euch um eines, wenn hier davon gesprochen wurde, dass den Menschen Angst gemacht wird durch Aussagen von Reduktionen von Pensionen von 20 bis 50%, und das eigene Leute von sich geben, machen wir den Leuten Angst, und zwar zu Unrecht, weil es nicht stimmt. Diese Rechenbeispiele, ich habe manche mitgerechnet, stimmen nicht. Eines ist richtig und darauf hat Josef Pühringer hingewiesen, was alles geändert werden muss, aber diese Vorstellungen von Landeshauptmann Pühringer bedeuten ja nicht, dass die Eckpfeiler dieser Reform zum Einsturz gebracht werden, sondern dass die notwendigen Adaptierungen durchgeführt werden, um unzumutbare Härtefälle zu beseitigen und, liebe Freunde, wer würde von uns denn wirklich annehmen, dass Wolfgang Schüssel sich dafür hergibt, mit seiner christlich-sozialen Einstellung, dass wirklich derartige Grauslichkeiten, die zum Teil die Opposition verbreitet, eintreten werden. Es geht um die Sicherung eines Pensionssystems für die nächsten Generationen und die Nachhaltigkeit des sozialen Systems und die Aufrechterhaltung der sozialen Standards im Bereich der Kranken- und Gesundheitsvorsorge, und dort sind wir überall Weltspitze. Es wird doch niemand meinen, dass wir es uns als einziges Land Europas leisten können, dass wir die kürzeste Arbeitszeit haben, die kürzeste Lebensarbeitszeit, die längsten, die meisten Feiertage und die längste Lebenserwartung. Da bin ich froh, dass wir sie haben. Aber wir müssen auch achten, dass die Budgetsituation so gestaltet ist, dass wir noch einen Spielraum für eine Gestaltung unseres Landes haben. Und was wir brauchen, ist das Vertrauen in den Bundeskanzler. Wo waren wir denn vor den vorletzten Nationalratswahlen? Wir waren an der dritten Stelle, heute sind wir an der ersten Stelle und nicht deshalb, weil man geschaut hat da und dort möglicherweise Stimmen zu verlieren, sondern weil wir den Weg gefunden haben, das, was für die Republik notwendig ist, umzusetzen und dafür aber ist Wolfgang Schüssel der Garant. Und genau das wird im Leitantrag zum Ausdruck gebracht.

Was uns stark macht, ist die Einigkeit in der Partei. Ihr habt heute die Demonstrationen gesehen vor unserem Parteitag, die wochenlang angekündigt wurden in den Medien. Ja offensichtlich hat man diese versprengten Personen gebracht; wahrscheinlich nicht die Kommentare, denn zu kommentieren und zu diskutieren, waren die meisten der Diskutanten ja nicht fähig. Liebe Freunde, und eines muss ich auch sagen, ich gehöre zum Öffentlichen Dienst. Ich war jahrzehnte-, jahrelang Gewerkschaftsvertreter auf der Universität. Wir waren in der Universität bis heute - und ich gehöre noch immer dazu - in einem wahrscheinlich geschütztesten Bereich, den es gibt. Die Professoren, die emeritiert wurden, haben nicht eine

Pension bezogen mit Kürzungen, sondern das Gehalt weiterbezogen bis zum seligen Ende. Das ist auch die Wahrheit. Und liebe Freunde, auch aus der Gewerkschaft, es gibt dort nicht wenige unserer Beamten, die eine höhere Pension erhalten haben, als der Letztbezug als Aktiver ausgemacht hat. Ich kann euch auch solche Beispiele sagen. Es sind nur vereinzelte Beispiele, das bedeutet nicht, dass man dort jetzt mit aller Härte hineingreift, aber diese Beispiele sind genauso zulässig wie jene Beispiele, die von Horrorzahlen von 20 bis 30% Reduktion sprechen. Ich habe auch Landtagswahlen am 28. September und da bin ich am Ende. Ich habe mir angewöhnt als Politiker, den Menschen im Lande die Wahrheit zu sagen. Ich werde davon nicht abgehen. Das, was notwendig ist, müssen wir tun.

Diese Reformen, die vorgeschlagenen Reformen, werden - und davon bin ich überzeugt - durch den Einfluss des Bundeskanzlers so abgemildert, dass unzulässige Härtefälle vermieden werden. Ich habe dieses Vertrauen. Ich fordere euch auf, auch dieses Vertrauen zu haben und ich bitte euch um Geschlossenheit in die Politik, in der Unterstützung der Politik von Wolfgang Schüssel.

Klasnic:

Damit ist diese Runde der Wortmeldungen zum Leitantrag abgeschlossen. Wir haben gut zugehört, und die Empfehlung der Antragsprüfungskommission lautet: Annahme. Ich darf Sie fragen, wer für diesen Antrag im Sinne der Empfehlung der Antragsprüfungskommission ist, möge ein Zeichen mit der Karte geben. Danke. Gegenprobe. Einstimmig angenommen. Herzlichen Danke für diese Solidarität. Ich darf Ihnen nun noch mitteilen, dass die Antragsprüfungskommission beschlossen hat, den Antrag Nr. 28 gleich im Anschluss an den Antrag Nr. 12 zu behandeln. Ich darf nun den Vorsitz an Herrn Landeshauptmann Van Staa übergeben und wünsche unserem Bundesparteitag weitere gute Beratungen.

Van Staa:

Danke, ich übernehme.

Liebe Frau Landeshauptmann, herzlichen Dank für die Vorsitzführung, ich übernehme sehr gerne diesen Vorsitz.

Eines möchte ich zur vergangenen Debatte noch sagen. Ich habe mich gefreut über die Offenheit und die Frische, mit der diskutiert wurde und darüber, dass so viele junge Delegierte, Frauen und Männer, hier heraußen gesprochen haben und ich habe mich auch deshalb gefreut, dass so viele Junge da sind, weil ich gehöre ja schon zu den Älteren, dann kann der eine oder der andere der Älteren etwas bleiben im Amt und das freut mich auch. So. Bitte liebe Freunde wir kommen zum Antrag 2, er betrifft die Grenzregionen im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung. Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Franz Hiller aus Niederösterreich. Bitte sehr. Ein sportlicher Abgeordneter. Danke für diese Demonstration. Einmal im Jahr ist gerade recht. Bitte.

Hiller:

War das schmeichelnd? Herr Bundesparteiobermann, werter Vorsitzender, hoher Bundesparteitag!

Nach dem dominanten Thema der Pensionsreform wieder zweitwichtigstes Thema dieses großen Bundesparteitages, die Osterweiterung. Die Landespartei Niederösterreich hat hier einen Antrag eingebracht, welcher von den Bundesländern Oberösterreich, Burgenland und Steiermark und Kärnten unterstützt wird. Er beinhaltet die Situation, die sich in den Grenzregionen im Zusammenhang mit dieser EU-Erweiterung ergeben. Hier gibt es einerseits Chancen zu nützen und Risiken zu

mindern. Gerade die Grenzregionen sind es, meine sehr geehrten Damen und Herren, die die Erweiterung am stärksten verspüren und welche der höchsten Sensibilität bedürfen. Sie sind die Herausforderung. Die Grenzziehung Österreichs ist im Zusammenhang mit dieser Erweiterung eine sehr extreme. Es geht, hier den bestmöglichen Nutzen im sozioökonomischen Bereich zu erzielen und diese Erweiterungsetappe bringt vor allem Österreich in jene Situation, dass es jenes Land ist, welches hier die größte Betroffenheit im Zusammenhang mit allen Etappen der EU-Erweiterung nach sich verkräften muss. Wir haben insgesamt 1.100 km Außengrenze, die BRD hat lediglich eine Außengrenze von 700 km, d.h. wir haben einen großen Assimilationsdruck zu bestehen, einen Anpassungsdruck, welcher hier in den Grenzregionen, welche durchwegs unterdurchschnittliche Wirtschaftskraft derzeit aufweisen durch die Grenzziehung des Eisernen Vorhangs an einer zurückbleibenden Infrastruktur leiden. Hier müssen der Bund, die Öffentlichkeit und die EU alle Anstrengungen treffen, um hier diese Osterweiterung auch in diesen peripheren, benachteiligten Gebieten zum Erfolg werden zu lassen. Des weiteren ist im Gegensatz zu Innerösterreich die auf diese Gegend von alten Ressentiments belastet, hier gilt es den Dialog und die Informationen derart zu führen, dass auch dieser Bereich in welchem in etwa 1 Million Menschen leben, auch von dieser Erweiterung in Begeisterung versetzt werden kann. Sehr geehrte Damen und Herren, wir brauchen vor allem, und das geht aus dem Antrag deutlich hervor, die nötige Infrastruktur. Noch immer gibt es Brücken, Eisenbahnverbindungen, welche nach dem Abreißen bei der Errichtung des Eisernen Vorhanges im Jahr 1948 nicht wiedererrichtet wurden, z.B. über die March Eisenbahnlinien die nicht mehr wiederhergestellt wurden. Wir brauchen Autobahnen, Schnellstraßenanschlüsse, auch in Bedachtnahme nicht nur für die zentralen Wirtschaftsräume, sondern für jene, die hier in der Betroffenheit dieser Situation sind. Einerseits wurde am Arbeitsmarkt eine beispielgebende Situation geschaffen, mit den Übergangsfristen 5 bzw. 7 Jahre, welche sich auf die Bedürfnisse der Verwaltungsbezirke herabrechnen lassen - eine gute Sache. Wir müssen aber auch trachten, dass die privatwirtschaftliche Substanz, und das sind in den Grenzräumen die KMU's, die Klein- und Mittelbetriebe, hier erhalten bleiben, sie haben hier das Problem der Konkurrenz des direkten konkurrenzierenden Auslandes, und zum Dritten, dass wir für die Landwirtschaft dieser Gebiete einerseits die Wettbewerbsfähigkeit erhalten und zum Weiteren versuchen, österreichische Produkte auch in den zukünftigen Erweiterungsländern entsprechend zu positionieren und mit diesen erfolgreich für die Erhaltung der Arbeitsplätze und die Besiedlungen dieser Räume hier dazusein und dahingehend zu wirken. Werte Delegierte, hoher Bundesparteitag ich ersuche um Ihre Unterstützung auch für diese Gebiete, damit die Osterweiterung so als Friedenswerk auch ein wirtschaftliches Erfolgserlebnis, ein Erfolgsgarant für unsere Zukunft ist.

Van Staa:

Vielen Dank. Zum Antrag Nr. 2 gibt es keine weiteren Wortmeldungen, damit komme ich zur Abstimmung. Wird von der Antragskommission die Annahme dieses Antrages empfohlen? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer Enthält sich? Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Antrag Nr. 3 Föderalismus. Wir sind eine Föderalismuspartei, es liegen dazu keine weiteren Wortmeldungen vor. Der Antrag ist so eindeutig und ich bin überzeugt, wir alle sind so sehr für diesen Föderalismus, dass wir nunmehr auch abstimmen können. Es wird die Annahme dieses Antrages empfohlen. Wer ist

dagegen? Wer enthält sich? Wenn ich irgendwen noch übersehe, bitte protestieren Sie nur laut. Damit ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen. Wir kommen zum Antrag 4 Briefwahl. Das ist also eine Forderung, die schon lange von uns immer wieder erhoben wurde. Dieses Mal ist der Antrag gestellt von Niederösterreich. Einführung der Briefwahl auf Bundesländer- und Gemeindeebene. Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Mag. Alfred Riedl. Bitte.

Riedl:

Hohes Präsidium, hoher Bundesparteitag!

Die vermehrte Bürgerbeteiligung, d.h. die direkte Teilnahme an den demokratischen Prozessen für jedermann, ist das eine, neue Impulse und zeitgemäße Angebote dafür unsere Aufgabe für eine moderne Demokratie. Ich darf hier in diesem Zusammenhang das im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten in Niederösterreich initiierte Namenswahlrecht erwähnen. Erhöhte Wahlbeteiligung, vermehrter positiver Wettbewerb, sowohl das Angebot als auch das tolle Ergebnis waren eine hervorragende Antwort. Angesichts dieser größer werdenden Mobilität stellt sich die Frage: Kann der Grundsatz des allgemeinen Wahlrechtes, d.h. die tatsächliche Chance „jeder kann wählen“, dieses zentrale Hauptprinzip für unsere demokratischen Grundrechte mit dem derzeitigen Angebot ausreichend gesichert werden. Ich behaupte, dass die strenge Interpretation unserer Verfassungsjuristen dies nicht tut. Persönlich, geheim und vor den Wahlbehörden zu wählen, kann nicht in der engen Form aufrecht bleiben und ist teilweise bereits ausgehöhlt und widersprochen. Persönlich und geheim, da erinnere ich als Bürgermeister an die besonderen Wahlbehörden, wo Menschen mit besonderen Bedürfnissen, wo Behinderte, wo Kranke ohne das Zuziehen von Vertrauenspersonen ihr Wahlrecht nicht mehr ausüben könnten. Und ausschließlich vor den Wahlbehörden ist auch de facto ausgehöhlt. Da wären die Mitbürger, die sich am Wahltag im Ausland aufhalten, ihr Wahlrecht mittels Post ausüben können, darf man bei Landtagswahlen und Gemeinderatswahlen, auch wenn man im Inland ist, aber nicht im Wahlgebiet ist, heute noch nicht wählen, das kann meines Erachtens nichts so bleiben. Erfahrungen unserer Nachbarn dazu: Die Schweiz, das Musterland der Demokratie, seit 94 in den Kantonatswahlen Briefwahl, eine nachweislich deutlich höhere Wahlbeteiligung, Deutschland bereits seit 56, aber die Zahlen in sich sprechen für die gesteigerte Mobilität, vor allem also im Westen, wo die Zahlen deutlich anders verlaufen wie in den Ostländern. 57 haben 5% dieses Angebot angenommen, mittlerweile sind es an die 20% und in den urbanen Räumen 25%. Es scheint daher die Auffassung des deutschen Bundesverfassungsgerichtshofes, das zentrale Prinzip, das allgemeine Wahlrecht steht über allem, entspricht eher unserem Konzept eines mündigen Bürgers, der einerseits für sein Handeln selbstverantwortlich ist und der andererseits auch an allen demokratischen Entscheidungsprozessen teilnehmen darf. Die erhöhte berufliche und private Mobilität und somit nicht nur vor Ort immer wählen zu können, nimmt vielen ihr Wahlrecht. Mit der Briefwahl wird auch die Benachteiligung der Älteren, der Kranken und der Behinderten der Vergangenheit angehören. Ich ersuche um Annahme des Antrages.

Van Staa:

Danke für diese Ausführungen und Erläuterungen. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Damit einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zum Antrag 5. Ich habe jetzt eine technische Schwierigkeit, denn hier steht, vor Antrag 5 gibt es also einen anderen Antrag, die Nummer ist mir nicht

bekannt, aber wir werden gleich wissen, um welchen Antrag es sich handelt, denn ich erteile das Wort dem Bundesobmann des AAB, Abgeordneten Werner Fasslabend.

Es ist eine Reihe von Wortmeldungen, die sich auf mehrere nachfolgende Anträge beziehen, habe ich jetzt gehört. Zu dieser Rednerliste gibt es dann im Anschluss keine Abstimmung, sondern hier gibt es jetzt sieben oder acht Wortmeldungen. Die erste Wortmeldung kommt von Werner Fasslabend. Bitte sehr.

Fasslabend:

Herr Bundesparteiobmann, Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Delegierte!

Wir haben heute bereits einiges über die Erfolgsbilanz der Volkspartei gehört. Und dazu gehört es zweifellos auch, dass wir bei der letzten Nationalratswahl zum ersten Mal in der Geschichte der Österreichischen Volkspartei nicht nur bei den Beamten, sondern auch bei den Angestellten und nicht nur bei den Angestellten, sondern auch bei den Facharbeitern eine Mehrheit erzielt haben.

Wir wissen, dass das zu einem guten Teil auf die überragende Leadership von Wolfgang Schüssel zurückzuführen ist. Aber ebenso auf die sachliche Arbeit, auf die Sozialpolitik in den letzten vier Jahren, wo es gelungen ist mit Kindergeld, mit Abfertigung neu, mit Familienhospizkarenz, mit der Angleichung der Arbeiter an die Angestellten bei der Entgeltfortzahlung. Mehr sozialpolitische Meilensteine zu setzen als das je vorher in einer Periode gelungen ist. Die Mehrheit hat einen sozialen Hintergrund und wir haben es auch geschafft dadurch, dass wir ganz breit Vertrauen und soziale Kompetenz errungen haben. Und nach meiner Ansicht müssen wir diese soziale Kompetenz auch in die neue Legislaturperiode hineinragen und dazu gehört es, dass es viele Initiativen gibt. Wir haben daher auch eine ganze Reihe von Anträgen gestellt. Zum Arbeitsmarkt: Ja wir wollen Vollbeschäftigung, und wir wollen Vollbeschäftigung nicht nur bei den Jugendlichen, sondern auch bei den älteren Arbeitnehmern, besonders dann, wenn das Pensionsantrittsalter erhöht wird. Wir wollen ein leistungsfähiges Gesundheitssystem. Nicht nur Prävention, sondern wir wollen auch, dass unser Gesundheitssystem dem medizinischen Fortschritt entsprechend Rechnung tragen kann und wir wollen eine Behindertenpolitik, die alle Behinderten integriert. Wir wollen den sozial schwachen helfen, wir wollen den Familien helfen und wir wollen auch eine gerechte Pensionsreform. Und der ÖAAB bekennt sich daher nicht nur in aller Klarheit und Deutlichkeit zu den Eckpunkten dieser Reform, sondern durchaus auch zu einer raschen Durchführung. Wir bekennen uns aber auch dazu, mit allem Nachdruck und mit aller Klarheit, dass die Giftzähne des Entwurfes heraus müssen, und zwar so, dass dieser Entwurf sozial verträglich ist. Das, was vom Sozialministerium gekommen ist, reicht zweifelsohne nicht aus. Was wollen wir? Ja, wir wollen ein nachhaltiges System, dazu gehört aber auch, wenn sich heute junge Familien überlegen, ob sie ein Kind haben sollen oder nicht, dass man ihnen die Möglichkeit gibt, und dass man der Frau eben diese Kindererziehungszeit nicht nur anrechnet, sondern sie auch entsprechend bewertet. Im Sinne des nachhaltigen Systems ist das notwendig. Und wir wollen natürlich auch, weil wir eine Partei sind, die sich von den Sozialdemokraten immer auch dadurch unterschieden hat, dass für uns die Leistung kein Fremdwort war, sondern ein Wort zu dem wir gestanden sind. Dass derjenige, der 45 Jahre gearbeitet hat, der gearbeitet und eingezahlt hat, der für dieses System etwas geleistet hat, der auch darauf vertrauen kann, dass er keine 15% Abschlag hat, das ist für uns inakzeptabel. Und wir wollen als eine Partei, die den christlich-sozialen Grundsätzen nicht nur gerecht werden will. Für uns sind Personalität und Solidarität und Subsidiarität

Begriffe, die für uns immanenter Bestandteil unseres Tuns bedeuten. Wir wollen, dass wir natürlich auch den Menschen helfen, die durch widrige Lebensumstände, vielleicht auf der einen Seite ein paar Jahre Kindererziehung, ein paar Jahre Krankheit, was man nicht ausschließen kann, vielleicht auch ein paar Jahre Arbeitslosigkeit, dass wir den Menschen helfen, dass sie dann nicht in der Altersversorgung über die Maßen strapaziert werden, das sind wir ihnen schuldig im Geiste der Solidarität. Und wir glauben daher, dass eine entsprechende Deckelung auch notwendig ist. Und wir glauben auch, dass jetzt bei den Übergangsregelungen wir auf die Gefühle der Menschen Rücksicht nehmen müssen, dass es nicht von einem Tag auf den anderen eine Änderung geben darf, wo plötzlich ein Unterschied in der Pension von 10 oder 11% ist, bei gleicher Versicherungsdauer, bei gleichem Lebensalter und auch bei gleichem Status. Ich glaube, das sind keine übertriebenen Forderungen, sondern Forderungen, die gerecht sind, die notwendig sind, um auch Verständnis bei der Bevölkerung dafür hervorzurufen. Und ich sage auch eines dazu, selbstverständlich werden wir nicht nur gemeinsam eine solche Lösung herbeiführen müssen und ich habe es auch positiv empfunden, dass der Bundeskanzler in unserer gestrigen Aussprache auf diese Forderungen positiv reagiert hat. Wir werden kritisch betrachten, so wie sich das in einer Demokratie gehört, was schriftlich an Bestimmungen ausgearbeitet wird, die jetzt über das Wochenende erstellt und am Montag und am Dienstag vorliegen werden. Und wir werden das versuchen gemeinsam zu machen und dann auch gemeinsam anzutreten im Verkauf. Wir werden nicht zulassen, dass die Sozialisten die soziale Kompetenz für sich in Anspruch nehmen. Die liegt bereits seit Jahren bei uns und das ist auch eine gemeinsame Aufgabe unserer Partei und wenn wir das schaffen, dann werden wir nicht nur die entsprechenden Weichenstellungen durchbringen, sondern werden wir auch die entsprechende Akzeptanz haben, dass die Volkspartei auch in Zukunft die führende politische Kraft Österreichs wird. Dass sie jetzt am Beginn dieses Jahrhunderts die Sozialreformen durchführt die notwendig sind, um die Systeme für die Zukunft zu sichern. Und daher bitte ich euch um die Unterstützung für diese Anträge. Auch für den Antrag der Oberösterreicher, den Landeshauptmann Pühringer vorgebracht hat. Er ist ausgewogen, er ist sozial gerecht und er ist nach meiner Ansicht auch politisch notwendig.

Van Staa:

Zu Wort gemeldet ist der Landeshauptmannstellvertreter Franz Hiesl von Oberösterreich. Anschließend der Landesrat Wolfgang Sobotka aus Niederösterreich. Bitte Franz.

Hiesl:

Herr Bundeskanzler, liebe Delegierte!

Der ÖAAB hat sich in den letzten Wochen ganz intensiv mit dem Thema Pensionsreform beschäftigt. Unser Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer hat in treffender Art und Weise die Stimmungslage von Oberösterreich dargelegt. Auch wenn der Tiroler Landeshauptmann, unser Freund Herwig van Staa, kritische Töne angemerkt hat, er hat möglicherweise doch nur den universitären Bereich gemeint, die Stimmung bei den Menschen ist so, wie es der Landeshauptmann Dr. Pühringer dargelegt hat.

Unser Landeshauptmann ist ununterbrochen bei den Menschen. Er verspürt, was den Menschen zumutbar und was die Menschen auch aushalten können. Und nicht die Landtagswahl am 28. September ist es, für die sie das machen, denn man muss vor der Wahl und nach der Wahl immer das gleiche tun und wir sind immer vor einer

Wahl und daher sind wir überzeugt, dass wir jetzt die Stimme erheben müssen. Als Delegierter dieses Parteitages verlange ich daher, dass erstens eine zügige Verhandlung der Reform vor sich geht, denn Verschieben würde nichts bringen. Zum Zweiten verlange ich, dass die Kinderziehungszeiten von Frauen ordentlich berücksichtigt werden.

Ich bin selber Familienreferent im Bundesland Oberösterreich. Wir hatten im Jahr 1960 rund 25.000 Geburten, stehen jetzt bei 13.700 Geburten. Wenn wir es nicht schaffen, dass wir den Frauen ordentliche Rahmenbedingungen schaffen, dann werden sich junge Frauen nicht mehr für die Familie, nicht für die Kinder entscheiden. Die Volkspartei hat wahnsinnig viel geleistet. Mit der SPÖ wäre das Kinderbetreuungsgeld niemals möglich gewesen. Unserem Bundeskanzler gebührt die hohe Anerkennung, der Dank der Familien, das war eine sensationelle Leistung die von Dr. Wolfgang Schüssel hier für die Familien gemacht wurde.

Wir müssen aber auch die Leistungen der Familien, die sie für die Gesellschaft erbringen, in der Kindererziehung entsprechend anerkennen. Und es kann nicht angehen, dass Frauen, die Jahre ihres Lebens für die Familie einsetzen, dann am Ende keine ordentliche Pension bekommen. Zum Dritten. Arbeitende Menschen, die 45 Jahre eingezahlt haben, denen darf man keine Verschlechterungen mehr vor die Tür legen, das sind Menschen die wahrscheinlich Schichtdienst gearbeitet haben, die wahrscheinlich schwer körperlich gearbeitet haben, das sind Krankenschwestern, die rund um die Uhr gearbeitet haben, denen ist es nicht zumutbar, dass sie noch länger arbeiten müssen. Und ein letzter Wunsch von mir: Der Übergang von jetzt zum neuen System muss moderater gestaltet sein. Die Lebensplanungen, die Lebensentwürfe müssen halten. Die schlechten Beispiele aus der verstaatlichten Industrie bei der Post, bei der Bahn aus der Vergangenheit darf man nicht heute denen zum Vorwurf machen, die knapp vor der Pension stehen, arbeitslos sind, weil es den Betrieb nicht mehr gibt. Die keine Chance mehr haben, die im Arbeitsmarktservice hin- und hergeschoben werden. Die möchten arbeiten, können aber nicht mehr arbeiten, die müssen hinübergehen können. Ich wünsch mir eine langfristig gute Reform, eine gesicherte Reform. Ich wünsch mir das persönliche Pensionskonto, weil der oberösterreichische ÖAAB dieses persönliche Pensionskonto mitentwickelt hat, weil wir überzeugt sind, dass das eine gute Lösung wäre. Und im übrigen vertraue ich auf unseren Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel, er wird sicher das Richtige tun.

Van Staa:

Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Sobotka. Der nächste ist Dr. Mathias Tschirf.

Sobotka:

Herr Bundesparteiobmann, hohes Präsidium, hoher Bundesparteitag!
Es sind zweifelsohne Zeiten, wo nicht immer das getan werden, was ankommt, sondern wo man tun muss, worauf es ankommt. Es hat der Präsident des hohen Hauses schon angemerkt. Schweden, Holland hat es getan, Frankreich, Deutschland stehen vor der Tür, daher sagen auch wir ein Ja zu dieser Pensionsreform, sagen wir auch ein Ja zu dieser Zeitleiste, sagen auch wir ein Ja zur Stabilität der Beiträge im Bundesbudget. Aber wesentliche Eckpfeiler dieser Reform sind die Eigenverantwortung, der Aufbau, der nachhaltige Aufbau einer zweiten und dritten Säule, ein Bekenntnis zur Harmonisierung, ein klares Bekenntnis auch zur Anhebung des Antrittsalters und zu Einschnitten, die symmetrisch in der sozialen Verantwortung liegen und dementsprechend auch nachhaltig wirken. Die Pensionsreform braucht aber, das haben die Vorredner sehr deutlich angemerkt, braucht für unsere Frauen

jene Möglichkeit, dass sie bereit sind, die Kindererziehungszeiten auch nicht nur einrechnen zu lassen, sondern sie auch anzunehmen, um nicht die Familienpolitik auf der anderen Seite zu konterkarieren. Uns nutzt nichts der freie Kindergarten, wenn auf der anderen Seite die Möglichkeit nicht gegeben ist, ihn dementsprechend auch wirksam werden zu lassen. Wir brauchen Einschleifregelungen, die nicht die ganze Last ad hoc den einzelnen 57-, 58-Jährigen auf die Schultern aufbürdet, die geplant haben, die auch ihren Lebensabschnitt in der dritten Phase dementsprechend eingerichtet haben. Und wir brauchen eine Möglichkeit, dass gerade jene, die lange zu diesem Beitragswerk beigetragen haben nach wie vor mit 53 und 54 Jahren sich verabschieden und jene die solange arbeiten, jetzt noch einen Abschlag zu leisten haben. Und es ist nicht einsichtig, dass nicht jeder Euro, der zur Pension beitragen wird, auch dementsprechend eine Pensionsleistung in gleicher Art nach sich zieht. Daher bekennen auch wir uns zum Pensionskonto nach dem oberösterreichischen Modell. Meine Damen und Herren, es ist nicht die Angst. Ich glaube nicht, das ist das Markenzeichen der Niederösterreicher Angst zu haben. Es ist vielmehr die Sorge, die Sorge um das Vertrauen der Bürger und wir stehen nach der Wahl. Wir haben Angst um jenes Vertrauen der Bürger, denn 75% der Bevölkerung sind bereit, die Pensionsreform mitzutragen. Tragen sie wir so, dass sie auch mitgehen können und es ist unser Vertrauen in den Bundeskanzler, der immer wieder den Weitblick bewiesen hat, das Richtige an der richtigen Zeit zu tun, der alle mit ins Boot geholt hat, sodass dementsprechend ein breiter Konsens erreicht werden konnte, dass dieses Vertrauen auch in der Zukunft dazu führt, dass auch die Menschen weiterhin vertrauen. Wir brauchen auch einen Bundeskanzler Schüssel nach 2006 und 2007.

Van Staa:

Zu Wort gemeldet ist Mathias Tschirf. Anschließend Christopher Drexler.

Tschirf:

Herr Bundeskanzler, liebe Delegierte, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der 24. November war für uns sicherlich der schönste Tag in unserem politischen Leben und es war das Verdienst von Wolfgang Schüssel, dass an diesem Tag die Österreichische Volkspartei die stärkste Partei im Arbeitnehmerbereich geworden ist. Die Österreichische Volkspartei wurde gewählt als soziale Integrationspartei und als jener Motor, der die Reformen in diesem Land weiterbringen muss. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gilt daher auch Reformen, die notwendig sind, durchzuziehen und wir wissen, dass es die Sozialdemokraten waren, sozialdemokratische Bundeskanzler, sozialdemokratische Finanz- und Sozialminister, die die Reformen gerade zur Pensionssicherung verabsäumt haben. Um was es aber hier geht, ist, dass wir jetzt zügig eine vernünftige Reform durchziehen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist der Zeitpunkt richtig die Reform durchzuziehen, aber es ist notwendig auf bestimmte Punkte hinzuweisen. Es ist notwendig, dass vor allem Kindererziehungszeiten gerecht behandelt werden. Es ist notwendig, dass jene, die 45 Versicherungsjahre haben, gerecht behandelt werden. Es ist notwendig, dass besondere Härten abgefedert werden. Was notwendig ist, ist auch eine Harmonisierung der Systeme. Mit einer Harmonisierung geht aber auch einher, dass wir entsprechende Angebote, Angebote beispielsweise auch im Bereich im öffentlichen Dienstes machen, und hier kann sich der Bund auch ein Beispiel nehmen an dem, was in Oberösterreich unter dem Landeshauptmann Pühringer, unter dem Personallandesrat Hiesl geschehen ist.

Dass hier auch für die Beamten die Mitarbeiterversorgung ermöglicht worden ist, das sind Vorbilder die wir heranziehen müssen, weil es geht darum, dass wir für die Zukunft ein nachhaltiges System schaffen. Aber es geht vor allem auch darum, dass wir für alle Generationen eine Zukunft, eine entsprechende Möglichkeit schaffen. Sehr geehrte Delegierte, wir hatten gestern ein hervorragendes Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler. Ich bin zuversichtlich, dass Bundeskanzler Schüssel dazu beitragen wird, dass all die Eckpunkte, die eingebaut werden, die notwendig sind, damit die ÖVP jene Reformkraft ist, die für dieses Land notwendig ist, damit dieses Land nicht den Gusenbauers und den sozialistischen Gewerkschaftern überlassen wird, die dieses Land dort hingeführt haben, wo wir sie mit den Reformen herausführen müssen.

Van Staa:

Am Wort ist Christopher Drexler und der nächste ist Fritz Neugebauer, den werden ja doch ein paar anhorchen. So bitte, Drexler. Drexler? Er ist nicht hier, dann ist schon der nächste, Fritz Neugebauer.

Neugebauer:

Meine lieben Freunde, ich bedanke mich zunächst sehr herzlich bei unseren oberösterreichischen Freunden, bei dir, Herr Landeshauptmann, als Gastgeber dieses Bundesparteitages. Und wenn ich nicht wüsste, dass du schon Mitglied der Gewerkschaft öffentlicher Dienst und der Fraktion christlicher Gewerkschafter wärest, würde ich dir jetzt die Ehrenmitgliedschaft antragen, denn du hast heute in deiner Begrüßungsrede eine soziale Position eingenommen, die die Menschen in unserem Lande brauchen. Und ich glaube, dass auch sie, als sie das gespürt haben in der Wahlbewegung vor dem 24. November, dass die verantwortlichen Frauen und Männer in unserem Lande jenes soziale Gespür aufbringen, dass die Menschen auch von uns fordern dürfen. Wir sind in einem besonderen Maße gefordert, nicht nur weil der Wahlgewinner Wolfgang Schüssel in einer für mich sehr berührenden Situation in einem überschäumenden Festzelt festgehalten hat, dass wir diesen Sieg mit Demut und in Demut damit umgehen werden. Und liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist auch jene Hypothek mit all den Projekten, die wir vor uns haben, uns vor Augen führen müssen. Wir haben keine Sorge mit jenen, die da draußen in Ritterrüstungen demonstrieren, denn wer sich verkleiden muss, den Menschen nicht offen entgegentritt, hat auch keinen richtigen Blick für sie und kann sich nicht artikulieren.

Die Opposition ist verschwunden. Die Grünen haben sich irgendwo vergruftet. Vom Regierungspartner möchte ich nichts sagen, weil die Phase der Erholung und Konsolidierung nicht gestört werden soll. Und vom Obmann der Sozialdemokratischen Partei fällt mir eigentlich immer nur der charmante Vierzeiler von Eugen Roth ein:

Ein Mensch erblickt das Licht der Welt,
Alsbald hat sich herausgestellt,
nach manchen trüb verbrachten Jahr,
das dies der einzige Lichtblick war.

Wir haben also in Wahrheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben keine Konkurrenz und das kann vielleicht übermütig machen und den Blick auf die Sehnsüchte der Menschen verstellen. Ich glaube nicht, ich habe Wahl geworben und meine Freundinnen und Freunde der Fraktion christlicher Gewerkschafter mit mir für Wolfgang Schüssel und die Österreichische Volkspartei und ich habe hunderte Briefe geschrieben mit dem Slogan "Politiker denken in Wahlperioden, Staatsmänner in

Generationen" und das ist jetzt die Legitimation, dass wir eine Pensionsreform angehen, die diesen Namen verdient. Ich wiederhole nicht die Schwerpunkte aber es ist eine Reform immer für junge Menschen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und jene, dass sie darauf vertrauen dürfen, auch einmal Kaufkraft ihrer Pension genießen zu können. Es ist eine Reform, die verdient, dass Vertrauensschutz gewährleistet ist und nicht bei nächster Gelegenheit der Verfassungsgerichtshof die eine oder andere Bestimmung aufhebt und es muss eine Reform sein, die die Frauen nicht nur nicht benachteiligt, sondern den Familien alle Chancen gibt. Herwig Van Staa hat gesagt, er vertraut darauf, dass Wolfgang Schüssel das vorgeschlagene Reformprojekt abmildern wird. Freunde, ein kritisches Wort zum Schluss: Wer hat uns daran gehindert schon so ein schlüssiges Projekt zu erarbeiten, dass keine Abmilderung mehr notwendig ist?

Van Staa:

Zu Wort gemeldet ist Werner Miedl und anschließend die Frau Bundesministerin Rauch-Kallat. Werner Miedl bitte. Werner Miedl ist nicht da. Jawohl ist schon da.

Miedl:

Herr Bundeskanzler, Herr Bundespartei vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Fritz Neugebauer hat mich jetzt wirklich tief blicken und aufmerksam zuhören lassen, weil du wirklich recht hast. Meine Damen und Herren, ich hab mich wirklich geärgert, wie ich heute hier hereingegangen bin und die Raubritter vor mir gesehen habe und ich bin wirklich betroffen gewesen, weil ich mir gedacht hab: Wozu gehört in Wirklichkeit mehr Mut? Mich in Rüstungen zu stecken, hinter einer Maskerade zu verbergen, wobei das die einzigen sind, die mit Maskerade in Wirklichkeit sehr demaskierend gewirkt haben. Wozu gehört mehr Mut? Mich zu maskieren oder zu einer Reform zu stehen. Alle reden seit langem von Reformen in Sachen Pension. Wir wissen, dass sie kommen muss. Und ich sag Ihnen ganz ehrlich, niemand darf glauben, dass eine solche Reform niemandem weh tut. Natürlich wird sie weh tun. Und ich denke, dass sehr vieles, ich glaube, dass alles gesagt ist. Wir müssen aufpassen, dass jene sozialen Werte, für die die ÖVP auch steht, auch zum Vorschein kommen beim Umsetzen dieser Reform. Wir haben aufzupassen, meine Damen und Herren, wenn es darum geht, die Rechte der Familien und der Frauen zu sichern. Wir haben selbstverständlich aufzupassen, bei jenen, die viele Beitragsjahre sich erarbeitet haben und wir haben aufzupassen auch bei jenen, die nicht zu den Reichen in unserer Gesellschaft gehören. Meine Damen und Herren, ich will in Wirklichkeit damit auch schon Schluss machen mit meiner Rede und glaube, dass es höchste Zeit ist zu handeln in Richtung einer neuen sozialen Gesinnung und in Richtung einer Reform, die es der Jugend von morgen auch möglich macht, mit einer entsprechenden Kaufkraft ihre Pension erleben zu dürfen. In dem Sinne bitte ich dich, Herr Bundeskanzler und Sie, meine Damen und Herren, dass wir gemeinsam an einem sozialen Werk der Zukunft an die Arbeit gehen.

Van Staa:

Zu Wort gemeldet: Rauch-Kallat.

Rauch-Kallat:

Herr Bundeskanzler, liebe Freunde!

Ich möchte mich bei all meinen Vorrednern bedanken, dass sie in wirklich auch beeindruckenden Worten anerkannt haben, was die Regierung Wolfgang Schüssel I

an sozialer Kompetenz umgesetzt hat, nämlich nicht nur davon geredet, sondern tatsächlich umgesetzt hat. Das Kinderbetreuungsgeld für 36 Monate, die erstmals pensionsbegründende Anrechnung von Kinderziehungszeiten von 18 Monaten für die Frauen, für viele Frauen eine ganz, ganz wichtige Errungenschaft. Die Familienhospizkarenz, eine Einrichtung, die mit Weitblick europaweit Vorbild ist und die wir auch weiter ausbauen werden. Die Palliativbewegung, die Hospizbewegung, die Abfertigung neu, die den Jungen eine zweite Säule, aber auch jenen in mittleren Jahren eine zweite Säule sichert und letztendlich den ersten Schritt der Pensionsreform mit einer Anhebung des Frühpensionsalters, die ja jetzt schon Erfolge zeitigt und die vor allem bewiesen hat, das nach der großen Aufregung der ersten Wochen letztendlich bei der Beschlussfassung 78% der Österreicherinnen und Österreicher der Meinung waren, dass das notwendig und wichtig war. Wolfgang Schüssel hat in seiner Regierung I bewiesen, dass er ein Politiker mit Weitblick, mit Verantwortung und mit sozialer und wirtschaftlicher Kompetenz ist. Wolfgang Schüssel weiß, wie eigentlich auch alle anderen Österreicherinnen und Österreicher, denn niemand stellt mehr in Frage, dass wir eine weitere Pensionsreform brauchen, um dieses unser Pensionssystem für die Jungen aber auch für die Alten und für die jetzt in mittleren Jahren absichern müssen und diese Reform ist notwendig und niemand in Österreich, nicht einmal die Opposition, stellt das mehr in Frage. D.h. alle wissen, dass es notwendig ist, aber nur wir, die ÖVP und der Wolfgang Schüssel weiß, wie es auch geht. Und daher, liebe Freude, denke ich, dass es jetzt ganz wichtig ist und niemand hat mehr den Zeitpunkt in Frage gestellt von euch, dass wir mit Wolfgang Schüssel diese Reform in einem ersten und einem zweiten Schritt im Herbst mit der Harmonisierung der Systeme zustande bringen. Ich weiß, dass die Frage der Frauenpensionen gerade als Frauenministerin eine ganz sensible ist, aber ich weiß auch, liebe Freunde, dass wir Frauen bei Wolfgang Schüssel mit unseren Anliegen nicht offene Türen, sondern auch offene Ohren finden und ich vertraue auf Wolfgang Schüssel, dass er die Anliegen der Frauen sicher sehr ernst nehmen wird bei dieser Pensionsreform. Und liebe Freunde ich weiß auch, dass der Wolfgang Schüssel, der, so wie die meisten von uns, in der nicht gerade üppigen Nachkriegszeit in bescheidenen Verhältnissen aufgewachsen ist, auch ganz genau weiß, was die kleinen Leute brauchen. Dass beim Wolfgang Schüssel die soziale Kompetenz gut aufgehoben ist. Daher, liebe Freunde, gehe ich vertrauensvoll den Weg mit Wolfgang Schüssel in eine Reform, die sozial und gerecht sein wird und die Anliegen der Frauen sicher nicht vergessen wird.

Van Staa:

Das war jetzt die Rednerliste des Präludiums zu einer Reihe von Anträgen. Jetzt kommen wir aber tatsächlich zum Antrag 5, der vom ÖAAB eingebracht wurde, der die gelebte Sozialpartnerschaft, den Erhalt des eigenständigen Dienstrechtes usw. beinhaltet, und ich erteile Herrn Hans Herold das Wort. Der nächste ist Wilhelm Gross.

Herold:

Sehr geschätztes Präsidium, liebe Freundinnen und liebe Freunde! Ich bin stolz, Mitglied der Österreichischen Volkspartei zu sein und bin stolz, Christgewerkschafter in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst zu sein und ich bin stolz, Mitglied des ÖAAB zu sein. Der Herr Landeshauptmann hat davon gesprochen, dass er die Verhältnisse im Bereich des Öffentlichen Dienstes kennt, weil er selbst Universitätslehrer ist und war, das gestehe ich ihm gerne zu. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir im Öffentlichen Dienst mehr als 50%

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, die nicht Akademiker sind, die nicht Maturanten, sondern die andere Berufsausbildungen haben und in diesen Berufsausbildungen auch arbeiten. Und für diese Kolleginnen und Kollegen bedeuten manche Punkte der Pensionsreform - und ich spreche nicht vom öffentlichen Recht, sondern ich spreche vom ASVG - wesentliche Veränderungen und Verschlechterungen für die Zukunft. Und ich habe mich sehr gefreut, dass der Landeshauptmann Pühringer davon gesprochen hat, dass wir Vertrauen fördern müssen in unseren Mitbürgern und dass wir ganz besonders darauf achten müssen, dass die Mitbürgerinnen und Mitbürger, die uns das Vertrauen geschenkt haben, das auch in der Zukunft tun. Und, meine Damen und Herren, dieses Vertrauen, das wir verlangen, das bezieht sich auf alle Bereiche des Lebens und wenn wir das Vertrauen fordern für die innere Sicherheit und für die äußere Sicherheit, dann müssen wir auch Vertrauen fordern dafür, dass die Menschen in diesem Land, ob sie nun berufstätig sind oder sich in der Pension befinden, die Kaufkraft, die sie sich vorgestellt haben und dies in ihrer Lebensplanung mitberücksichtigt haben, in einem doch verträglichen Ausmaß auch erhalten bekommen. Wir brauchen daher Abfederungsregelungen und wir haben nie gesagt, dass wir gegen eine Pensionsreform sind. Ich bin ungefähr seit dem Jahr 1986 Verhandler in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und ich weiß, was es heißt, Einschnitte hinnehmen zu müssen, die auch weh getan haben, das wissen wir alle. Und wir sind uns auch bewusst, dass es weitere Einschnitte möglicherweise geben wird, aber die Einschnitte müssen so verträglich sein, dass ich auch überleben kann dabei, dass ich meine Planung in der Familie und in meinem Leben zu Ende führen kann. Ich bitte Sie daher, diesen Antrag, den die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, unsere Fraktion, hier eingebracht hat, zu unterstützen, damit nicht das eintritt, was die Sozialisten propagieren, dass die Mitbürger Angst vor Morgen haben müssen, sondern dass das eintritt, wo wir als Christgewerkschafter einen Slogan und einen Schwerpunkt gelegt haben. Wir wollen haben, dass wir alle Lust auf Morgen haben können. Dankeschön.

Van Staa:

Wilhelm Gross. Die nächste ist Christine Gubitzer.

Gross:

Hoher Bundesparteitag, liebe Freunde!

Die Volkspartei hat, und das zeichnet sie aus, eine starke Verankerung im Öffentlichen Dienst. Im Bund, in den Ländern und den Gemeinden sind wir stolz darauf, dass wir für die Österreichische Volkspartei mehr als die Hälfte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei uns haben, in unserem Boot haben, dass sie unsere Wählerinnen und Wähler sind.

Ich glaube, das ist ein Schatz, das ist ein Geschenk, das wir haben, mit dem wir sorgsam umgehen müssen. Die Volkspartei ist Gott sei Dank die treibende Kraft der Erneuerung, daher wurde sie gewählt, daher wurde sie wiedergewählt. Wir sind ja Volkspartei, haben wir heute gehört. Erfolge aber, liebe Freunde, die sich wie die Perlen an einer Kette aneinander reihen, die tragen doch auch die Gefahr in sich, die Sensibilität und das Sensorium für das politisch Machbare, für das politisch Zumutbare abzuschwächen. Manchesmal hat man den Eindruck auch, die Sicht auf das politisch Zumutbare etwas einzutrüben und wenn die Volkspartei Österreich bewegen will, so muss man auch die Pläne, mit denen sie Österreich bewegen will, ein bisschen unter die Lupe nehmen, und da komme ich doch zwangsläufig wieder zur Pensionssicherungsreform zurück. Ich glaube, die Pensionssicherungsreform müssen wir so betrachten, dass diese Idee gut ist, aber diese Idee braucht nicht nur

Flügel, sondern sie braucht auch ein Fahrgestell. Und dieses Fahrgestell bedeutet, dass das Übergangsrecht notwendigerweise ausgebaut und verbessert werden muss. Wir sehen derzeit auf Grund der vorliegenden Materialien die Möglichkeit, plötzliche und intensive Eingriffe in die Lebensplanung und die Lebensgrundlagen und in die Existenz von Menschen zuzulassen. Solche Eingriffe sind derzeit radikal möglich. Bitte nirgendwo, nirgendwo, in keinem Bereich der österreichischen Arbeitslandschaft ist die Verklammerung zwischen Aktiveinkommen und zwischen Pensionen so eng wie im Öffentlichen Dienst. Und daher sind Maßnahmen am Sektor der Pensionen im Öffentlichen Dienst mit einer ganz besonderen Sensibilität ausgestattet. Jahrzehntlang haben sich alle Gebietskörperschaften aus der Affäre gezogen, indem sie sagten "Mageres Besoldungsrecht, magere Einkommensverhältnisse sind gut, reichen aus, weil die Pensionen in einer vernünftigen Höhe zugesagt sind". Und genau dort wird jetzt eingegriffen. Ich möchte daher wirklich allen, die in der Partei das Sagen haben, ans Herz legen, wir brauchen Übergangsgerechtigkeit, liebe Freunde. Und wenn es schon eine Wende zum Weniger in der Alterssicherung sein muss, so brauchen wir Gerechtigkeit beim Rückbau der Leistungen. Wir dürfen nicht den Eindruck zulassen, dass die Alten oder Jungen übervorteilt werden. Wir brauchen gleichwertige Maßnahmen in allen Pensions- und Alterssicherungssystemen, wir brauchen mehr Harmonie zwischen den Systemen und wir brauchen aber nach wie vor, und das möchte ich unterstreichen, die zentrale Rolle des Umlagesystems. Und wir brauchen das Gewicht auf den Vertrauensschutz nach wie vor, denn sonst läuft der Generationenvertrag Gefahr, zu kollabieren. Bitte das ist die Leitidee, die die Sozialpartner verfolgen. Ich glaube, die Volkspartei ist gut beraten, auf die Arbeitskapazitäten der Sozialpartner nicht zu verzichten. Die Volkspartei sollte diese Arbeitskapazitäten produktiv nützen, um einen weiteren Edelstein in die Kette der Erfolge aufzunehmen.

Van Staa:

Darf ich bitte die nächste Rednerin bitten, Christine Gubitzer.

Gubitzer:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, hohes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde!

Ich bin seit meinem 16. Lebensjahr immer Funktionärin in dieser Partei gewesen. Zunächst in der Jugend und dann halt in vielen anderen Funktionen, bis hinauf in die Frauengruppe des ÖAAB. Und ich bin auch mit großer Begeisterung Gewerkschafterin und hab in den letzten Tagen und Wochen sehr viel Zustimmung erhalten von den Kolleginnen und Kollegen an den Dienststellen, aber auch einfach jenen, denen ich irgendwo begegnet bin und die mir gesagt haben, bitte kämpfe für uns, steh für uns. Sag, dass wir das nicht ertragen können. Es hat niemand zu mir gesagt, verhindere, dass eine Reform kommt. Jeder hat das eingesehen. Aber alle haben den dringenden Wunsch, dass es eine Reform wird, die verträglich ist. Die vor allem aber auch geschlechtergerecht ist. Und es ist nun einmal so, dass die Lebensbiografie der Frauen anders aussieht als die der Männer. Und die Frauen haben eben bisher immer ihr Leben zum Großteil der Familie und ihrer Betreuung gewidmet und haben eigentlich das Arbeiten, die Berufsausübung nur als zweiten Teil, als zweitrangigen Teil in ihrem Leben gesehen. Nunmehr aber werden sie vor eine Tatsache gestellt, dass sie Dingen, die sie nicht mehr verändern können, plötzlich zum Nachteil wird. Dass es für sie nicht mehr sicher ist, dass sie im Alter ausreichend Pension haben; ausreichend so viel Geld haben, dass sie sich auch einmal einen kleinen Luxus leisten können, indem sie vielleicht einmal eine kurze

Reise in die schönen Gegenden unseres Heimatlandes machen oder sich einmal ein extra neues Kleid kaufen. Ich glaube, dass in diesem sehr anspruchsvollen Bestreben, eine Reform zu schaffen, die lang anhaltend etwas Gutes für das Land bringt und für die Menschen in diesem Land bringt, ein bisschen übersehen wurde, dass eben die Frauen eine andere Lebensbiografie haben. Und wir müssen uns auch dazu bekennen, dass langfristig sich das Frauenleben sehr massiv verändern wird, denn, liebe Freundinnen und Freunde, eines muss wohl klar sein, wenn wir wirklich anstreben eine lebenslange Durchrechnung, dann heißt das auch für die Frauen, dass sie einplanen können müssen, ein Leben lang im Beruf zu sein. Das bedeutet neue Rahmenbedingungen. Das bedeutet die Chance, dass Kinder nicht nur im Kleinkindalter betreut werden. Ich finde das immer sehr putzig, wenn die Sozialdemokraten von der Kindergartenmilliarde sprechen, mit dem allein wird es nicht ausreichen, weil nicht nur die Kinder bis zum Vorschulalter Betreuung brauchen, sondern ganz intensiv auch mit 12 oder 13 Jahren, und auch mit 15 und 16 tut elterliche Liebe sehr gut. Ich meine also, dass diese ÖVP - engagiert wie sie ist - sicher imstande ist, eine geschlechtergerechte Pensionsreform durchzuführen, die die Frauen in die Lage versetzt, auch im Alter gleiches Recht zu haben wie die Männer. Danke.

Van Staa:

Damit ist die Rednerliste erschöpft. Es steht der Antrag zu Zuweisung dieses Antrages 5 mit den Unterabschnitten a) bis h) an den Fachausschuss für Budget, Finanz- und Steuerpolitik zu überweisen. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Antrag 6 Arbeitsmarktreform. Ich erteile das Wort Josef Fink. Bitte Freund Fink.

Fink:

Geschätzter Herr Bundeskanzler, hoher Parteitag, werte Damen und Herren! Die Beschäftigungspolitik stottert genauso wie die Wirtschaftspolitik, wie die wirtschaftliche Entwicklung. Wir wissen, dass Beschäftigungspolitik nicht einfach planbar ist, obwohl, und das ist mein Stehsatz, wir brauchen ein paar wesentliche Punkte, in denen wir mehr Kontinuität in der Beschäftigungspolitik brauchen. Wir wissen, dass die internationale Konjunktur unser Wachstum nicht zulässt und auch nicht planen lässt. Wir wissen, dass der Bund alles versucht, die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass alles Mögliche im Lande getan wird. Wir wissen, dass die Länder sich sehr bemühen die Strukturpolitik zu machen. Wir wissen, dass die Betriebe selber die Wirtschaft und vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich sehr, sehr anstrengen, dass unser BIP möglichst auf einem hohen Level bleibt. Aber wir müssen in der Beschäftigungspolitik in einigen Punkten mehr Kontinuität, nicht Sprunghaftigkeit, sondern Kontinuität einbringen. Wir dürfen hier nicht schwanken wie das Wirtschaftswachstum. Und ich möchte dazu vier Beispiele nennen: Noch vor wenigen Jahren hat man insbesondere aus der Industrie gefordert, die Industrie muss weiblich werden. Es sind einige wichtige Punkte, ein ganzes Paket dazu genannt worden. Kaum ist das Wirtschaftswachstum niedriger und wir hören nichts mehr von diesem Paket, von dieser Forderung, obwohl es notwendig wäre kontinuierlich, vielleicht gerade jetzt noch mehr die wichtigsten Beschäftigungs- und Bildungs- und wichtigsten Maßnahmen kontinuierlich durchzuziehen.

Ebenso das Thema ältere Arbeitnehmer. Wir haben vor einigen Jahren diskutiert, dass wir die älteren Arbeitnehmer auch deshalb länger im Arbeitsmarkt brauchen, in

der Beschäftigung brauchen, weil wir Schwierigkeiten mit den Facharbeitern haben. Heute diskutieren wir diese Beschäftigungs- und politischen Maßnahmen für die Arbeitnehmer schon nur mehr halbherzig oder nicht mehr. Ähnlich in der Lehrlingsausbildung. Wir haben in der Lehrlingsausbildung die Situation, dass wir ständig nur kurzfristig Maßnahmen setzen, je nachdem die Konjunktur gut oder schlechter ist. Anstatt so wie in Vorarlberg Kontinuität einzubringen in der Qualitätssteigerung. Vorarlberg hat in den letzten Jahrzehnten bewiesen, dass mit mehr Qualität in der Lehrlingsausbildung auch mit einem wesentlich höheren Lehrlings- bzw. Abschlussniveau das Image der Lehre wesentlich verbessert werden kann und wir deshalb wesentlich weniger Jugendbeschäftigungsprobleme haben, wesentlich weniger Lehrstellenprobleme haben.

Und zum Schluss, ebenfalls was die Weiterbildung betrifft, geschätzte Damen und Herren: Alle reden über Weiterbildung. Eine der wichtigsten Maßnahmen, eine der wichtigsten Schlüsselfunktionen für unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft. Die Weiterbildungslandschaft in Österreich ist ein Stückwerk, ist zerfleddert. Wir brauchen auch hier mehr Kontinuität, wir brauchen einen Weiterbildungspool, in dem Bund, Länder und die Sozialpartner gemeinsam mit der Wirtschaft und mit dem Arbeitsmarktservice versuchen, Weiterbildung nicht nur dann auf hohem Niveau und jedem zu sichern, wenn man arbeitslos ist, sondern vor allem, wenn man in Beschäftigung steht, die Weiterbildungschancen wesentlich zu verbessern.

Van Staa:

Ich danke für die Wortmeldung. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es steht der Antrag auf Annahme. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zu Punkt 7 Teilzeitbeschäftigung für Eltern. Eingbracht vom ÖAAB. Ich darf Frau Ridi Steibl das Wort erteilen.

Steibl:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, hoher Parteitag!

Mit der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes für 30 Monate für alle Mütter und Väter in Österreich, mit der Abfertigung neu und mit der Familienhospiz-Karenz, um nur einige wichtige Punkte zu nennen, ist Österreich als frauen- und familienfreundlichstes Land in Europa an die Spitze gelangt. Um die Vereinbarkeit Beruf und Familie für Mütter und Väter weiter zu erleichtern, fordert der ÖAAB in diesem Antrag - und bittet die Wirtschaft um ihre Unterstützung - die Einführung eines Anspruchs auf Teilzeitbeschäftigung für Eltern bis zum 7. Lebensjahr mit Rückkehrrecht in die Vollbeschäftigung. Dass der Wunsch nach mehr Teilzeitbeschäftigung besonders bei Frauen besteht, zeigen auch die Zahlen seitens des AMS. Zu diesem Antrag 7 Teilzeitbeschäftigung stelle ich in Absprache nun mit der Antragsprüfungskommission bzw. mit dem Vorsitzenden der Antragsprüfungskommission den Antrag im Gegensatz zur Abstimmungsempfehlung diesen Antrag dem zuständigen Fachausschuss zuzuweisen.

Nun gestatten Sie mir noch ein paar Sätze zur Pensionssicherungsreform. Auch aus frauen- und familienpolitischer Sicht ist die nachhaltige Sicherung der Pensionen zweifellos ein wichtiges gesellschaftspolitisches Anliegen. Wir wissen, dass Bundeskanzler Wolfgang Schüssel mit seinem Team auch die Anliegen der Frauen und der Familien mehr als nur ernst nimmt in Österreich. Ich habe schon eingangs erwähnt, was uns alles gelungen ist und was wir auch noch vorhaben. Dennoch bitte ich, dass bei diesem derzeitig vorliegenden Entwurf einige Abstimmungen bzw. Abfederung noch bis zum Ministerratsbeschluss eingebaut

werden und ich möchte nur zwei mögliche Schritte hier nennen. Erstens die Verringerung des Durchrechnungszeitraumes durch die Berücksichtigung von Erziehungszeiten und zweitens die Hebung der Bemessungsgrundlage für Kindererziehungszeiten gestaffelt zumindest auf mehrere Jahre hin, nicht von heute auf morgen. Wir wissen auch, dass es wichtig ist, diese Pensionssicherungsreform durchzuziehen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Van Staa:

Dankeschön. Es handelt sich hier um einen formalen Gegenantrag, denn die Antragsprüfungskommission hatte selbst diesen Antrag zuerst zur Annahme empfohlen, aber die Antragstellervertreterin, der Antragsteller selbst sagt, sie wäre für eine Zuweisung an den zuständigen Ausschuss. Wir stimmen zunächst über den Gegenantrag ab. Wer ist gegen die Zuweisung an den zuständigen Ausschuss? Wer enthält sich? Damit ist der Antrag an den zuständigen Ausschuss zugewiesen. Wir kommen zu Punkt 8 Ausbau der allgemeinen Unfall- und Krankenversicherungsanstalt zu einem Zentrum für Prävention. Es liegt also keine Wortmeldung vor. Es wird beantragt, diesen Antrag zuzuweisen an den Fachausschuss für Gesundheit, Frauen, Familie und Behinderte. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Einstimmig angenommen. Damit ist der Antrag 8 zugewiesen. Wir kommen zum Antrag 9. Der Antrag 9 ist Arbeitsrecht neu mit drei Unterabschnitten hinsichtlich Arbeitsruhe an Sonn- und Feiertagen, das muss aufrecht bleiben, Arbeit auf Abruf darf nicht die Regel sein, Freizeit muss zusammenhängen. Ein Antrag des ÖAAB. Es liegt keine Wortmeldung dazu vor. Es wird beantragt, diesen Antrag anzunehmen. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Damit ist der Antrag einstimmig angenommen. Wir kommen nun zu Punkt 10. Er ist für Menschen mit besonderen Bedürfnissen, Verbesserung für Menschen mit besonderen Bedürfnissen, ein Antrag des ÖAAB. Es hat sich zu Wort gemeldet Herr Karl.

Karl:

Hoher Bundesparteitag, meine sehr geehrten Damen und Herren!
Wir haben ein besonderes Jahr, nämlich das Jahr der behinderten Menschen oder wie es so schön heißt, das "Jahr der Menschen mit besonderen Bedürfnissen". Als ich hier nach Linz gekommen bin und diese Antragsmappe aufgeschlagen habe, war ich sehr erfreut, diesen Antrag zu sehen. Doch bald ist meine Freude ziemlichlicher Trauer gewichen, als ich die Empfehlung der Antragsprüfungskommission sah, diesen Antrag zuzuweisen. Meine Damen und Herren machen wir uns nichts vor, eine Zuweisung ist immer ein Begräbnis erster Klasse für einen Antrag, daher stelle ich hier den Gegenantrag, diesen Antrag im Jahr der Behinderten, meine Damen und Herren, anzunehmen. Ich glaube eines, der Antrag ist sicher nicht auf Euro und Cent durchgerechnet, er ist aber nicht so gestellt, dass er unfinanzierbar ist. Und es stehen viele gute Dinge zu Arbeit, Wohnen und Freizeit drinnen. Gerade Arbeit ist für behinderte Menschen von besonderer Sinnstiftung und daher besonders zu unterstützen. Barrierefreiheit ist nicht nur für Rollstuhlfahrer wichtig, sondern auch für ältere Menschen und für Mütter mit Kinderwägen. In der Frage des Behindertensports darf ich als Präsident des Wiener Behindertensportverbandes der Bundesregierung einen Dank sagen, denn hier ist schon etwas weitergegangen. In der Kultur hat der Kulturstadtrat Peter Marboe sehr viel geleistet, jetzt unter Mailath-Pokorny in Wien ist es aber sehr, sehr schlecht und schließlich und endlich gehört ein Appell an den ORF, mehr die Gebärdensprache hier zum Einsatz zu bringen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Herr Generalsekretär Lopatka hat von

High Touch gesprochen. Zeigen wir High Touch für behinderte Menschen. Meine Damen und Herren, schieben wir behinderte Menschen nicht in einem Ausschuss ab, sondern bekennen wir uns dazu, dass wir diesen Antrag für die behinderten Menschen in den nächsten vier Jahren durchsetzen, das ist möglich und daher bitte ich Sie alle, meinen Gegenantrag zu unterstützen, und den Vorsitzenden bitte ich in ähnlicher Art und Weise den Gegenantrag abzustimmen wie den letzten Gegenantrag. Herzlichen Dank.

Van Staa:

Danke für diese Wortmeldung. Ich glaube, das ist ein ganz ein wichtiger Antrag gewesen. Gerade im Jahre der Behinderten, dass wir uns hier so stark auch zu Wort melden. Es steht der Antrag auf Zuweisung an den Fachausschuss für Gesundheit, Frauen, Familie und Behinderte. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen. Also eine Gegenstimme. Ich glaube, im Inhaltlichen ist ja wohl niemand im Saal, der im Inhaltlichen hier etwas anderes will? Wer ist dagegen? Wer ist dagegen bitte? Auf Zuweisung an den Ausschuss wie die Antragsprüfungskommission beantragt. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10. Aber 10 sind also dagegen. Wer enthält sich? Bitte, wer ist dafür, machen wir die Gegenprobe. Wer ist dafür? Das ist die Mehrheit. Damit ist er zugewiesen. Ich möchte aber ausdrücklich glaube ich, klären, dass auch hier alle der Meinung sind, dass dieser Antrag im Inhalt selbstverständlich von allen mitgetragen wird.

Gesundheitsreform Nr. 11. Gesundheitsreform liegt keine Wortmeldung vor. Ein Antrag des ÖAAB, und zwar von A bis E, die Unterpunkte. Es steht der Antrag auf Zuweisung an den Fachausschuss für Gesundheit, Frauen, Familie und Behinderte. Gibt es dazu eine Gegenseite? Bitte. Gegenstimme. Gibt es eine Stimmenthaltung? Damit ist dieser Antrag einstimmig zugewiesen.

Dann ist die Pensionsreform Nr. 12. Zu dem von der ÖVP Oberösterreich heute eingebrachten Antrag Nr. 28: Bitte aufpassen, ich glaube, es ist ein ganz ein wichtiger Antrag, den die Oberöreicher eingebracht haben. Zu dem von der ÖVP Oberösterreich heute eingebrachten Antrag Nr. 28 hat die Antragsprüfungskommission getagt. Die Ergebnisse der Antragsprüfungskommission zu Antrag 28 lauten, dass dieser Antrag nun gemeinsam mit dem Antrag 12 behandelt werden soll, weil er die gleiche Materie trifft, aber die Anträge werden dann auch getrennt abgestimmt. Wer ist gegen diesen Antrag der Antragsprüfungskommission? Die Anträge 12 und 28 - 12 ist jener, der in den Tonunterlagen vorliegt und Antrag 28 ist der Antrag der ÖVP Oberösterreich - wer ist dagegen, diese beiden Anträge unter einem Punkt zu behandeln und anschließend allerdings getrennt abstimmen zu lassen? Ich sehe keine Gegenstimme. Gibt es eine Enthaltung? Damit wird nunmehr die Debatte zu den Anträgen 12 und 28 eröffnet. Ich möchte aber zur Klarstellung sagen, ein Vorsitzender soll sich nie in die Debatte einmischen. Ich wollte nur Klarstellung. Bei meiner Wortmeldung habe ich bei einem früheren Antrag klar gestellt, dass ich die Intentionen des Antrages als Person und Delegierter von Oberösterreich unterstütze. Es ist also hier Nationalrat Michael Spindelegger der Erstredner. Bitte.

Spindelegger:

Danke Herr Landeshauptmann, hoher Bundesparteitag!

Auf Grund der fortgeschrittenen Zeit ganz kurz: Zum Ersten, wir wollen eine Pensionssicherungsreform, die aber auch bedeutet, dass Übergangsfristen verträglich sind. Zum Zweiten auch eine Klarstellung. Wir sind für eine inhaltliche Diskussion und für eine inhaltliche Änderung. Wer auf die Straße geht, um von dort

Druck zu machen, von dem distanzieren wir uns ganz klar. Veränderungen auf der Straße bewirken nichts, dort wird nicht verhandelt, und auch die Sozialdemokraten müssen zur Kenntnis nehmen, dass Veränderungen, die noch passieren werden - davon bin ich fest überzeugt - von der Volkspartei ausgehen, aus unserem gemeinsamen Kreis heraus. Warum schlagen die Wogen hoch - und das ist mein dritter Punkt - warum schlagen die Wogen so hoch, dass wir auch als Funktionäre ganz wichtig gefordert sind, den Leuten Sicherheit zu geben? Sie schlagen hoch, weil es ganz inhaltliche schwierige Detailprobleme gibt, die sie besonders belasten. Ich darf ein paar so nennen: Wer mit dem 31.12. dieses Jahres in Pension geht, hat noch eine um 11% höhere Pension als der, der mit dem 1.1. nächsten Jahres in Pension geht. Ist das gerecht, können wir das wirklich verantworten? Ich glaube, da brauchen wir einfach eine Übergangsfrist, die auch klar zeigt, dass man schrittweise eine neue Berechnung des Pensionsmodells überbringt. Ich sehe auch am heutigen Tag, da gibt's viel Zustimmung dafür.

Zum Zweiten. Ein Druckpunkt, den heute schon einige angesprochen haben. Wenn Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer stärker fordern, zu Recht, auch meine Frau, dann brauchen wir dazu Möglichkeiten. Wir schaffen sie mit Teilzeitarbeit, die wir fördern, dann kann aber bei einer lebenslangen Durchrechnung nicht eine ganz geringe Pension herauskommen. Teilzeitarbeit kann nicht zu einer Teilpension führen, darum brauchen wir eine andere Anrechnung von Kindererziehungszeiten oder von einer sozusagen Befreiung von einigen Jahren von schlechten Beitragsjahren, die eine Frau eben in ihrem Erwerbsleben hat. Ich glaube, dass ist ein wichtiger Punkt für die Frauen, wo wir als Volkspartei auch dafür sein müssen.

Und möchte noch einen Druckpunkt nennen, liebe Freunde. Kumulierte Abschläge, die es gibt, brauchen wir als Volkspartei als breite soziale Bewegung, die wir sind, nicht zulassen. Da müssen wir doch auch den Mut haben, ein paar Veränderungen zu setzen. Diesen Mut, den müssen wir auch von diesem Parteitag als christlich-soziale Partei ausstrahlen. Viele haben heute in ihren Wortmeldungen gezeigt, dass sie diesen Mut haben, und ich freue mich darüber, denn dann zeigt das, dass wir als Volkspartei eine gemeinsame Wegskizze für eine gute Pensionsversicherungsreform gehen können. Danke vielmals.

Van Staa:

Ich darf eine Berichtigung vornehmen. Es ist hier eine Blendungssituation. Beim Antrag 5 - da ist es um den öffentlichen Dienst gegangen - gab es 10 Gegenstimmen und beim Antrag 7 gab es 30 Gegenstimmen, das war die Teilzeitbeschäftigung für Eltern. Dieses korrigierte Ergebnis ändert nichts am Ergebnis der Annahme der beiden Anträge. Ich wollte das noch korrigieren, würde aber meinen, wenn da hinten jemand dagegen stimmt, der soll sich lautstark melden, uns sagen, Nein, wir stimmen dagegen. Es gibt ja einige Gegenstimmen. Wir haben Saalaufseher überall, die dann aufpassen auch und bitte das gleich hierher zu bringen, damit wir das korrigieren werden.

Zu Wort gemeldet ist Präsident Leitl.

Leitl:

Lieber Herwig, lieber Wolfgang, liebe Freundinnen, liebe Freunde!

Gelebte Sozialpartnerschaft heißt auch einmal Dankeschön für die innerparteilich gelebte Sozialpartnerschaft und ich denke, dass beispielsweise Abfertigung neu - Modell von Josef Fink -, oder Pensionskonto - Modell von Franz Hiesl - Beispiele sind, wie man sehr wohl sozialpartnerschaftlich gut zusammenarbeiten kann. Und wir

wissen, dass gerade die Abfertigung dann auf der Sozialpartnerspitze in einer eindrucksvollen Art und Weise die zweite Säule des Pensionssystem mitbegründet hat. Ein guter Ausgangspunkt für die Zukunft.

Daher war es auch unser Anliegen, jetzt zu versuchen, wieder die Expertise der Sozialpartner und ihre Einbindung in das notwendige Reformwerk zu bewerkstelligen, ja mehr noch, den angedachten Schritt 2 Harmonisierung des Pensionssystem jetzt schon in die Terminisierung bis 30.9. einzubringen und damit den Menschen unseres Landes ein umfangreiches Pensionssicherungspaket anzubieten. Es tut mir daher Leid, dass das auf Grund der Budgetbegleitgesetzeinbindung nicht der Fall sein kann, und noch mehr tut mir Leid, dass daraus über alle Fraktionen erstmals seit einem halben Jahrhundert ein Streikbeschluss in Österreich gefasst worden ist. Nun meine Damen und Herren, jetzt kann man sagen, einen Streik hält man aus, natürlich hält man einen Streik aus, und es ist auch nicht jetzt die Angst der Betriebe selbst vor diesen Streikaktionen, aber Sorge habe ich, dass das Ansehen unseres Landes damit in Mitleidenschaft gezogen wird.

Liebe Freunde, wo immer wir hinkommen in Europa und in der Welt, wir sagen: Kommt zu uns nach Österreich, wir haben Null Streiksekunden. Hier könnt ihr vertrauen, hier wird verhandelt und nicht gekämpft in den Betrieben oder auf der Straße. Ich glaube, das ist ein Wert einer politischen Kultur, den müssen wir uns erhalten und daher ersuche ich von hier aus alle diejenigen, die derzeit noch Sorgen haben mit den vorliegenden Vorschlägen, dass sie diese Sorgen jetzt in den nächsten Tagen überprüft sehen. Der Bundeskanzler hat angekündigt, er wird sich um diese Sorgen annehmen. Ich vertraue ihm und ich bin sicher, dass hier - dort, wo auch die vielen von euch heute Sorgen, Betroffenheit äußern -, dass vernünftige Übergangsregelungen und insbesondere auch für die Frauen ordentliche Modelle gefunden werden können. Aber eine Reform muss natürlich auch spürbar sein. Ich habe es so ausgedrückt, jeder wird Haare lassen müssen, aber niemand soll skalpiert werden. Und daher, liebe Freunde, ich bitte euch eines, jeder soll sich dazu äußern mit den demokratischen Mitteln, die wir in unserem Land haben. Wir haben Demonstrationsfreiheit, wir können protestieren, was immer wir wollen. Aber bitte mit Streiks gefährden wir etwas. Ein Leitartikel hat heute geschrieben, Österreich kehrt zur europäischen Normalität zurück, wenn wir auch streiken. Ich möchte diese europäische Normalität nicht. Ich möchte, dass die besondere Stellung Österreichs, die Glaubwürdigkeit, das Vertrauen von Investoren und dass die österreichische Lebens- und Sozialkultur, die politische Kultur des miteinander Redens und des damit miteinander Problemlösens verstärkt akzeptiert wird.

Und noch etwas liebe Freunde. Ich bin so stolz, unserer Gesinnungsgemeinschaft anzugehören, weil wir uns als soziale Integrationspartei verstehen, die nicht eindimensional gegen andere ist, sondern wir sehen das Ganze, das Miteinander, das Vernetzte, das Nachhaltige und daher sind wir auch jetzt imstande, Brücken zu schlagen, wo andere Gräben ziehen, und das sehe ich als Riesenchance jetzt. Und gerade wenn wir jetzt als Nummer eins die Hauptverantwortung in Österreich haben, dann sind wir auch mitverantwortlich für das soziale Klima, für die Stimmung, für den Umgang miteinander. Kurz, für die politische und soziale Kultur. Und ich sage euch eines, wenn es uns gelingt hier das Gespräch, das Miteinander in den Vordergrund zu stellen, dann haben wir nicht nur Erfolge als Wirtschafts- und Arbeitsstandort Österreich - das brauchen wir, EU-Erweiterung usw. wird uns vor neue Standortbedingungen stellen -, sondern wir haben darüber hinaus auch eine breite Akzeptanz für notwendige Reformen, Einsicht breiter Bevölkerungsgruppen in Veränderungen, die ihre Ursachen haben und wir können es erklären, und daher

bitte suchen wir diese Breite, suchen wir den Konsens, nicht weil ich etwas gegen einen Konflikt habe, auch mir ist Streiten manchmal lustig. Aber im Endeffekt muss ein Konsens stehen, ein Miteinander, eine Überzeugung, dass wir alles tun, um in unserem kleinen Land die Kräfte zu bündeln und nicht zu zersplittern. Überlassen wir es anderen, zu polarisieren. Wir müssen zusammenführen und wenn wir das tun, dann werden wir die Akzeptanz unserer Bevölkerung haben und dann sind wir als die Brückenbauer diejenigen, die auch in Zukunft das Vertrauen der Menschen in diesem Land haben. Das wünsch ich mir in den kommenden Jahren. Wir haben viele Reformen vor uns. Die Pensionsreform, die Gesundheitsreform, die Bürokratierreform. Rechtzeitiges Einbinden aller Beteiligten, Motivation schaffen und miteinander auch einmal eine Reform durchtragen. Den Menschen erklären, dass sie es verstehen, sie motivieren, warum es notwendig ist, anstelle gegeneinander zu agitieren und Angst, Misstrauen zu säen. Das ist der Stil, den ich mir wünsche. Ich bitte euch dabei zu sein, dann wird unsere Volkspartei auch in Zukunft erfolgreich sein.

Van Staa:

Ich glaube, das war jetzt eine Lektion für die Demonstrierer und Streiker. Jetzt bitte Otto Gumpinger.

Gumpinger:

Geschätzter Herr Bundeskanzler, werte Delegierte, sehr geehrte Damen und Herren! Die Volkspartei ist die Familienpartei dieses Landes. Es ist zum Ausdruck gekommen bei der Nationalratswahl, die Mehrzahl der Familien haben uns gewählt und ich kann Ihnen auch als Präsident des Österreichischen Familienbundes berichten, dass tausende Familien in den letzten Jahren nicht uns zusätzlich wählen, sondern auch bereit sind, in unseren Organisationen mitzuarbeiten, mitzuwirken, weil sie Vertrauen haben in die Familienpolitik dieser Volkspartei und unserer Gesinnungsgemeinschaft. Und dieses Vertrauen ist aufgebaut worden in vielen Jahren und geschärft und gestärkt worden, weil es gelungen ist, auch gegen den Widerstand vieler, für die Familien etwas zu erreichen. Und ich blicke noch zurück auf die vorvorletzte Regierung, wo es darum gegangen ist, die Familiensteuerreform durchzusetzen. Die wurde einem sozialdemokratischen Finanzminister abgerungen. Maria Rauch-Kallat hat es erwähnt, das Karenzgeld für alle - ein Markenzeichen unseres Bundeskanzlers - wurde durchgesetzt in Form des Kinderbetreuungsgeldes, und die ersten Kommentare der sozialdemokratischen Gewerkschafterinnen waren, dass das ein soziales Verbrechen sei, das ist formuliert worden in dieser Republik, und einige Monate später hat es ausweitende Vorschläge dazu auch von sozialdemokratischer Seite gegeben. D.h. es ist viel erreicht worden für die Familien. Und ich meine auch, es ist uns gelungen, die Familie und die Freude an den Kindern auch in der Gesellschaft stärker zur Sprache zu bringen. Und vielleicht ist dieser Bereich sogar wichtiger als der materielle Bereich, wo Verbesserungen erzielt wurden. Und wie es auch Maria Rauch-Kallat gesagt hat, erstmals ist gelungen, Kindererziehungszeiten pensionsbegründend anrechenbar zu machen. Und deshalb sind wir Familienpartei geworden.

Und mir geht es jetzt darum, dass wir diese Errungenschaften uns nicht selber entwerten, und um das muss es uns in den nächsten Wochen und Monaten gehen, den Menschen, das ist schon oft gesagt worden, aber es muss noch oft gesagt werden, bis dass es auch umgesetzt ist, dass Menschen, die deshalb, weil sie Betreuungspflichten wahrnehmen, einige Jahre nicht berufstätig sind - und das sind zu 99% unsere Mütter -, dass sich die jetzt fürchten müssen, dass ihnen mehr als

allen anderen und auch in einer überproportionalen Weise ihre Pensionen gekürzt werden könnten, dass wir das verhindern. Und ein Ansatzpunkt ist die geplante Ausweitung von 18 auf 24 Monate bei der Anrechnung, die wird im jetzigen System, weil jetzt werden die 15 besten Jahre gerechnet, Beitragsjahre. Aber wenn wir umstellen auf die lebenslange Durchrechnung sukzessive, dann werden diese Zeiten angerechnet mit einer Bemessungsgrundlage von 600 Euro in der Größenordnung pro Monat und dann geht diese Wirkung, diese Anrechnung, weitestgehend verloren und deshalb appelliere ich an die Entscheidungsträger, hier noch zu korrigieren, vielleicht drei Jahre pro Kind anzurechnen, im Durchschnittsverdienst der Österreicher oder auch Zeiten eben hier abzusetzen, die also nicht die lebenslange Durchrechnung, sondern pro Kind einige Jahre freizustellen, damit hier dieser gerechte Ausgleich geschaffen wird, damit nicht die Personen und Menschen, mit Betreuungspflichten überproportional zum Handkuss kommen. Und ich glaube, Familien mit Kindern sichern die Zukunft unseres Landes, sind geradezu das Rückgrat unserer Gesellschaft. Sichern wird deshalb unseren Müttern auch im Alter ein Einkommen, mit dem sie ein Auskommen haben.

Van Staa:

Der nächste in der Rednerliste ist Geidosek Alfred und dann kommt die Silvia Fuhrmann. Bitte sehr.

Geidosek:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, hohes Präsidium, liebe Delegierte des Bundestages!

Wenn wir hier eine Pensionsreform beschließen in einer Vorlage, wie sie derzeit ist, und wenn man dazu unter den letzten vier bis fünf Wochen laufend in den Betrieben unterwegs ist, mit Kolleginnen und Kollegen spricht, mit dem Bürger draußen spricht, und die mehr als unzufrieden sind und das Vertrauen ins uns verloren haben, dann muss ich sagen, da müssen wir etwas tun, da ist es notwendig etwas zu tun. Das Vertrauen wird verloren in ein System, das jahrelang aufgebaut wurde. Und ich möchte auch nicht, dass das Vertrauen dann in unsere Partei verloren geht. Die wir so stolz sind, dass wir auch dabei sind. Und ich bin stolz in dieser Partei zu sein. Ich bin stolz ÖAABler zu sein und ich bin stolz FCGler zu sein und ich möchte auch diesen Stolz nicht verlieren und das möchte ich, dass wir auch alle weiter tragen können. Es darf daher zu diesem Maßnahmenpaket, wie es derzeit vorgestellt ist, nicht kommen. Und ich ersuche dich, lieber Herr Bundeskanzler, das wirklich noch einmal zu überdenken und hier vor allem Änderungen vorzunehmen. Es ist ganz, ganz wichtig, wenn uns Kolleginnen und Kollegen ansprechen. Ich komme aus dem Tourismus, wo Saisonbeschäftigte tatsächlich, und das ist keine Einzelberechnung, 46% ihrer Pension verlieren würden, wenn wir das so beschließen, dann muss ich sagen, das können wir ganz einfach nicht tun, das ist nicht sozial, das ist doch nicht unsere ÖVP, da müssen wir noch etwas überlegen und da muss es auch Änderungen geben.

Es geht aber nicht nur um Saisonbeschäftigte, auch die sogenannte Hacklerregelung. Ja, liebe Freunde, es gibt noch genügend, die mit 14 zu arbeiten begonnen haben und erinnert euch zurück, 1968 wurde das 9. Schuljahr eingeführt, auch diese Gruppe trifft es sehr stark. Und diese Gruppe ist eine, die dazu gehört, die ebenfalls unter diesen nächsten 10 Jahren noch im Schnitt zwischen 22 und 26% verlieren würde. Hier müssen wir Abfederungen schaffen, das müssen wir als soziale Partei. Und, Herr Bundeskanzler, du hast selbst gesagt, wir sind die soziale Partei, ich vertraue dir, dass wir auch diese soziale Komponente haben und wünsche mir

auch, dass wir hier die dementsprechenden Änderungen auch durchsetzen können. Letzter Punkt. Natürlich gehört es auch dazu, dass für die Frauen etwas gemacht wird. Denn genau die Frauen, die zum Großteil Teilzeitbeschäftigung haben und nie in einen Genuss einer wirklich ordentlichen Pension kommen könnten. Hier muss es nicht nur Abfederung geben, sondern auch eine bessere Bewertung dieser Pensionszeiten. Und eines zum Schluss noch, das, was wir nicht vergessen dürfen und hier ist schon ein großer Volkszorn. Vergessen wir auch nicht die Änderungen bei den eigenen Politikerpensionen. Ich danke.

Van Staa:

Frau Nationalrat Silvia Fuhrmann. Vorbereiten bitte: Präsident Fritz Dinkhauser.

Fuhrmann:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Delegierte!

Ich bin in einer kleinen Gemeinde aufgewachsen, in Weiden am See, mit knapp 2000 Einwohnern und bei mir war es so, dass während meine Eltern gearbeitet haben, meine Großeltern auf mich und meine Schwester aufgepasst haben. Bei mir war es auch so, dass ich nicht geraunzt habe, weil ich unbedingt etwas haben müssen, einen neue Schultasche oder sonst etwas, meine Eltern gesagt haben, nein du bekommst das nicht, ich zu meinen Großeltern gegangen bin und zwei Tage später sind wir gemeinsam einkaufen gegangen. Das sind Dinge, so wie ich gelebte Generationensolidarität und gelebten Umgang mit den Generationen erfahren und gespürt habe. Und meine Großeltern haben immer gesagt, das wichtigste ist für sie eigentlich, im Alter zu wissen gebraucht zu werden, noch etwas tun zu können, d.h. sich beschäftigen zu können, aber auf der anderen Seite auch dementsprechend die Wertschätzung von der Gegenüberseite anzuerkennen. Ich weiß schon, dass dieses Beispiel der Generationensolidarität, so wie es in einer gut funktionierenden Familie gegeben ist, in vielen Familien Gottseidank der Fall, nicht so einfach auf den Staat zu übertragen ist, aber ich glaube, dass genau diese Einstellung zum Miteinander, wie wir miteinander umgehen, eine Notwendigkeit ist, die ich voraussetze, um generell einmal über einen Generationenvertrag oder eine Pensionsreform diskutieren zu können. Und deshalb bin ich ja besonders dankbar, dass mein Pendant Stefan Knafli jener ist, der aus seiner Zielgruppe heraus, und da gibt es wahrscheinlich auch einige, die ihm dafür nicht dankbar sind, sagt, er ist dafür, er steht hinter der Reform und geht sogar noch um ein paar Schritte weiter. Denn ich möchte auch eines dazu sagen, dass wir mit der Anerkennung des 3-Säulen-Modells, nämlich selbst davor sagen zu müssen, dass wir einen Solidarbeitrag geleistet haben. Denn diese dritte Säule ist etwas, was wir nicht vom Staat geschenkt bekommen, sondern das bauen wir uns ja auch selber auf. Und wenn ich daran denke, dass 2030 ein Erwerbstätiger einen Pensionisten erhalten muss, das 40% meines Einkommens betragen kann, darüber hinaus ich noch Krankenversicherungsbeiträge abzuliefern und dann Steuern noch hinzukommen, dann bliebe mir nur zwei Drittel meines Gesamteinkommens über und ich glaube, spätestens zum dem Zeitpunkt wäre der Generationenvertrag gekippt. Und wenn ich weiters daran denke, dass 10% des Budgets für Pensionen draufgehen, darüber hinaus ein großer Anteil für den Krankbereich, für den öffentlichen Dienst und wenn ich hier zusammenzähle und es nur mehr 2/3 sind oder 1/3 sind, nach dem 2/3 verbraucht werden, die für den Rest verwendet werden können, so mache ich mir Sorgen um den Wirtschaftsstandort Österreich, denn ich glaube nicht, dass es für Österreich von Vorteil ist, wenn 2/3 des Budgets für andere Dinge draufgehen, die nicht Investitionen sind, die nicht Forschung und Entwicklung sind. Wenn ich auch

verweisen darf auf alle skandinavischen Länder um uns herum z.B., die Reformen, die wir jetzt machen, bereits vor 10 Jahren gemacht haben, und ich eigentlich, bevor ich noch an die Pension denke, einen Arbeitsplatz vielen jungen Menschen garantieren möchte und das ist nur möglich, wenn auch das Budget dies zulässt.

Van Staa:

Ich erteile das Wort Präsident Fritz Dinkhauser.

Dinkhauser:

So. Schön, dass noch da seid's. Die meisten werden schon einen Hunger haben. Liebe Freunde!

Liebe Freunde, nur etwas, dass damit also der Schüssel nicht völlig heilig gesprochen wird. Mögen tu ich ihn, das geht in Ordnung. Möge tu ich ihn. Ich bin auch gelaufen und gerannt und habe auch einige Räder geschlagen, also vor der Wahl. Und eigentlich hab ich mir gedacht, das ist auch letztlich wert, dass man das tut und es hat sich also ausgezahlt. Aber es muss auch ausgesprochen werden, dass der Weg natürlich, also zu dieser Reform, natürlich nicht der ist, denn wir uns gemeinsam uns wünschen, Wolfgang. Ich habe dir schon gesagt, du hast ja so ein weiches Gemüt, wenn du mit deinem Klavier spielst, verstehst, da denke ich mir, was ist den da für ein feiner Mensch dahinter. Da habe ich mir gedacht, wenn du das Gemüt natürlich auch für uns also aufbringen kannst, weil wir sind ja die kleinen Würstel, verstehst mich, natürlich also vom ÖAAB und in dieser Partei und wir brauchen deinen Zuspruch natürlich, dass du uns ein bisserl leben lässt auch. Also gehen tut es natürlich, Freunde, gehen tut es natürlich, dass man über das nachdenkt, das ist eine wichtige Geschichte für uns also gemeinsam. Und wie ich das gehört habe, in fünf Wochen haben die das zusammengebracht, habe ich mir gedacht, ja in fünf Wochen da krieg ich nicht einmal einen Zwerghasen zur Welt, das ist ja völlig unmöglich. Und nicht eine Pensionsreform, ja Entschuldigung. Ja das ist ja keine Kaminkehrerverordnung, sondern das ist ja etwas, eine Lebensordnung. Da steckt ja ganz was Gewaltiges dahinter. Freunde, da schauen alle Österreicher natürlich: Was passiert da mit mir? Und Freunde glaubt es mir, Wolfgang ich habe es dir gesagt auch, und da ist viel Angst, auch unbegründete Angst vielleicht, und da ist natürlich auch der Performance also wenig passiert. Da hätte man den Leuten natürlich also das aufklären müssen. Da hätte man ihnen sagen müssen, ja welcher Weg – ja was habst den da mit der Lampen, ich hab ja erst angefangen – Freunde, da geht's um mehr.

Van Staa:

Also ich würde auch bitten, doch die Lampe in diesem Falle ausnahmsweise auszuschalten. Den Fritz wollen wir doch ein bisserl anhören und da gehört schon ein bisserl eine tirolerische Solidarität. Ihr werdet mir wohl verzeihen. Ich brauch den Fritz für die Landtagswahlen.

Dinkhauser:

Der gute Mann muss von Oberösterreich kommen. Der versteht die Politik. Übrigens dem Landeshauptmann Pühringer muss ich also auch sagen: Alle Achtung, das haben wir gebraucht für den Wolfgang, zur Einstimmung. Ja, das war in Ordnung. Jetzt also die Gewerkschaft haben ja schon angeboten, aber den Ehrensozialhauptmann, den kannst noch haben von Tirol. Den werden wir dir noch geben. Ich glaube, das ist gut, liebe Freunde, dass man miteinander redet und dass man die Emotionen herausbringt. Und dass man auch spürt, dass da ein Feuer ist

und dass wir die Menschen mögen und dass wir sie schätzen. Und dass das uns ein Anliegen ist, auch diese Frage, und es ist mir ein Anliegen, wenn der sagt, was weiß ich unten bei Swarovski eben im Schleifstall, der also Schichtdienst macht und jetzt, also was weiß ich, 45 Jahre schon ist und mit 14 angefangen hat, dass er die Augen schon rausstellt mit 60 Jahren und dass er nicht mehr kann und dass nicht natürlich also letztlich viel Kraft im Leben braucht, Freunde. Und dass er seine Beitragsjahre natürlich bezahlt hat und seine Versicherungsjahre erbracht hat. Und dass er natürlich mit denen rechnet, dass er heute die Chance hat, wenn er also 45 Jahre gearbeitet hat, dass er in die Pension gehen kann. Lieber Wolfgang, meine Bitte an dich ist dieses Signal, so viel wird es ja gar nicht mehr geben, die das also schaffen. Das wird ja immer schwieriger in der heutigen Zeit. Und liebe Freunde, Hacklerregelung hin oder her, Hackler sind wir alle, Wurst ob das am Schreibtisch ist oder ob das letztlich also irgendwo an der Werkbank ist. Es ist der Druck auf uns alle immer größer geworden. Immer weniger müssen also immer mehr leisten. Natürlich müssen wir auch sehen, dass die Situation, die wirtschaftliche Situation, die ja nicht der Schüssel verbrochen hat, dass die nicht einfach ist. Und wir müssen natürlich also sehen, dass wir 300.000 als Arbeitslose haben und dass wir das gemeinsam bewältigen müssen. Und dass wir schon ein schönes Paket auch haben, also im Bereich also der Gesundheit. Dass viele Menschen sich als letztlich die Gesundheit nicht mehr leisten können, und ich habe schon die Sorge, dass natürlich also auch letztlich dahinter einige ökonomische Überlegungen sind, dass man die Menschen also immer mehr in private Versicherung hineinbringt, die sie sich nicht mehr leisten können, liebe Freunde. Schau Wolfgang, das was die Leute wollen, ist einfach das Gefühl von dir, dass du sie magst und schätzt und dass du mit ihnen behutsam umgehst.

Und ich weiß schon, dass das kein leichtes Geschäft ist, was du hast, das weiß ich. Ich seh´ das schon bei mir, wie die Luft dünn ist, wenn man so allein ist und viele Entscheidungen natürlich auch alleine fällen muss. Aber ich glaube, dass du das Zeug auch dafür hast, nicht nur Dinge hart anzupacken, sondern auch letztlich die Harmonie in den Körper hineinzubringen, dass man in Österreich sagt, Ja, das habe ich noch nirgends gehört, dass einer Nein gesagt hat. Wir brauchen diese Reformen also gemeinsam. Aber wir haben also da einen Bundeskanzler der mit uns das behutsam gemacht hat. Und du weißt ja auch selber, und der Herwig hat das ja auch gesagt, gerade was die Professoren ist, er wär ja fast selbst einer geworden, dass die mit 100% ... Da ist jetzt einer zu mir gekommen, du kennst ihn, Sochor. Der hat sich bei mir entschuldigt der Professor, der hat gesagt: Herr Präsident, entschuldige ich geh mit 108% also in Pension. Ich kann nichts dafür. Natürlich kann er nichts dafür und das ist auch völlig falsch, wenn wir also sagen, da sind die Eisenbahner, da sind die Postler und da sind also die ASVGler und da sind also die Professoren, die können nichts dafür, sondern dafür können wir was, weil wir in der Politik also diese Harmonisierung natürlich also nie gemacht haben, sondern jeder hat sein Klientel geschützt. Die einen haben die Beamten geschützt und anderen haben eben die Eisenbahner geschützt. Und das muss sich ändern. Die Menschen müssen jetzt das Gefühl haben, dass wir den Hebel ansetzen und dass wir Gerechtigkeit schaffen und stehen also hinter dieser Reform und dann ist sie auch in Ordnung, liebe Freunde.

Van Staa:

Herr Präsident ich darf dich bitten, dass wir nicht ganz beide in Misskredit kommen.

Dinkhauser:

In Ordnung. Sie haben es schon im Fernsehen gezeigt, habe ich gerade gehört. Ich hoffe, ich bin auch drangekommen. Ich wünsche diesem Parteitag, liebe Freunde, alles, alles Gute. Lieber Wolfgang, du hast uns versprochen am Montag, dass wir da das Eingemachte reden, dass wir das, was wir gemeinsam also brauchen, auch da über die Bühne bringen. Und ich wünsche den Menschen in Österreich, dass wir also gemeinsam einen Weg des sozialen Ausgleichs gehen, und zwar mit der Österreichischen Volkspartei. Alles Gute, Glück auf.

Van Staa:

Aus dem großen Applaus für den Fritz Dinkhauser entnehme ich auch gleichzeitig meine Exculpierung von der Ungehörigkeit dem Fritz Dinkhauser möglicherweise ein bisschen zu viel Redezeit eingeräumt zu haben. Ich habe das aber dadurch kaschiert, dass ich gebeten habe das Licht auszuschalten, dann ist es nicht mehr so genau überprüfbar.

Zu Wort gemeldet ist der Werner Amon.

Amon:

Herr Bundeskanzler, hohes Präsidium, hoher Bundesparteitag!

Nachdem der Fritz Dinkhauser jetzt, und das ist doch mein Eindruck, sich eher für ältere Generation sich so richtig ins Zeug gelegt hat, möchte ich das für die jüngeren machen. Denn, ein bisschen, lieber Fritz, habe ich schon den Eindruck, dass so lange verhandelt werden soll, bis alle mit der Reform zufrieden sind, was aber gleichbedeutend damit ist, dass es dann keine Reform mehr ist. Der Generationenvertrag, von dem so oft geredet wird und der von vielen Seiten beschworen wird, dieser Generationenvertrag hat wie jeder Vertrag zumindest zwei Seiten. Auf der einen Seite jene, die sich im wohlverdienten Ruhestand befinden und auf der anderen Seite jene, die durch ihre aktive Erwerbsarbeit zu diesem Lebensabend, den sich die ältere Generation verdient hat, beitragen. Wenn heute für einen in Pension Befindlichen, etwa zweieinhalb Aktive mit ihren Umlagebeiträgen bezahlen und im Jahr 2030 ein Aktiver für einen in Pension Befindlichen zahlt, dann kann sich jeder ausrechnen, dass sich das schlicht nicht ausgeht. Und meine Damen und Herren und hoher Parteitag, ich bin als junger Abgeordneter absolut dagegen, dass wir diese Reform weiterverschieben und dass wir diese Reform weiterverzögern. Ja wie lange denn noch? Seit 20 Jahren taucht immer wieder in Koalitionsverhandlungen der Punkt der Pensionsreform auf, allein sie haben immer zu kurz gegriffen. All diese Reformen haben zu kurz gegriffen. Und ich bin eigentlich unserem Bundesparteiobermann sehr dankbar, und weil der Fritz sagt, wir wollen den Eindruck haben, dass er die Leute mag und dass sie das auch spüren. Ich habe nicht den Eindruck, dass der Wolfgang Schüssel die Leute nicht mag. Er ist nur nicht einer, der beim ersten Wind schon umfällt, meine Damen und Herren, und deshalb sind wir heute bei über 42% - und aus keinem anderen Grund.

In diesem Sinn, hoher Parteitag, denken wir an den Generationenvertrag. Stellen wir sicher, dass die Eckpfeiler dieser Reform erhalten bleiben, dass es zu einer Harmonisierung und damit zu einer Transparenz und einer höheren Gerechtigkeit des Pensionssystems kommt. Nehmen wir die Eigenverantwortung wahr und ich glaube, dann verstehen uns auch die Leute. Denn die Ängste, die müssen wir ernst nehmen. Wir dürfen die Ängste aber nicht übernehmen, sondern wir müssen sie den Leuten nehmen. Das muss unser Zugang sein. Danke.

Van Staa:

Der nächste am Wort ist Franz Grosch und dann Gerhard Jellasitz. Grosch zuerst. So bitte. Um die Rednerzeit doch einigermaßen einzuhalten, entweder schneller zu reden oder früher aufhören, bitte.

Grosch:

Ja, sehr verehrte Delegierte!

Ich werde mich beeilen. Ich bin Christgewerkschafter und Vizepräsident der steirischen Arbeiterkammer. Ich bin stolz, Delegierter zu sein bei diesem Bundesparteitag. Ich bin auch begeistert über die Breite der Volkspartei, die sich heute hier repräsentiert hat und ich hoffe, meine Damen und Herren, ich hoffe, dass die Ergebnisse dieses Bundesparteitages ausreichen werden, um angekündigte Streiks zu vermeiden. Schaffen wir Lösungen für die Menschen, die erklärbar sind, die gerecht sind und ausgewogen sind und wir werden den sozialen Frieden in diesem Land erhalten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben ja schon Erfahrungen mit Pensionsreformen 93, 2000 und gerade im Jahr 2000 sind natürlich ein paar statistische Zahlen aufgetaucht, die ich jetzt natürlich hier nicht vorenthalten möchte. Wir haben mit 2000 mit der Pensionsreform eine Steigerung der Altersarbeitslosigkeit gehabt insofern, dass die über 60-Jährigen zu 150% stärker die Arbeitslosenstatistik belasten und wir sind bereits bei 50% der Pensionisten, die direkt von der Arbeitslosigkeit in die Pension wechseln. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen natürlich damit rechnen, dass eine neuerliche Anhebung des Pensionsalters zu mehr Arbeitslosen führen wird, das ist leider der Fall. Daher gefällt mir eines im Regierungsprogramm ganz schlecht, nämlich wenn ich lese, dass die Notstandshilfe, die Notstandshilfe eine Versicherungsleistung der Arbeitslosenversicherung, wenn diese Notstandshilfe in die Sozialhilfe der Länder übertragen werden soll, sozusagen eine Aussteuerung der Arbeitslosen und noch dazu in die Sozialhilfe, was bedeutet, dass die Gemeinde, die unterste Struktur der Verwaltung, noch mehr Aufgaben bekommt, noch mehr Belastungen bekommt. Und, was auch wichtig ist, Sozialhilfe ist ja eine Leistung, die zurückzuzahlen ist. Hat jetzt jemand 40 Jahre einbezahlt in das System und jetzt das Pech, dass er arbeitslos wird im Alter und die Arbeitslosigkeit ausläuft, Notstandshilfe anfällt, dann kann passieren, dass der in die Sozialhilfe fällt, dort in Wahrheit auf Vermögen zurückgegriffen wird, Rückzahlungen erfolgen müssen, Eltern-Kinder-Haftung und alles, was wir in der Sozialhilfe kennen. Ich denke, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, hier haben wir als christlich-soziale Partei eine Verantwortung und ich bitte, dieses Vorhaben des Regierungsprogramms jedenfalls zu streichen. Die Pensionsreform muss jedenfalls eine Lebensstandardsicherung beinhalten, eine gerechte, und zwar eine sozialgerechte Sicherung auch für die junge Generation und hier möchte ich den Präsidenten Leitl ansprechen, der die sozialpartnerschaftliche Lösungskompetenz angeboten hat in diesem Konflikt und hier glaube ich, dass eine weitere Lösungskompetenz gefragt ist, nämlich jene Lösungskompetenz – ich bin gleich fertig – die Lösungskompetenz, dass wir nicht von der zweiten oder dritten Säule der Versorgung, der Altersversorgung reden dürfen, sondern sie auch in Kraft treten lassen müssen, und die zweite Säule wäre recht einfach über die Sozialpartnerschaft einzubringen, indem wir in zwei intelligenten Lohnrunden die Betriebspensionen einführen, flächendeckend und auch für die junge Generation, die in 30 Jahren erst in Pension geht oder später, ein zweites Standbein haben, das durch die Lücken, die durch die erste Standbeinreduzierung dann kommt, auch durch ein flächendeckendes System auch hier abgedeckt wird. Kolleginnen und Kollegen wir sind eine christlich soziale Partei, besinnen wir uns auf diese Grundwerte und

schauen wir uns das an, dass die Politik für den Menschen da zu sein hat und nicht umgekehrt. Dankeschön.

Van Staa:

Vielen Dank. Der nächste, der am Wort ist, ist Gerhard Jellasitz und dann möge sich die Abgeordnete Hackl vorbereiten. Bitte.

Jellasitz:

Meine Damen und Herren!

Auch ich habe drei Kinder und soll jetzt mithelfen die Pension meiner Kinder zu kürzen. Gleichzeitig aber auch ihre Pension zu sichern, d.h. es ist Augenmaß und Verantwortung von uns verlangt, denn ich werde auch Rechenschaft zu geben haben, einmal für das, was ich jetzt tue und wozu ich beitrage. Wir haben derzeit vier Gruppen in der Gesellschaft die besondere Verantwortung haben, aber auch die Menschen verunsichern, das sind die Experten, die Journalisten, die Politiker und die Bürokraten. Zu den Experten: Ende der 60er Jahre haben mir hunderte Experten über den Club of Rome eingeredet, dass in den 90er Jahren die Welt untergeht. Gott sei dank hat sich die Welt nicht an ihre Ratschläge gehalten. In den 70er Jahren ist Kreisky mit 1000 Experten gekommen, das Ergebnis ist bekannt. In den 80er Jahren haben mir hunderte Experten auch in der eigenen Partei eingeredet, dass wir Zwentendorf brauchen, sonst geht in den 90er Jahren das Licht aus. Gott sei dank haben sie sich auch geirrt. Wir haben 20 Milliarden Schilling vergeudet, die könnten wir jetzt gut brauchen für die Pensionssicherung. In den 90er Jahren reden mir Experten ein, die Pensionen sind nicht finanzierbar. Ich bin sicher, sie irren sich wie alle Experten in den letzten Jahrzehnten. Zu den Journalisten: Die Journalisten, meine Damen und Herren, schüren derzeit Neid, Missgunst, Emotionen und spielen uns gegenseitig aus, und sie schreiben nach den Stammtischstimmungen. Das müssen wir doch wissen und geben wir uns nicht als nützliche Idioten für die Journalisten oder für die Medien her. Sie richten ihre Aussagen und ihre Schreibung nach den Auflagen, nach den Einschaltquoten und nach den Marktanteilen. Daher, meine Damen und Herren, schauen wir auch auf die Ausgaben und auf die Einnahmen. Bei den Einnahmen verhindern wir die Steuerflucht der Konzerne, der Großbetriebe. Europa muss nicht nur eine Wirtschaftseinheit, sondern auch eine Währungs-, eine Sicherheits- und eine Steuereinheit werden, dann haben wir auch mehr Einnahmen im Budget. Daher auch kritische Aufmerksamkeit auf die WTO, auf GATS. Nicht alle Liberalisierungen, Privatisierungen sind positiv. Die haben oft zur Folge, dass zigtausende Menschen den Arbeitsplatz verlieren und daher, meine Damen und Herren, gilt es jetzt das Maß zu finden und ich danke dem Bundeskanzler, er hat das Recht auf unsere Loyalität. Er hat natürlich auch die Pflicht, auf uns zu hören. Und mit Verantwortung und nach christlichen Grundwerten und Grundsätzen zu entscheiden. Und lieber Wolfgang, Hut ab, du sitzt seit Stunden hier und hörst uns geduldig zu, das zeichnet dich aus, großes Kompliment und Respekt allein für diese Geste. Danke dafür. Daher meine Damen und Herren, meine Botschaft: Nicht streiten, nicht streiken, sondern gleiten. Geben wir uns gegenseitig die Chance vernünftige Übergangsfristen zu schaffen, den Vertrauensschutz zu wahren und keine sozialen Härten zuzulassen. Und abschließend, lieber Herr Bundeskanzler, gebe ich dir zwei burgenländische Bauernregeln mit: "Streiten die Eisenbahner im April, macht die Regierung was sie will. Streiken die Beamten im Mai, ist schon alles vorbei. Daher nimm mit deiner sprichwörtlichen Gelassenheit. Nimm die guten Ratschläge, die brauchbaren, mit und mache es in der bewährten Art und Weise und führe uns weiterhin zum Erfolg. In Ewigkeit Amen.

Van Staa:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Hackl und dann kommt der Abgeordnete Tancsits.

Hackl:

Hohes Präsidium, Herr Bundeskanzler, liebe Freundinnen und Freunde!
Ich gebe zu, ich bin mir halt ein paar Mal vorgekommen wie im falschen Film, wie in einem falschen Film, vielleicht auch lieber Fritz, als du das Wort ergriffen hast, weil ich habe mich zurückerinnert, da war ich 20 während des Studiums als wir die ganze Welt gut und schön geredet haben und vielmehr als heute gewusst haben, was richtig ist und was gemacht gehört, sind wir alle dagesessen und haben gesagt, wir brauchen eine Pensionsreform. Und wir waren uns alle voller Verzweiflung einig, indem wir gesagt haben, die Politiker, die da oben, die machen das eh nie, weil die denken nur an die nächste Wahl und so etwas ist schwierig und so etwas fordert von jedem einzelnen von uns Kraft, Überzeugung, Wissen, dass es notwendig ist und das Richtige tun. Und wir haben festgestellt, es ist trotzdem wahr geworden und, meine lieben Freundinnen und Freunde, wer, wenn nicht wir, und wer, wenn nicht wir mit unserem Bundeskanzler Schüssel, können diese jahrzehntelangen Hoffnungen mittlerweile ganzer Generationen wahr machen, dass keiner mehr von irgendeinem jungen Menschen hören muss: „Ich bekomme eh keine Pension mehr.“ Und es richtig, dass wir da und dort noch nachjustieren müssen. Das ist bei jedem Gesetz so, das ist normaler parlamentarischer Prozess und mit einer Kultur wie wir sie in der ÖVP immer gepflegt haben, ist ein Ausgleich immer zustande gekommen und das werden - und das müssen - wir auch jetzt schaffen. Und ich hoffe, dass von diesem Parteitag viel mehr hängen bleibt, auch in der Öffentlichkeit, als nur wir müssen etwas ändern. Das Signal, das wir aussenden müssen ist, wer, wenn nicht wir, denkt in Generationen über den nächsten Wahltag hinaus und vertritt das auch dann, wenn es nicht leicht gegenüber den Menschen ist. Und darum bitte ich euch heute alle, wir dürfen es uns nicht leicht machen, auch nicht leicht, indem wir mit dem Strom erst einmal schimpfen, sondern wir sollten es uns zur Aufgabe machen, zumindest von heute an, vor jedes kleine "aber" im Zuge dieser Reform ein "wir brauchen" diese Reform zu stellen.

Van Staa:

Jetzt Walter Tncsits und dann kommt Staatssekretär Kukacka.

Tancsits:

Hohes Präsidium, Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren!
So ziemlich zum Ende der Pensionsreformdebatte möchte ich als ÖAAB-Funktionär, der hier heute für einen ÖAAB spricht, der Bedenken angemeldet hat, aber ich glaube, viel mitgestaltet hat. Festhalten an den Eckpunkten einer notwendigen Pensionsreform, daran hat eigentlich niemand gezweifelt. Diese Eckpunkte sind: Wir müssen das Antrittsalter erhöhen und wir würden uns alle miteinander viel leichter tun, wenn die Regierungen vor der Regierung Schüssel den Mut dazu gehabt hätten. Sie haben das Problem ja auch erkannt. Es hat niemand angezweifelt, dass es gerechter ist, die gesamten im Leben erarbeiteten Beiträge für die Bemessung der ersten Säule der Pension heranzuziehen. Es sind auch die Enddaten 2010, wo uns alle Experten sagen, am Arbeitsmarkt haben wir weniger Probleme, man wird ältere Fachkräfte suchen. 2030, wo die Chance besteht eine zweite und dritte Säule aufgebaut zu haben. Wir sprechen für meinen Geschmack viel zu wenig davon, dass wir mit 1. Jänner 2003, und das ist unsere Handschrift, ja die Einleitung für diese

zweite und dritte Säule geschafft haben und ich davon überzeugt bin, dass wir damit einen ganz gewaltigen Vermögensbildungsschub eingeleitet haben, der wahrscheinlich nur mit dem zu vergleichen ist, was vor einem halben Jahrhundert unsere Vorväter mit der Schaffung des Wohnungseigentums gemacht haben. Die Grundlage dafür ist das Vertrauen, das wir am 24.11. bekommen haben, bei den Jungen, bei den Älteren, bei den Frauen, bei den Arbeitnehmern. Und ich bitte euch diese Reform so zu gestalten, dass wir genau diese Gruppen nicht enttäuschen, sondern den Wählerauftrag, eine sozialverträgliche Altersvorsorgereform zu machen, umsetzen. Dass wir es so umsetzen, dass wir nicht eine Generation gegen die andere ausspielen. Ich gebe es ehrlich zu, ich habe auch bei gewissen Schlagabtauschen hier gelacht, aber wir waren schon nahe daran, Junge gegen Alte auszuspähen, das dürfen wir nicht machen. Wir haben am 24.11. bei den über 60-Jährigen und bei den unter 30-Jährigen eine Mehrheit gehabt und das soll in Zukunft so bleiben und mit den notwendigen Abrundungen, die heute diskutiert wurden, von Landeshauptmann Pühringer begonnen bis fast zu jeder Wortmeldung, bin ich überzeugt davon, dass diese Pensionsreform Grundlage für die nächsten Wahlerfolge sein kann und sein wird, denn mit dem sozialen Profil hat die Regierung Schüssel I den Erfolg 2002 gelegt. Ich bin überzeugt davon, dass dieser Antrag und die anderen sozialpolitischen - gerade des ÖAAB - Grundlage sein können für den nächsten und kommenden Wahlerfolg der Österreichischen Volkspartei.

Van Staa:

Helmut Kukacka ist der nächste Redner.

Kukacka:

Hoher Bundesparteitag!

Das war bisher ein spannender Parteitag, kein vordergründiger Jubelparteitag. Und ich rechne es dem Bundesparteiohmann hoch an, dass er diesen Parteitag nicht als solchen inszenieren hat lassen. Obwohl wir seit über 30 Jahren zum ersten Mal wieder den Bundeskanzler stellen und seit Jahrzehnten wieder die stärkste Partei in diesem Lande sind, meine Damen und Herren. Aber Jubelparteitage sind auch nicht das was Österreich braucht. Österreich braucht die Auseinandersetzung um die großen Zukunftsthemen dieses Landes, meine Damen und Herren. Sachliche Auseinandersetzungen, klare Positionen, kritische Antworten zu den großen Fragen und Herausforderungen, das ist es, was die Bevölkerung von uns verlangt und das ist es, was wir als Österreichische Volkspartei als Antwort bieten müssen. Und meine Damen und Herren, wir müssen vor allem auch zeigen, dass die Sozialistische Partei inhaltlich abgedankt hat. Dass sie zu den großen Themen dieses Landes nichts zu sagen hat. Wir haben doch alle registriert in diesen letzten Tagen, dass Gusenbauer und Co. zu Wohlstandssicherung in Österreich nichts zu sagen haben, dass sie sich darauf reduzieren, welche feinen Weine zu vorzüglichen Speisen gereicht werden sollen. Liebe Freunde, Gusenbauer ist vielleicht zum Mundschenk der Nation geeignet, ganz sicherlich aber nicht zum Bundeskanzler dieses Landes. Dass Sozialisten und Grüne abgetreten sind in diesem Lande, inhaltlich meine ich, das sehen wir. Dass aber auch dort, wo sie Regierungsverantwortung haben, sie nichts zustande bringen, das zeigt doch auch das Beispiel von Rot-Grün in der Bundesrepublik. Die Rot-Grüne Koalition liegt im Streit miteinander um die dortige Pensionsreform, und Bundeskanzler Schröder ist in seiner Partei heftig umstritten, weil er die Partei nicht auf eine klare Linie einigen kann. Dort wird in der SPD sogar vorgeschlagen, dass das Rentenaltersalter auf 67 Jahre erhöht werden soll und die Wankelmütigkeit und die Mutlosigkeit und die Schwäche dieser Rot-Grünen

Regierung zeigt sich auch darin, dass nun wieder ein demographischer Faktor eingeführt werden soll, um der weiteren Alterung der Gesellschaft Rechnung zu tragen. Die Regierung Kohl hat einen solchen demographischen Faktor bereits einmal eingeführt, liebe Freunde. Aber die Rot-Grüne Nachfolgeregierung hat ihn nach ihrem Wahlsieg 1998 wieder gekippt und jetzt wird er verschärft wieder eingeführt. Das zeigt doch nur, wie vordergründiger Populismus und politische Realitätsverweigerung schließlich doch noch von der wirtschaftlichen und demografischen Wirklichkeit eingeholt werden, meine Damen und Herren. Und das sollte uns doch auch eine Warnung in Österreich sein. Geistige Führung zu bieten, geistige Führung zu bieten der Gesellschaft, unseren österreichischen Mitbürgern zu zeigen, welche Probleme in diesem Lande anstehen und ihr zu sagen, wie sie gelöst werden, also Führungs- und Problemlösungsfähigkeit zu zeigen, das ist die Aufgabe vor der die Österreichische Volkspartei steht. Nur dann, liebe Freunde, werden wir unserer Verantwortung vor der Zukunft gerecht. Und Verantwortungs- und Führungsfähigkeit und auch die Erkennbarkeit eines klaren politischen Profils das sich auch von den anderen Parteien unterscheidet, das wird letztlich auch vom Wähler honoriert und auch honoriert, wird das Aussprechen von Wahrheiten, auch wenn sie manchmal unangenehm sind. Und wir dürfen uns auch nicht vom Übermaß der gesteuerten oppositionellen Empörung zur Pensionsreform anstecken lassen. Und wir müssen darauf achten, dass wir damit nicht der Opposition in die Hände spielen. Es wird deshalb sehr stark auch auf die Wortwahl und die Tonalität in den nächsten Wochen ankommen, damit sich dieses Thema nicht gegen uns richtet und darauf darf ich, liebe Freunde, auch ersuchen.

Van Staa:

Das war jetzt der letzte Redner. Es steht also der Antrag, die beiden Anträge 12 und 28 an den Fachausschuss für Soziales und Pensionen zuzuweisen. Gibt es eine Gegenstimme? Das ist nicht viel. Wie viele Gegenstimmen, 1, 2, 3, 4, 5, noch weitere Gegenstimmen, 7, noch, 8. Enthaltungen? Mit 8 Gegenstimmen und keiner Enthaltung angenommen. Damit darf ich meine Vorsitzführung beenden, Ihnen allen herzlichen danken für die hochkarätige Diskussionskultur, die Sie gezeigt haben und den persönlichen Wunsch an den Herrn Bundeskanzler richten, bei der Berücksichtigung aller hier vorgebrachten Wünsche auch ein bisschen daran zu denken, dass Sepp Pühringer und ich am 28. September Wahlen haben. Und jetzt darf ich dem Parteiobmann vom Burgenland den Vorsitz übergeben.

Steindl:

Danke Herwig. Meine sehr geehrten Damen, meine Herren!
Der Bundesparteitag ist fest in burgenländischer Hand und bevor wir mit der Debatte fortfahren möchte ich euch ein Kompliment aussprechen: Ich habe sehr viele Parteitage erlebt, aber nicht einen wie diesen mit so vielen Wortmeldungen, und diese Wortmeldungen waren alle konstruktiv, sachlich, in einer freundschaftlichen Art und auf einem hohen Niveau, das ist Marke ÖVP.
Ich verspreche, dass es jetzt sehr schnell geht. Wir kommen zum Antrag Nr. 13. Es liegt mir keine Wortmeldung vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit diesem Antrag einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Delegiertenkarte geben. Danke. Gegenstimme. Keine Gegenstimme. Stimmenthaltung. Auch nicht, der Antrag ist einstimmig angenommen.
Wir kommen zum Antrag 14. Hier gibt es eine Wortmeldung, nämlich der Herr Präsident Fritz Grillitsch, der sich gleichzeitig auch zum Antrag 15 zu Wort gemeldet hat. Bitte Fritz.

Grillitsch:

Herr Vorsitzender, hoher Bundesparteitag!

Zu den Anträgen „Sicherung des Eigentums“ und Erhaltung einer flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft, gleich zusammen. Aber eingangs erlauben Sie mir zu erinnern, warum hat die Österreichische Volkspartei diese Wahl gewonnen. Weil die Menschen vertraut haben und wissen, dass das eine stabile, kalkulierbare, planbare Volkspartei ist. Und weil sie wissen, dass Wolfgang Schüssel jener Bundeskanzler ist, der nach den Wahlen das tut, was er vor den Wahlen gesagt hat. Und das sollten wir uns auch, meine lieben Damen und Herren Delegierten, auch für die Zukunft vornehmen, um weiterhin für Österreich entsprechend erfolgreich gestaltend wirken zu können.

Zu meinem Antrag „Sicherung des Eigentums“. Gerade als Vertreter des Bauernbundes sage ich, und ich glaube auch ein bisschen mit Stolz, dass ich froh bin als Bauernbund in der Österreichischen Volkspartei integriert zu sein, weil die Österreichische Volkspartei sich zum Prinzip des starken und freien Privateigentums bekennt. Und weil es uns gelungen ist, durch dieses Bekenntnis in Österreich mit Verantwortung und Kompetenz eine Kulturlandschaft aufrechtzuerhalten, von Menschenhänden geprägt und bewirtschaftet, die heute die meisten Menschen in Österreich für schützenswert finden. Und daher bitte ich Sie auch mitbeizutragen, das Eigentum entsprechend abzusichern, mit in die gesellschaftspolitische Diskussion einzubringen, weil wir diesen Respekt und diese Akzeptanz der Eigentumsrechte ganz ganz besonders auch in Zukunft und vor allem bei den künftigen Herausforderungen brauchen wollen, um letztlich auch die Sehnsüchte der Menschen und der Gesellschaft decken zu können.

Zu meinem zweiten Antrag, ganz kurz. Rotlicht leuchtet. Erhaltung einer flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft. Unser Land, unser Österreich gehört zu jenem Land mit einem der höchsten Lebensqualität. Und die Menschen und, es leben über 1 Million Menschen auf den Bauernhöfen, meine Damen und Herren, und die Gesellschaft, die österreichische Gesellschaft, die europäische Gesellschaft hat ein glasklares Anforderungsprofil an die bäuerlichen Familien, nämlich dass wir sichere Lebensmittel produzieren, dass wir umweltgerecht produzieren, dass wir die Landschaft offen halten und dass wir Dienstleistungen zur Verfügung stellen. Und dafür brauchen wir, meine Damen und Herren Delegierten, faire Preise und vor allem aber auch politisch langfristig kalkulierbare Rahmenbedingungen, vor allem auch für die künftigen Herausforderungen einer gemeinsamen Agrarpolitik in Europa der WTO-Verhandlungen und das bitte ich Sie, hier auch unsere Anträge entsprechend zu unterstützen.

Steindl:

Danke Fritz Grillitsch. Es liegt mir keine Wortmeldung vor. Ich komme zur Abstimmung. Es wird empfohlen, diesen Antrag an den Fachausschuss für Budget, Finanzen und Steuerpolitik zuzuweisen. Wer damit einverstanden ist, möge mit der Karte ein Zeichen geben. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Antrag 15. Hier liegt mir keine Wortmeldung vor. Wir kommen zur Abstimmung. Hier wird empfohlen, die Annahme. Wer damit einverstanden ist, ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. Danke. Gegenstimme. Stimmenthaltung. Ebenfalls einstimmig angenommen.

Wir kommen zum 16. Hier gibt es eine Wortmeldung. Ich bitte den Herrn Nationalrat Ing. Hermann Schultes ans Rednerpult.

Schultes:

Hoher Bundesparteitag!

Der Antrag 16 beschäftigt sich mit der Frage Binnenmarkt und Betriebsmittel. Wir haben in Österreich in der Landwirtschaft einen sehr hohen Standard in unserer Produktqualität. Wir bringen Frische, wir haben hohe Verlässlichkeit, wir haben Nachvollziehbarkeit. Wir haben aber das Problem, dass wir im Bereich der Kosten noch immer nicht den offenen europäischen Wettbewerb haben. Wir haben aber den Wettbewerb bei unseren Produkten mit ganz Europa. Wir brauchen Aktivitäten der Kommission, damit die Zulassung von landwirtschaftlichen Fahrzeugen, von Pflanzenschutzmittel europaweit einheitlich geregelt wird, damit da Bürokratie und Kosten vermieden werden können. Wir brauchen einheitliche Standards in der Besteuerung unserer Kraftstoffe, Agrardiesel. Und deshalb beschäftigt sich dieser Antrag damit, die ÖVP möge in der Bundesregierung darauf einwirken, dass Österreich auch in Brüssel und im eigenen Spielraum diese Maßnahmen setzt, weil sie längst überfällig sind. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Steindl:

Dankeschön. Es liegt mir zu diesem Antrag keine Wortmeldung mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung. Empfohlen wird die Annahme. Wer damit einverstanden ist, ein Zeichen mit der Karte. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Antrag 17. Hier gibt es eine Wortmeldung von meinem Freund Jakob Auer. Bitte Jakob.

Auer:

Hohes Präsidium, geschätzter Bundesparteitag, meine Damen und Herren!
Der Punkt 17 beschäftigt sich mit einem Thema, bei welchem bereits länger als bei den Pensionen Reform und Gerechtigkeit versprochen wurde, wo aber wesentlich weniger als bisher an Reformen und an Gerechtigkeit durchgeführt wurde, nämlich dem Finanzausgleich. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, einer Regelung in Hinkunft zuzustimmen, nämlich zur Sicherung der Chancengleichheit der Bevölkerung im ländlichen Raum, wie sie im Regierungsprogramm vorgesehen ist, für einen aufgabenorientierten kommunalen Finanzausgleich sich einzusetzen. Dabei soll im Sinne der Solidarität auf die soziale und wirtschaftliche Situation sowie auf die Einkommenssituation im ländlichen Bereich im Sinne des gerechten Ausgleiches diese Aufgabe Berücksichtigung finden. Der Professor Lehner und der Professor Schneider, beide international herzeigbare Kapazitäten, sagen ausdrücklich, dass der derzeit bestehende Finanzausgleich bei weitem nicht mehr der Realität entspricht, dass eine Regelung, welche 45 zur Behebung von Kriegsschäden Gültigkeit hatte, im Jahre 2003 endlich zu reformieren ist. Meine Damen und Herren, ich stelle klar und eindeutig fest, wenn irgendjemand, nämlich der Präsident Mödlhammer in einer Großstadt gemeldet ist, ist er das Doppelte wert als in seiner Gemeinde, aber Steuer zahlen darf er in seiner kleinen Gemeinde ganz dieselbe als der andere Staatsbürger in der großen Gemeinde, aber beim Rückfluss der Bundesertragsanteile ist er nur die Hälfte wert. Ich bitte Sie daher eindringlich endlich einmal Gerechtigkeit walten zu lassen, und in Schritten für die Änderung des kommunalen Finanzausgleiches zu Gunsten des ländlichen Raumes und der finanzschwachen Gemeinden Sorge zu tragen.

Steindl:

Danke. Lieber Jakob, als ehemaliger Bürgermeister kann ich das nur unterstreichen. Es liegt mir keine Wortmeldung mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung, Empfohlen wird die Annahme. Wer dafür ist, ein Zeichen mit der Karte. Danke. Gegenprobe. 1, 2, 3, 4, 5 Gegenstimmen. Stimmenthaltungen. 1 Stimmenthaltung. Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Antrag Nr. 18. Hier liegt mir keine Wortmeldung vor. Ich kommen zur Abstimmung. Empfohlen wird die Zuweisung an den Fachausschuss. Wer damit einverstanden ist, ein Zeichen mit der Karte. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung. Antrag wurde hiermit einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Antrag Nr. 19. Hier gibt es eine Wortmeldung. Ich bitte die Frau Landtagspräsidentin Angela Ortner ans Rednerpult.

Ortner:

An sich, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, bin ich wirklich begeistert vom Parteitag. Ich habe noch keinen Parteitag meiner, unserer Österreichischen Volkspartei erlebt, wo so viel über Frauen gesprochen wurde, wo so anerkannt wurde, das was sie leisten und das was sie tun und so viele Männer und Frauen das Wort ergriffen haben, um zu sagen, das was sie tun in der Kindererziehung, in der Betreuung auch der alten Menschen, das unterstützen wir, das ist wichtig, das ist wertvoll, das sichert die nächsten Generationen, das sichert das hier und heute und das ist gut, das wollen wir haben. Darüber freue ich mich und ich bedanke mich bei allen, die für uns Frauen das Wort ergriffen haben. Die anerkennen, die wertschätzen das, was Frauen tun und um genau das geht's in unserem Antrag, den die Österreichische Frauenbewegung eingebracht hat. Nicht nur in der Sozialpolitik so wie heute, nicht nur in der Familienpolitik, sondern in allen Politikfeldern, Frauenpolitik mit zu berücksichtigen, mitzudenken, mitentscheiden zu lassen. In der Wirtschaftspolitik darauf zu achten, dass Frauen den gerechten Anteil auch am wirtschaftlich erbrachten Kuchen haben. Dass wir in der Arbeitsmarktpolitik darauf schauen. Dass Frauen in die guten Positionen, in die guten Berufe hineinkommen. Dass wir die Einkommensschere verringern können. Dass wir letztendlich damit auch erreichen, dass die Pensionen der Frauen höhere werden. Dass wir von dem, was wir uns erarbeiten, auch im Alter leben können. Frauenpolitik ist auch Bildungspolitik. Gerade in den letzten Jahren ist hier so viel aufgeholt und so viel getan worden. Für das bin ich dankbar, denn auf dem Wegweiser in die Zukunft steht Bildung und das brauchen wir, darum bitten wir darum, unseren Antrag nicht nur heute zu unterstützen, sondern alle, die Verantwortung haben, in unserem Land, Herr Bundeskanzler, alle Mitglieder, alle Damen und Herren der Bundesregierung, alle in den Ländern daran mitzuarbeiten, dass über alldem, was wir tun, stehen kann "100% Frau, 100% Wert".

Steindl:

Dankeschön, Angela Ortner. Es liegt mir zu diesem Antrag keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen zur Abstimmung. Empfohlen wird die Zuweisung an den Fachausschuss. Wer damit einverstanden ist, möge mit der Delegiertenkarte ein Zeichen geben. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung. 1, 2 Stimmenthaltungen. Ja, damit ist dieser Antrag mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Antrag Nr. 20. Hier gibt es drei Wortmeldungen. Ich bitte die Frau Abgeordnete Silvia Fuhrmann ans Rednerpult.

Fuhrmann:

Hohes Präsidium, hoher Parteitag!

Ich weiß, viele beginnen schon am Stuhl zu wetzen, aber ich verspreche ich mache es ganz kurz. Wir sind als junge ÖVP mit einem Paket von sieben Anträgen jene Teilorganisation, die zuletzt zu Wort kommt, trotzdem hoffe ich, dass noch genügend Aufmerksamkeit vorhanden ist, um auch diese zu diskutieren bzw. abzustimmen. Ich möchte als Erstrednerin der Jungen ÖVP auf alle sieben Anträge ganz kurz eingehen, um es auch zu verkürzen und nur kurz ansprechen, um welche Teilbereiche es sich hierbei handelt. Ein wichtiger Antrag, der auch konform geht auch mit dem, was bereits im Regierungsprogramm festgehalten ist, ist die Forderung - uns bereits zugesagt - nach einer Umverteilung der Lebensverdienstkurve, das möchte wir hier in diesem Gremium auch noch einmal bestärkt wissen, wo es darum geht auf der einen Seite für die Lebenssituation, und auf der anderen Seite auch im Sinne des Pensionssystems etwas zu machen. Zwei Punkte, die entscheidend sind für die Umverteilung der Lebensverdienstkurve, in Vorarlberg und Oberösterreich ist es ja bereits eingeführt. Die Steiermark diskutiert auch. Die Lebenssituation der jungen Menschen schaut so aus, dass man zu Beginn des Erwerbslebens, wenn man Haus baut, wenn man Eigentum schafft, mehr Kapital braucht als kurz vor der Pension und das Zweite ist, wenn ich im Sinne der dritten Säule etwas ansparen will, dann brauche ich dafür auch das nötige Kapital, was ich auch ansparen und auf die Bank tragen kann sozusagen. Das beinhaltet den ersten Antrag. Ein zweiter Antrag beschäftigt sich mit der Forderung die ebenfalls im Regierungsprogramm bereits festgehalten ist, trotzdem ist es uns wichtig, dass in dem Kreise abgestimmt zu wissen. Der Jugendcheck auf alle Gesetze. Im Regierungsprogramm ist die Jugend- und Familienverträglichkeitsprüfung nachzulesen, wo es einfach darum geht, dass kein Gesetz beschlossen werden soll, dass im Sinne der Generationen - für unsere Zielgruppe gesprochen: Jugend - einen Nachteil haben soll. Dann kommen drei Anträge, die sich mit dem Themengebiet Mobilität beschäftigen, zwei davon mit dem Individualverkehr, einer davon mit dem öffentlichen Verkehr. Bei dem Individualverkehr geht es um eine Generalreform des Fahrschulmarktes, wo wir vor allem darauf setzen, mehr Wettbewerb zuzulassen. Es kann nicht sein - aber derzeit ist es aber so - dass es in Schilling noch ausgedrückt, in Wien mich 21.000 Schilling kostet einen B-Führerschein zu machen und in Kärnten nur 14.000 Schilling. Das sind Reformen, die im Strukturbereich notwendig sind und diese soll man angehen dürfen. Auf der anderen Seite im öffentlichen Verkehr, zum Jugendticket, möchte ich sagen, ich empfinde es als Ungerechtigkeit, wenn bei den Wiener Linien ein Jahresticket für Senioren angeboten wird um 204 Euro und für Jugendliche um 409 Euro, also fast das Doppelte. Das gleiche bei den Linzer Linien, da kostet ein Jugendticket 297 Euro und ein Seniorenticket 167 Euro, also fast wieder nur die Hälfte. Das ist eine Ungerechtigkeit. Zwei weitere Anträge, die wir noch eingebracht haben, beschäftigen sich mit Themengebieten, die nicht nur junge Menschen betreffen, aber wo wir uns darum annehmen möchte. Das erste betrifft eine Gesamtreform des Sexualstrafrechtes, und zwar aus jener Überlegung heraus: Es kann nicht sein, dass Vermögensdelikte härter bestraft werden als z. B. Delikte am Menschen, wie Vergewaltigung. Derzeit ist es aber, das vor allem bedingt durch Ermessen des Richters, möglich. Das möchten wir geändert wissen. Und der letzte Punkt beschäftigt sich mit der Weiterentwicklung des Medienstandortes Österreich, der Staatssekretär Franz Morak war hier, nicht viel von Reform zu spüren. Viel an Kreativpotential, junge Menschen sind nach Deutschland abgewandert. Ich glaube, dass trotz Rezession in der Medienbranche Wachstumsmöglichkeiten da sind, dass dies eine Wachstumsbranche ist, dass muss man nutzen. Dementsprechend auch hier ein paar Punkte, und jene sieben Anträge würde ich bitten, nicht nur wie es die Antragsprüfungskommission empfunden hat, den diversen Ausschüssen

zuzuweisen, sondern vieles davon steht im Regierungsprogramm und ich glaube, dass wir in dem Kreis hier durchaus einen Schritt nach vor gehen dürfen und nicht zurück und diese generell annehmen. Darum würde ich Sie ersuchen.

Steindl:

Danke Silvia Fuhrmann. Wir bleiben aber dennoch beim Antrag Nr. 20. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Mag. Thomas Winsauer. Danach Gerhard Roder.

Winsauer:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, hoher Bundesparteitag!
Lassen Sie mich die Worte von meiner Vorrednerin, JVP Bundesobfrau Silvia Fuhrmann, verstärken. Ich möchte mich zur Gesamtreform des Sexualstrafrechtes noch etwas vertiefen. Es geht uns eben darum, eine stärkere Pönalisierung dieser ganz abscheulichen Delikte zu haben. Es geht uns aber vor allem auch darum, die Untergrenzen anzuheben in diesem Bereich. Was wir wollen, dass der Unwertcharakter vor allem dieser Delikte ganz klar zum Ausdruck kommt. Es geht uns hierbei nicht um das Auspielen von Vermögens- gegen Sittlichkeitsdelikte, wir halten das beides für sehr hoch zu sichernde Schutzgüter. Aber es geht uns eben um das Aufzeigen des Unwertcharakters. Wir wollen auch nicht nur nach Höchststrafen rufen und diese fordern anzuheben, das ist meines Erachtens auch für angehende Juristen nicht immer die beste Lösung, sondern es geht uns vor allem eben um das Anheben der Untergrenzen, damit hier eben nicht so viel Spielraum herrscht. Lassen Sie mich ein Beispiel kurz ausführen. Etwa pornografische Darstellung mit Unmündigen wird pönalisiert von 0 bis 2 Jahren. Uns erscheint dies gerade im Hinblick auf die Internetkriminalität, die immer größere Formen annimmt und sehr unkontrolliert ist, ganz, ganz wichtig, dass hier diese Untergrenze entsprechend auf mindestens 1 Jahr angehoben wird, und das ist nur ein Beispiel von vielen. Wir wollen eben diese Maßnahmen setzen, dass die Kinder und Jugendlichen geschützt werden von diesen Dingen, wo sie sich womöglich das ganze Leben nicht mehr erholen können und deswegen ist es uns wichtig, dass der Unwertcharakter dieser Delikte aufgezeigt wird und noch einmal die Untergrenzen entsprechend angehoben werden. Deswegen fordern wir Sie auch auf, geschätzter Bundesparteitag, wir möchten dazu folgenden Gegenantrag stellen, dass wir diesen Antrag nicht zur Zuweisung empfehlen, sondern wir wollen eine Abstimmung über diesen Antrag und ich stelle hiermit formal diesen Gegenantrag und bedanke mich für die Aufmerksamkeit und hoffe auf die Unterstützung.

Steindl:

Dankeschön. Zu Wort gemeldet hat sich Gerhard Roder. Bitte.

Roder:

Hoher Parteitag, liebe Freunde der Volkspartei!
Andreas Khol hat es getan. Silvia Fuhrmann hat es getan. Hermann Gahr hat es getan und 8400 Österreicher und Österreicherinnen haben es getan. Sie, meine Damen und Herren, werden es hoffentlich heute und morgen noch tun. Ihr fragt euch jetzt, was wir wollen tun, liebe Freunde. Ihr sollt der jungen ÖVP helfen eine große Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen. Ihr sollt uns dabei unterstützen, die Strafen, vor allem die Mindeststrafen für Kindesmissbrauch, drastisch anzuheben. Mag. Petra Unterweger hat sich in wochenlanger Arbeit die Mühe gemacht, eine parlamentarische Bürgerinitiative aufzustellen. Zentrale Forderung dieser Initiative ist es, die Strafen für Kindesmissbrauch zu erhöhen. Diese Bürgerinitiative werden wir

morgen hier im Saal verteilen und ich darf Sie im Namen von Petra Unterweger, von mir, von der ganzen jungen ÖVP bitten, diese Bürgerinitiative zu unterschreiben. Silvia Fuhrmann und die Bundes-ÖVP haben einen Antrag an den Parteitag gerichtet, der zu mehr Gerechtigkeit im Sexualstrafrecht führen soll. Auch hier möchte ich Sie bitten, diesem Antrag zuzustimmen. Liebe Freunde, ich bitte euch, setzt heute und morgen ein Zeichen, ein Zeichen für das Wohl unserer Kinder. Ein Zeichen für die wertvollsten Mitglieder unserer Gesellschaft. Unterschreibt diese Bürgerinitiative und unterstützt diesen Antrag. Die Strafen für Kindesmissbrauch und die Herstellung und den Konsum von Kindesmissbrauch sind in Österreich viel zu gering. So werden z. B. für Herstellung und Vertrieb von Kinderpornografie maximal drei Jahre Freiheitsstrafe angedroht. Der Konsum von Kinderpornografie wird gar nur maximal mit sechs Monaten Haft bestraft. Liebe Freunde, wie kann das sein? Wie kann das sein, dass Kinder missbraucht werden und die Täter mit lächerlichen Strafen davon kommen? Das sind unhaltbare Zustände, die geändert werden müssen, und besonders schrecklich ist es, dass die Opfer ihr ganzes Leben an den Folgewirkungen leiden. Diese Kinder sind enormen psychischen Belastungen ausgesetzt. Die Folge sind auch schlechtere Leistungen in der Schule und dadurch eingeschränkte Berufsmöglichkeiten. Ein Teufelskreis, die Täter stürzen sich nach einem kurzen Gefängnisaufenthalt oft auf ihr nächstes Opfer, liebe Freunde. Die Kinder sind die Schwächsten unserer Gesellschaft, sie benötigen unseren besonderen Schutz, meine Damen und Herren. Liebe Freunde, für diese Initiative brauchen wir eure Unterstützung. Eure Unterstützung und die Unterstützung von Parteichef Bundeskanzler Wolfgang Schüssel. Er steht für Überzeugungskraft und Stabilität. Er hat es geschafft, die Partei nach 30 Jahren SPÖ-Kanzlerschaft wieder an die Spitze zu führen. Und gemeinsam mit ihm werden wir es schaffen, diese Ungerechtigkeiten im Sexualstrafrecht zu beseitigen. In diesem Sinne, liebe Freunde, tut es, unterschreibt morgen diese Bürgerinitiative und stimmt heute für den Antrag der jungen ÖVP und wählt morgen Wolfgang Schüssel.

Steindl:

Dankeschön, das waren dreieinhalb Schlusssätze. Nachdem keine Wortmeldung mehr vorliegt komme ich zur Abstimmung. Es wurde der Antrag ...
... der Antragsprüfungskommission lautet beim Antrag Nr. 20 auf Zuweisung an den Fachausschuss. Es wurde aber bei der Wortmeldung ein Gegenantrag gestellt auf Annahme. Ich lasse daher laut Geschäftsordnung diesen Gegenantrag abstimmen. Wer damit einverstanden ist, dass dieser Antrag angenommen werden soll, möge ein Zeichen mit der Delegiertenkarte geben. Danke. Gegenprobe. 3, 4, 5, 6, 7, 8. 8 Gegenstimmen. Ja, dann brauch ich nicht mehr nochmals abstimmen lassen. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich angenommen worden.
Wir kommen zum Antrag Nr. 21. Hier liegt mir keine Wortmeldung vor. Die Empfehlung der Antragsprüfungskommission lautet Zuweisung an den Fachausschuss. Wer damit einverstanden ist möge ein Zeichen mit der Karte geben. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.
Wir kommen zum Antrag Nr. 22. Hier gibt es eine Wortmeldung. Ich bitte den Herrn Stefan Tauschitz ans Rednerpult.

Tauschitz:

Grüß Gott, Hoher Bundesparteitag!
Es geht in diesem Antrag um die Umwälzung der Mehrkosten vom Mehrphasenführerschein auf Versicherungen oder sonstigen Institutionen. Ich

möchte darauf hinweisen, dass wir am 1.1. den Mehrphasenführerschein eingeführt haben. Dieser Mehrphasenführerschein ist richtig und wichtig aus folgendem Grund, weil wir dadurch die Unfallrate unserer Jugendlichen verringern und das ist gut so. Aber wir haben ganz vorhin schon im ersten Antrag gebeten oder den Antrag eingebracht, die Umverteilung der Lebensverdienstkurve. Man braucht als Jugendlicher das Geld am Anfang und nicht später. Und wir haben in Österreich exorbitant hohe Kosten des Führerscheines. In Österreich kostet ein Führerschein durchschnittlich zwei Nettogehälter, das kann nicht sein. Und dieser Mehrphasenführerschein, der zu mehr Sicherheit führt, kostet noch mehr, dadurch kommt es zu einer Zusatzbelastung der Jugendlichen, die den Führerschein machen und das können wir nicht zulassen. Deshalb stellen wir den Antrag, die Mehrkosten die durch diese Führerscheinart entstehen, abzuwälzen und umzuwälzen auf die Versicherungen, denn die Versicherungen sind die einzigen, die davon wirklich profitieren. Wir haben in Österreich durchschnittlich 42.000 Unfälle im Jahr, davon kostet einer ca. 50.000 Euro, das ist ca. eine 3/4 Million Schilling und wenn wir einige von diesen Unfällen reduzieren können, dann ersparen sich die Versicherungen einen Haufen Geld und diesen Haufen Geld sind wir nicht bereit zu zahlen. Diesen Haufen Geld, den sich die Versicherungen sparen, können sie ruhig dafür ausgeben, dass den Jugendlichen der Führerschein günstiger kommt, denn Mobilität ist in einem Land wie Österreich, wo die topografische Lage es erfordert, es erzwingt, dass die jungen Leute sicher unterwegs sein und mobil sein müssen, um erfolgreich sein können, diese Kosten müssen gedeckt sein und ich bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen. Herzlichen Dank.

Steindl:

Dankeschön. Es liegt mir keine Wortmeldung vor. Ich komme zur Abstimmung. Die Empfehlung lautet Zuweisung an den Fachausschuss. Wer damit einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Delegiertenkarte geben. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung. Das ist eine Stimmenthaltung. Damit haben wir den Antrag Nr. 22 auch behandelt. Ich bedanke mich für die Disziplin und übergebe den Vorsitz an den Herrn Staatssekretär Alfred Finz.

Finz:

Herzlichen Dank, ich übernehme den Vorsitz und läute die allerletzte Runde ein. Es geht um die Anträge 23 bis 27. Zum Antrag 23 liegt eine Wortmeldung vor. August Wöginger bitte ans Rednerpult zu kommen.

Wöginger:

Hohes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freunde der Österreichischen Volkspartei!

Bei diesen Antrag Nr. 23, den ja meine Bundesobfrau schon zum Teil erklärt hat, geht es um die Umverteilung der Lebensverdienstsumme. Es ist dies eine langjährige Forderung der jungen ÖVP. Ich bin seit 13 Jahren in der ÖVP tätig und ich weiß, dass das fast genauso lange eine Forderung der jungen ÖVP Oberösterreich ist, dass hier die Einstiegsgelder der jungen Menschen höher angesetzt werden, als das derzeit der Fall ist. Es geht hier darum, dass dem Menschen mehr Geld zur Verfügung steht, wenn sie in ihr Berufsleben einsteigen, weil man dort das Geld braucht für die Familiengründung, für das Hausbauen, für das Autokaufen u.dgl. Unser Antrag beinhaltet hauptsächlich jenen Punkt, dass jetzt mit den

Sozialpartnern Gespräche geführt werden, dass das auch zur Umsetzung kommt, dass das im Kollektivbereich umgesetzt werden kann. Das Bundesland Oberösterreich ist hier wiederum ein Vorzeigebispiel, nämlich im Landesdienst und im Gemeindedienst wurde das im Jahr 2000 bzw. im Jahr 2001 bereits umgesetzt. Ich bitte Sie, unseren Antrag zu unterstützen, damit auch das für die weiteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, vor allem für unsere jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Umsetzung kommt und auch im Kollektivvertrag geändert wird. Im Sinne unserer christlich sozialen Volkspartei und aller jungen Menschen in dieser Republik bitte ich, diesem Antrag zuzustimmen. Danke sehr.

Finz:

Danke. Es liegt keine weitere Wortmeldung vor und ich komme daher zur Abstimmung. Die Antragsprüfungskommission schlägt die Annahme vor. Wer ist für diese Annahme? Wer enthält sich? Wer ist kontra? Einstimmig angenommen. Wir kommen zum Punkt 24. Einführung des Jugendtickets. Ich bitte Thomas Ziegler ans Rednerpult.

Ziegler:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, hoher Parteitag!
Mit dem vorliegenden Antrag fordert die junge ÖVP Gerechtigkeit. Einmal mehr nicht nur Pensionen, sondern auch in diesem Punkt vom öffentlichen Nahverkehr fordert die junge ÖVP Gerechtigkeit. Gerechtigkeit bei der Vergünstigung, bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Wie die älteren Mitmenschen, die Pensionisten fordern auch wir junge Menschen, dass beim öffentlichen Nahverkehr der halbe Preis für das Ticket nur bezahlt wird. Wie die Silvia vorher schon gesagt hat ein kleines Beispiel: Senioren zahlen bei der Wiener Linie für eine Jahreskarte 204 Euro, Jugendliche zahlen für die selbe Jahreskarte 409 Euro, das ergibt eine Differenz von 200 Euro, das ist nicht fair, das ist nicht gerecht. Für viele junge Menschen ist das sehr viel Geld. Die junge ÖVP setzt sich daher für diese jungen Menschen ein. Gerade als Junger braucht man das Geld, wenn man eine Familie gründen will, wenn man seine Existenz aufbauen will. Wir brauchen die Unterstützung, bitte helft uns dabei. Unser Ziel ist es, den öffentlichen Personennahverkehr attraktiv und gerecht zu gestalten. Wir möchten uns gemeinsam dafür einsetzen, dass die öffentlichen Verkehrsmittel eine echte, eine echte Alternative zum ständig wachsenden Individualverkehr darstellen, dabei darf aber gerade die junge Bevölkerung, die vielfach tagtäglich auf den Personennahverkehr angewiesen ist, nicht vernachlässigt werden. Wir die junge Volkspartei, fordern daher ein Jugendticket für alle Jugendlichen bis 26 Jahre. Wie auch die älteren Mitmenschen, sollen wir Jungen dieses Jugendticket, die öffentlichen Verkehrsmittel um den halben Preis nutzen können. Bitte, sehr geehrte Damen und Herren, unterstützen Sie diesen Antrag. Danke.

Finz:

Danke. Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Die Empfehlung der Antragsprüfungskommission lautet Zuweisung an Fachausschuss für Verkehr, Infrastruktur und Telekom. Wer ist für diesen Antrag, der hebe seine Delegiertenkarte. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Einstimmig angenommen. Danke.

Wir kommen jetzt zum Antrag 25. Mitsprache in Zukunftsfragen. Bitte Martin Stempf ans Rednerpult.

Stempfl:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, hohes Präsidium, hoher Bundesparteitag!
Der Antrag mit der Ziffer 25 beschäftigt sich mit der Thematik der Mitsprache von jungen Menschen in Zukunftsfragen. Dieser Antrag ist für uns Junge, ist für mich als Jugendlicher von enormer Wichtigkeit, da Jugend nicht nur punktuell in einem Ministerium beheimatet sein soll, sondern eine Querschnittsmaterie in allen Bundesministerien darstellt, da sich alle politischen Vorhaben früher oder später in unterschiedlicher Weise auf alle Generationen auswirken. Die geforderte Jugendverträglichkeitsprüfung sollte wie das so genannte Gender- Mainstreaming angewandt werden, wo Gesetze in jedem Bundesministerium nach erarbeiteten Richtlinien auf genannte Gender- Mainstreaming überprüft werden.

Finz:

Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich möchte nur sagen, bei der Antragsprüfungskommission hat der junge VP-Vertreter mitgestimmt, und zwar deshalb ist die Zuweisung erfolgt, weil eine gesetzliche Verankerung verlangt wird, und dass muss man sich einfach durchschauen, was das bewirkt und wie die Zusammenhänge sind. Das war der Grund der Zuweisung. Nicht, dass wir inhaltlich dagegen sind. Ich bringe den Gegenantrag auf Annahme zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Gegenkontrolle. Wer ist gegen diesen Antrag? 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, ... Nochmals bitte, wer ist für diesen Antrag? 15, sind mehr. Wer enthält sich? Damit ist der Gegenantrag angenommen.
Ich komme zum Antrag 26. Medien. Thomas Noldner bitte zum Rednerpult.

Nolder:

Als junger Mensch in der Politik hoffe ich, dass wir nicht erst in vier Jahren wieder so ein Forum haben werden.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrtes Präsidium, hoher Bundesparteitag!
Österreich ist nicht ein Medienalbanien, das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Österreich ist nicht mehr Medienalbanien, und das ist das Verdienst der Österreichischen Volkspartei und insbesondere unseres Staatssekretärs Franz Morak, und das muss auch einmal gesagt werden.
Und trotzdem, es bleibt viel zu tun. Es bleibt viel zu tun - auch und gerade im Interesse von uns Jungen. Schließlich ist die Medienbranche immer noch einer der Wachstumsmotoren schlechthin. Aber was macht erfolgreiche Medienpolitik aus? Erfolgreiche Medienpolitik bedeutet die Schaffung von Arbeitsplätzen, von Arbeitsplätzen in neuen kreativen Berufsfeldern. Erfolgreiche Medienpolitik bedeutet auch, die Förderung des kreativen Potentials des Landes. Und erfolgreiche Medienpolitik leistet letztendlich auch einen wichtigen Beitrag zur Demokratie unserer Politik. Die junge ÖVP fordert daher folgende Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Medienstandortes Österreich:

1. Der Ausbau des dualen Rundfunksystems, und zwar eines dualen Rundfunksystems, das diesen Namen auch verdient. Das bedeutet auf der einen Seite, die Stärkung des ORF als öffentlich-rechtliches Medium zur Erhaltung zur kulturellen sowie gesellschaftlichen Identität Österreichs. Aber auf der anderen Seite auch, die Fortsetzung der bisherigen erfolgreichen ÖVP-Politik und somit weitere Liberalisierungsschritte für den privaten Sektor. Zum Beispiel durch die Entfaltungsmöglichkeiten der neuen privaten, der restlichen TV-Unternehmen oder auch durch die zahlreichen Privatradiounternehmen. Denn Vielfalt ist schließlich und endlich ein wichtiges Gut.

2. Die Reform der Pressereform. Meinungs- und Titelvielfalt, Qualitätssicherung, gesunder Wettbewerb und nicht Wettbewerbsverzerrung dürfen dabei keine Schlagworte bleiben, sondern müssen ernst genommen werden. Besonders die regionale Medienvielfalt soll Berücksichtigung finden. Und die Förderung der Journalistenbildung muss ausgebaut werden. Gleiches gilt für das digitale Fernsehen, das ist die Zukunft des Fernsehens und Interaktivität bleibt damit nicht ein Schlagwort, sondern Bürgerbeteiligung wird dadurch Realität. Apropos Bürgerbeteiligung, das betrifft auch die Forcierung von e-government. Daher wollen wir weitere Schritte setzen, z. B. durch die Umsetzung des elektronischen Schüler- und Studentenausweises, die an manchen Unis bereits Realität ist. Und schließlich muss die Unterstützung der Filmwirtschaft ausgedehnt werden, beispielsweise durch die Umsetzung eines Fonds für Fernsehfilmproduktionen, aber auch durch gezielte Strukturmaßnahmen für den österreichischen Film. Stichwort marktgerechte Strukturen. Stichwort Nachwuchsfilm. Stichwort Kulturgut Film. Schließlich fordern wir die Abschaffung der Werbeabgabe, eines weltweiten Steuerunikats, um der Medienwirtschaft weitere Impulse zu geben. In diesem Sinne ersuche ich den hohen Bundesparteitag um Annahme dieses Antrages.

Finz:

Danke. Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Die Empfehlung der Kommission lautet auf Annahme. Wer ist für diesen Vorschlag? Wer ist gegen diesen Vorschlag? Enthaltungen? Keine Enthaltungen.

Ich komme gleich zum Punkt 27 „Erweiterung des Bundesparteivorstandes“ und merke nur an, es liegt keine Wortmeldung vor. Stefan Knafl hat aus Gründen, aus zeitökonomischen Gründen, von einer Wortmeldung Abstand genommen. Wir wollen es ihm alle danken.

Hier liegt die Empfehlung der Kommission auf Zuweisung an den Bundesparteivorstand vor. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist dagegen? Enthaltungen? Danke.

Es sind jetzt alle Anträge abgearbeitet worden. Es hat 81 Wortmeldungen gegeben. Mir ist gesagt worden, das ist der absolute Rekord. Ich möchte euch danken für die Geduld, für die Disziplin bei der Behandlung und Abstimmung und ich unterbreche damit den 32. Bundesparteitag und vertage ihn auf morgen Früh, 10 Uhr. Gleichzeitig im Hinblick auf die späte Abendstunde möchte ich darauf hinweisen, dass jetzt sofort der Abend in Oberösterreich gegenüber dem Veranstaltungssaal, also gegenüber von diesem Saal gibt es Veranstaltungsräumlichkeiten, dort findet das jetzt statt. Danke. Die Sitzung ist für heute geschlossen.

Ende 1. Tag

LH Pröll:

Hoher Bundesparteitag, liebe Delegiertinnen und Delegierte!

Ich darf Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen, damit wir den Bundesparteitag, den wir gestern am Abend unterbrochen, auch wieder fortsetzen können. Ich begrüße zunächst Sie alle, meine Damen und Herren Delegierten, insbesondere natürlich möchte ich unsere Gäste begrüßen. Stellvertretend für alle, die hierher gekommen sind, alle ausländischen Gäste und stellvertretend für die zahlreichen Gäste aus dem Diplomatischen Corps, erlaube ich mir namentlich zu begrüßen Dr. Peter Ramsauer, den parlamentarischen Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Ich freue mich herzlich begrüßen zu können, Dr. Ivo Sanader, den

Vorsitzenden der HDZ. Ich begrüße sehr, sehr herzlich im Namen der Österreichischen Volkspartei hier am Parteitag den Justizminister Ivan Bizjak, Vizepräsident der Slowenischen Volkspartei. Ein herzliches Willkommen möchte ich entbieten dem Staatssekretär im slowakischen Außenamt, Jozsef Berenyi, Mitglied des Parteivorstands der SMK, herzlich willkommen. Und ich begrüße ganz herzlich Karoly Hérenyi, Fraktionschef des Ungarischen Demokratischen Forums, herzlich willkommen. Und herzlich willkommen auch einen jungen alten Freund, nämlich Michl Ebner, den Europaabgeordneten aus Südtirol. Und selbstverständlich darf ich auch unseren Bundeskanzler Wolfgang Schüssel mit seiner Gattin Gigi herzlich begrüßen. Nun, hoher Parteitag, damit dürfen wir den 32. Parteitag, der gestern am Abend unterbrochen wurde, fortsetzen. Ich stelle fest, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist und damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 5 „Wahlen“. Der Parteivorstand hat statutengemäß ein Wahlkomitee eingesetzt, in dem alle Landesparteien und Teilorganisationen durch ihren Vorsitzenden vertreten waren. Dieses Wahlkomitee hat in seiner Sitzung am 4. April die Wahlvorschläge für den heutigen Parteitag erarbeitet. Ich darf nunmehr den Sprecher des Wahlkomitees, Herrn Nationalratspräsidenten Andreas Khol, bitten, die Wahlvorschläge, die erarbeitet wurden, zu präsentieren.

Khol:

Liebe Freundinnen, liebe Freunde!

Ein einstimmiger Vorschlag, den kann ich heute präsentieren und wisst ihr, hier gilt der Grundsatz "Never change a winning Team". Bevor ich aber ins Detail gehe, möchte ich zuerst euch, liebe Delegierten, für den gestrigen Tag danken. 81 Diskussionsbeiträge - großartig in der Disziplin, großartig im Reichtum der Gedanken, das deutliche Profil einer christlich-demokratischen Volkspartei ist vor allen Augen hier in der Diskussion erneut bestätigt worden. Ich danke euch dafür. Zwei Dinge sind mir aufgefallen: Die Diskussion um wichtige Fragen findet nicht zwischen der Volkspartei und ihren politischen Konkurrenzen statt, sondern die profilerarbeitende Diskussion, die führen wir hier, denn wir sind die Vertreter des österreichischen Volkes, gewählte Delegierte.

Und ein Zweites möchte ich als Obmannstellvertreter des Seniorenbundes, als der Vertreter der älteren Generation sagen: Es war beeindruckend, wie gestern die jungen Frauen und die jungen Männer hier heroben diskutiert haben, großartig in der Sachkunde, großartig im Engagement. Wir sind eine junge Volkspartei. Ich danke euch.

Und dann muss ich auch noch jemanden loben, also 81 Diskussionsbeiträge - wo einem manchmal das Herz im Leibe hüpfen und manchmal das Messer im Sack aufgeht - sozusagen stumm anzuhören und denken, ich bin hier ein Zuhörer, denn das ist meine Partei und ich bin ihr erster Diener. Wolfgang Schüssel, das hat mich beeindruckt. Ich danke dir dafür.

Die schriftlichen Wahlvorschläge für das Parteischiedsgericht, für die Kontrollkommission und für die anderen statutarischen Gremien liegen alle in euren Mappen, liebe Delegierte. Ich möchte nur den politischen Kopf zur Wahl vorschlagen. Das Wahlkomitee hat einstimmig beschlossen, Wolfgang Schüssel und sein Team wiederum zur Wahl für die Spitze der Volkspartei vorzuschlagen. Der Vorschlag ist hiermit eingebracht.

Bevor er das Wort ergreift, möchte ich etwas tun im Namen des Wahlkomitees, ich möchte ihm danken. Wolfgang, du hast die Reform für Österreich nicht nur geredet, sondern gemacht. Du stehst an der Spitze der Reform für unsere Republik. Du bist ein Segen für unsere Republik.

Gefühle sind eine Sache, aber das internationale Benchmarking, das heißt also der Rangordnungsvergleich, der macht sicher, und seit Wolfgang Schüssel die Republik Österreich als Bundeskanzler führt, sind wir in der Rangliste um 9 Plätze vorangekommen. Wir gehören zu den Top 10 der Welt und unter seiner Führung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir die Top 3 schaffen.

Wolfgang Schüssel, hervorragend für Österreich. Wolfgang Schüssel, hervorragend für die Österreichische Volkspartei. Das möchte ich als Parteifunktionär, der seit dem Jahre 1973 jeden Parteitag mitgemacht hat, in den Höhen und den Tiefen, dankbar anmerken. Wir haben wieder ein klares christdemokratisches Profil. Danke Wolfgang Schüssel.

Wir haben die letzten 11 Wahlen gewonnen, wir alle. Wir, die Volkspartei, die Frauen und Männer, die Jungen und die Alten, die hier sitzen, weil wir ein einiges Team, ein einzig Volk von Brüdern, und wir werden einig die Wahlen in Österreich gestalten. Und noch etwas, jemand der geprägt ist von den vielen Auf- und Ab-Entwicklungen unserer Partei. Die Partei ist schuldenfrei, habt ihr das gestern gehört? Ich glaube, wir sind die einzige Partei in Österreich, die schuldenfrei ist. Vielen Dank Wolfgang Schüssel und Peter Kamp.

Das ist eine Leistung, denn wie wir übernommen haben, da war die Partei tief verschuldet. Jetzt haben wir die Grundsätze, die wir für die Republik als die richtigen betrachten, für uns selber angewandt. Wir haben wieder die Möglichkeiten, die Zukunft zu gestalten, denn wir haben keine Schulden mehr.

Und letztlich, Wolfgang, danke ich dir für deine Teamfähigkeit. Das ist nicht leicht, aber ich muss es sagen, es gibt eine Spitzencrew: Wolfgang, seine Stellvertreterinnen und Stellvertreter, die Minister und Staatssekretäre und die Landeshauptleute und die Chefs der Teilorganisationen. Wir sind eine diskussionsfähige, aber freundfähige Runde geworden. Wir mögen uns, wir streiten nicht, wir diskutieren untereinander, aber Wolfgang, dir ist es gelungen, aus vielen Einzelkämpfern ein Team zu machen. Dafür möchte ich dir auch danken.

In aller Bescheidenheit möchte ich sagen, wir sind stolz auf dich, wir sind stolz auf deine Stellvertreterin Elisabeth Gehrler, die gern Liesl Gehrler heißt. Sie ist die Mutter der Kompanie.

Wir sind stolz auf Willi Molterer, auf deinen zweiten Stellvertreter. Ein großartiger Umwelt- und Landwirtschaftsminister, der alle heißen Eisen der letzten Gesetzgebungsperiode in der Hand gehabt und nicht fallen gelassen, sondern sicher nach Hause gebracht hat. Danke Willi Molterer.

Und als Tiroler möchte ich sagen, dass meine Tiroler Landsfrau, die Elisabeth Zanon-zur Nedden, die weitere Stellvertreterin, einen großartigen Beitrag zur Gesundheitsreform in diesem Land geleistet hat, bei allen Verhandlungen mit dabei war, mitgekämpft hat von Innsbruck immer nach Wien. Danke Elisabeth, es war großartig.

Liebe Gigi Schüssel, dass du heute hier bist, zeigt, dass du immer dann, wenn's wichtig ist, neben Wolfgang und hinter dem Wolfgang stehst. Wir wissen alle, wie alle Männer wissen, wir wären nichts ohne unsere Frauen. Ich danke dir auch dafür, dass du ihm Stütze, Schutz und Hilfe bist.

Der Wahlvorschlag ist erstattet. Ich schließe mit dem Wort "Einigkeit macht stark" - das war das Geheimnis der letzten Jahre und das soll der Zauberschlüssel für die Zukunft sein. Glück auf.

LH Pröll:

Verehrter Herr Nationalratspräsident, ich danke dir für deinen Wahlvorschlag. Ich darf dem hohen Bundesparteitag mitteilen, dass keine weiteren Wahlvorschläge

eingelangt sind. Daher schlage ich nun vor, dass wir uns nun dem Kandidaten für die Funktion des Bundesparteiobmanns zuwenden und ich bitte daher den vorbereiteten Film, die Videoeinspielung, zu starten.

Video:

Seit Februar 2000 stellt die ÖVP mit Wolfgang wieder den Bundeskanzler und trägt damit die Hauptverantwortung für die Zukunft unseres Landes.

Wolfgang Schüssel ist damit ein weiterer Bundeskanzler der Volkspartei, der Österreich durch schwierige Zeiten steuern muss.

1945: Österreich ist vom Nazi-Terror befreit, aber ein zerstörtes, geteiltes und besetztes Land. Bei den ersten freien Wahlen im November 1945 erringt die ÖVP die absolute Mehrheit. Leopold Figl wird Bundeskanzler. Eine Einparteienregierung.

Seine wichtigste Aufgabe: Die Versorgung der Bevölkerung mit dem Notwendigsten sicherstellen.

Anfang der 50er Jahre stabilisiert sich die wirtschaftliche Lage. Die Versorgung ist gesichert, das deutsche Wirtschaftswunder gilt auch für Österreich, doch das Land bleibt besetzt. Julius Raab kämpft gemeinsam mit dem nunmehrigen Außenminister Leopold Figl um Österreichs Freiheit. Sie wird mit dem Staatsvertrag am 15. Mai 1955 Wirklichkeit.

Die Wirtschaft boomt, es herrscht Vollbeschäftigung, doch die politischen Strukturen werden zunehmend reformbedürftig. Der Steirer Alfons Gorbach leitet während seiner Kanzlerschaft Reformen im Staatsapparat, in der Wirtschaft und im Bildungswesen ein. Ende der 60er Jahre ist die Welt von technologischem Fortschritt geprägt. Aber auch vom Vietnamkrieg und einer starken Studentenbewegung, den 68ern. Wieder werden Reformen und Modernisierung notwendiger denn je.

Josef Klaus erringt 1966 für die ÖVP die absolute Mehrheit und beginnt ein ambitioniertes Reformprogramm für Österreich. Er übergibt ein ausgeglichenes Budget an die folgende Minderheitsregierung von Bruno Kreisky. Hermann Withalm übernimmt die ÖVP als Oppositionspartei. Er sowie die ihm folgenden Parteiböcher Karl Schleizer und Josef Taus warnen früh vor den Folgen des Kreiskykurses. Das mit Schulden finanzierte Füllhorn der Kreisky-Ära gibt ihnen aber keine Chance gegen die SPÖ.

1983 bricht Alois Mock die absolute Mehrheit der SPÖ. Josef Riegler und Erhard Busek bestimmen in den folgenden Jahren nachhaltig den ökosozialen und europäischen Weg der Österreichischen Volkspartei.

Februar 2000: Nach 30 Jahren übernimmt die ÖVP mit Wolfgang Schüssel wieder die Verantwortung im Kanzleramt. Einschneidende Reformen sind auch jetzt wieder notwendig, denn nach drei Jahrzehnten SPÖ-Kanzlerschaft wird der neuen Regierung ein Schuldenberg von gewaltigen 2 Billionen Schilling hinterlassen.

Mit der EU-Erweiterung steht Österreich vor einer der größten Herausforderungen seiner Geschichte.

Zukunft braucht Verantwortung und wer Reformnotwendigkeiten klein redet oder leugnet, kann nicht glaubwürdig Verantwortung für Österreich tragen. Diese Regierung steht für eine Politik, die den Menschen nichts vorgaukelt, sondern für eine Politik, die die Dinge aufrichtig beim Namen nennt.

Die Dinge beim Namen nennen, notwendige Reformen konsequent angehen, das ist die Politik von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel.

In seinem Programm bietet er Lösungen für die Probleme, vor denen Österreich steht. Die Verwirklichung des Programms erfordert Mut und Konsequenz. Nur so werden jene Ziele erreichbar sein, die Wolfgang Schüssel sich und der Bundesregierung gestellt hat.

Daher wollen wir die Beschäftigungsquote, insbesondere bei Frauen, bis zum Jahr 2010 auf 70% steigern und gleichzeitig besonders wichtig, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Österreich soll im Jahr 2010 ein Land der lebendigen Solidarität zwischen den Generationen sein. Österreich will auch im Jahr 2010 über ein Gesundheitssystem verfügen, dessen höchstwertige medizinischen Leistungen allen offen stehen. Österreich, meine Damen und Herren, soll 2010 das familien- und kinderfreundlichste Land der Welt sein. Wir wollen bis dahin eine echte Wissensgesellschaft verwirklichen und bis 2010 wird Österreich voll die positiven Erfolge der EU-Erweiterung nützen können. Mehr Sicherheit, mehr Wohlstand und eine saubere, gesunde Umwelt. Meine Damen und Herren, 2010 soll für alle Österreicherinnen und Österreicher eine deutliche Entlastung spürbar sein. Die Abgabenquote wird durch eine solide Budget- und Stabilitätspolitik und durch Steuersenkungen - Mehrzahl, zwei Entlastungen kommen bereits 2004 und 2005 - auf 40% zurückgehen.

Ein ambitioniertes Programm mit klar definierten Zielen. Ein Programm, das Österreich unter die Besten der Europäischen Union bringen wird. Wolfgang Schüssel braucht dafür aber die Unterstützung seiner Minister. Die Unterstützung von Verantwortungsträgern in Ländern und Gemeinden. Nicht zuletzt aber auch die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger.

Am 16. April wurden auf dem historisch bedeutsamen Boden der Akropolis in Athen die Beitrittsverträge mit den 10 neuen EU-Mitgliedern unterzeichnet. Die Teilung Europas ist überwunden. Der trennenden Nachkriegsordnung folgt nun ein großes Europa, das geeint ins 21. Jahrhundert geht. Wolfgang Schüssel hat an dieser Entwicklung wesentlich mitgewirkt.

Meine Damen und Herren, Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel.

Schüssel:

Danke liebe Freunde. Danke, dass ihr gekommen seid. Danke, dass ihr gestern acht Stunden eine engagierte hochstehende Diskussion geführt habt, über die wichtigen Themen der Zeit, Andreas Khol hat es erwähnt, über 80 Wortmeldungen, die die gesamte Bandbreite von den Sorgen der Bürgermeister, Finanzausgleich, ländlicher Raum, bis zu den Sorgen der Generationen zu Fragen eines effizienten öffentlichen Dienstes, der Suche um den Wirtschaftsstandort, den sozialen Ausgleich, die Familienpolitik, Behindertenfragen, Kinderrechte, eine unglaubliche Bandbreite an Themen und an Interesse, und auch an Begabungen ist hier spürbar geworden.

Meine Damen und Herren, ich freue mich sehr, dass wir Gäste aus unseren Nachbarländern vor allem bei uns haben, Freunde, befreundete Politiker, die mit uns viele Jahre bereits gemeinsam gegangen sind. Ein besonderer Gruß auch an Michl Ebner, der uns in der schwierigsten Zeit sehr geholfen hat im Europäischen Parlament. Danke, dass unser Kommissar Franz Fischler beide Tage bei uns ausharrt, und damit auch ein Zeichen der Solidarität des zu uns Gehörens setzt, das für uns und für ihn selbstverständlich ist, aber besonders bemerkt werden soll.

Vor acht Jahren, liebe Freunde, bin ich gewählt worden zum Bundesparteiohmann der Volkspartei und es sicherlich gebotene Zeit, jetzt, fünf Monate nach der letzten Nationalratswahl, die einen historischen Einschnitt, eine Zäsur gebracht hat, Bilanz zu ziehen. Zunächst danke ich euch allen für den großartigen Einsatz bei dieser Nationalratswahl. So etwas, und ich bin ja nicht gerade erst gestern in der Politik auf die Welt gekommen, ich arbeite eigentlich seit den Zeiten der Spätzeit von Josef Klaus, Hermann Withalm in dieser Volkspartei an verantwortlicher Stelle mit. Zuerst als ganz junger Mitarbeiter in Fraktion und dann aufsteigend auf der Leiter der Verantwortung bis ich jetzt Bundesparteiohmann bin. Ich habe so einen Wahleinsatz

in meinem ganzen Leben noch nie erlebt und es war beglückend und Mut machend und auch erfolgreich, dass alle Bürgermeister, die Tausenden Bürgermeister und Gemeinderäte, die Abgeordneten auf Landes-, Bundesratsebene, Nationalratsebene, alle Regierungsmitglieder in den Ländern, die Landeshauptleute, die Landeshauptleutestellvertreter, meine Minister, Generalsekretäre, Klubobmann, Präsident im Nationalrat - alle haben hier mitgeholfen. Und es ist nicht nur mein Erfolg, wirklich nicht, es ist unser aller Erfolg, von euch allen miterrungen, und ich möchte euch dafür danken, dass ihr diesen Weg acht Jahre lang mit mir gegangen seid.

Ein besonderer Dank gilt auch dem, der jetzt die Einleitung gemacht hat, Andreas Khol, ich meine der wirklich spektakuläre Wechsel, die sichtbare Veränderung in der Republik, dass wir die Nummer 1 geworden sind, war ja nicht der Bundeskanzler, das war ich vorher schon, aber der sichtbare Ausdruck, dass die ÖVP wiederum die stimmstärkste Partei seit vielen Jahrzehnten geworden ist, ist der Nationalratspräsident. Andreas Khol, danke für deine Freundschaft, danke für deine jahrelange Arbeit als kluger, umsichtiger und sehr professioneller Klubobmann und viel Glück für deine verantwortungsvolle, staatspolitische Tätigkeit als erster Nationalratspräsident! Dass er daneben noch, neben all diesen politischen wichtigen Tätigkeiten nicht darauf vergessen hat, auch das Private zu pflegen und gemeinsam mit dem Willi Molterer meiner Frau und mir das Tarockspielen beigebracht hat und dabei nicht verzweifelt ist, dass verdient natürlich eine besondere Referenz. Nun, dieses Wahlergebnis vom November des Vorjahres ist nicht zufällig entstanden, es ist das Ergebnis von vier Jahren harter, professioneller Arbeit für Österreich. Drei Jahre in schwierigster Zeit in der Koalition mit den Freiheitlichen. Und wenige können sich vorstellen, was eigentlich in dieser Zeit von uns auszuhalten gewesen ist, gemeinsam. Der Druck von innen, von außen. Vieles von dem, was wir heute erleben, ist ja ein Déjà-vu, das haben wir ja alles schon erlebt. Die Drohungen mit dem Streik, die Republik wird brennen und vieles andere mehr. Wir haben Österreich immer in diesen schwierigsten Zeiten auf Kurs gehalten, wir haben den sozialen Frieden bewahrt, wir haben die Souveränität und die Selbstständigkeit Österreichs verteidigt, in schwerster Zeit. Und dies alles wurde auch im November des Vorjahres honoriert und geschätzt. Wir wurden in die Verantwortung gewählt, nicht in das Verschieben der notwendigen Probleme. Und die Heimat Österreich in diesen Jahren ist besser, lebenswerter geworden. Sie ist heute ein erstklassiger Lebensstandort, ein Kultur- und Bildungsstandort und ich glaube auch, einer der besten Wirtschaftsstandorte der Welt geworden. Wir haben gezeigt, dass es möglich ist, Tradition und Moderne zu vereinen. Dass es möglich ist, sowohl zu bewahren, das ist guter, recht verstandener Konservatismus, aber auch zu bewegen, zu verändern. Wir sind, so gesehen, eine konservative und zugleich die modernste Partei Österreichs geworden und das ist wichtig, weil Österreich beides braucht. Das Verändern und das Bewahren, die Tradition und die Moderne.

Und wenn wir uns umblicken, wenn wir ein bisschen die Augen heben über die Probleme, die uns täglich bewegen, weil sie österreichische Probleme sind, dann sehen wir, dass die Welt um uns nicht einfach ist, und dass um uns eine Fülle von Problemen zu bewältigen sind, zu denen alleine Österreich wenig beitragen kann, aber gemeinsam mit anderen können sehr viel dazu beitragen. Denken Sie nur daran, dass in den letzten Wochen und Monaten die Irak-Krise die Weltöffentlichkeit, aber nicht nur diese, beschäftigt hat. Dass die Wirtschaftsdaten nicht zuletzt durch diese Irak-Krise, durch diese politische Zäsur drastisch beeinträchtigt gewesen sind. Dass hier tatsächlich die Stabilität der Welt auf dem Spiel gestanden ist. Und ich sage hier ganz offen, die Antworten sind nicht einfach, angesichts einer solchen

Entwicklung. Wer heute weiß, dass Nordkorea im Besitz einer Atombombe ist. Wer sieht, dass Israel und Palästina noch lange nicht auf dem Weg zu einem gemeinsamen Frieden sind, und Friede kann nur gemeinsam errungen werden. Stabilität gibt es nicht nur für eine Volksgruppe in dieser Region. Stabilität gibt es entweder für alle oder für keinen. Und es ist nicht einfach, in dieser Zeit standzuhalten und gemeinsam sinnvolle Konzepte zu entwickeln. Es ist nicht einfach, die Sicherheitsbedrohungen der heutigen Zeit zu erkennen und darauf richtig zu reagieren. Zehn Österreicherinnen und Österreicher sind derzeit in Algerien verschollen und wir wissen nicht, wie wir das Leben dieser Menschen absichern können. Wir sind bei manchen Herausforderungen oder Bedrohungen ratlos und wir müssen mit vielen, mit Freunden international, mit den besten Experten alles tun, um hier das bestmögliche für Österreich herauszuholen. Oder nehmen Sie die SARS-Krise, die infektiöse Grippe, die in Asien sich ausbreitet. Der „Economist“ ist einer der bedeutenderen europäischen Wochenzeitschriften, hat diese SARS-Krise bereits als das Tschernobyl für China bezeichnet. Das sind die wahren Herausforderungen. Und wir alle sind aufgefordert, dazu etwas beizutragen, uns auch mit diesen Fragen auseinander zu setzen, wie auch mit der wirtschaftlichen Situation der Welt, die uns nicht gleichgültig und unberührt lässt. Ich glaube, dass wir Österreicher uns in der Irak-Krise klug verhalten haben und dass wir gezeigt haben, was wenige andere Länder, wenn überhaupt ein anderes, zustande gebracht haben, nämlich einen nationalen Konsens in der Positionierung Österreichs. Ich danke allen dafür, die an diesem nationalen Konsens unter der Führung unserer Außenministerin mitgewirkt haben. Das war ein Beispiel, wie Österreich sich der Welt präsentieren kann und soll. Und wie richtig wir damit gelegen sind, dass wir hier keine extreme Position eingenommen haben, sondern eine gut ausgewogene Positionierung, hat uns erst vorgestern der UNO-Generalsekretär Kofi Annan bestätigt - also quasi von höchster Weltebene wurde gesagt, wie wichtig hier auch das österreichische Verhalten war. Zugleich aber ist für uns jetzt die Zeit in Europa gekommen, zu erwachen. Da gibt es ein sehr schönes Essay "Wenn Europa erwacht" von Peter Sloterdijk. Und dieses Erwachen Europas ist absolut gefragt, denn dieses herum dilettieren an einer europäischen Außenpolitik kann keinen Bestand haben, wenn wir Friede und Stabilität in der Welt sichern und auch als Europäer dazu etwas beitragen wollen. Jetzt ist die Zeit gekommen, nicht nur eine erfolgreiche Wirtschaftsunion, mit einer erfolgreichen Eurozone zu sein, sondern uns auch politisch einzubringen in der Welt und hier zusammenzustehen. Und da hat Europa jetzt einige ganz wesentliche Herausforderungen zu leisten.

Das eine ist natürlich die Erweiterung, ich habe die Bilder jetzt wieder gesehen von Athen und ich darf Ihnen schon sagen, diese Bilder und diese Zeremonie genau vor einer Woche in Athen, der Wiege der europäischen Demokratie, am Marktplatz, direkt auf der Agora, also dort, wo das Volk zusammengekommen ist vor 2000 und mehr Jahren, um dort in einfacher Form die Grundprinzipien der Demokratie zu leben, miteinander zu diskutieren, abzustimmen und trotzdem gemeinsam etwas nach einer solchen Abstimmung weiterzubringen. Das war eine bewegende Zeremonie, fünfzehn alte Mitgliedsländer und jetzt zehn neue. Und für mich auch als Parteiboss ist das ein bewegender Bogen. 1995, als ich im April den Parteiboss angetreten habe, war Österreich ein ganz junges Mitglied dieser europäischen Union, dank Alois Mock, dem ich an dieser Stelle nochmals sehr sehr herzlich für seinen unermüdlichen Einsatz danken möchte. Und damals, und das werde ich nie vergessen, als wir unseren Beitritt gefeiert haben, hast du schon gesagt "Und jetzt denken wir und arbeiten wir schon an der nächsten Runde der Erweiterung: die Länder Mittel- und Osteuropas".

Die Länder, die jahrzehntelang unter kommunistischer Diktatur Lebens-, Wirtschafts- und Entwicklungschancen nicht gehabt haben, die uns dank eines glücklichen Geschicks, einer geografischen Lage und sicherlich auch dank der Verhandlungskunst von Figl, Raab und vielen anderen, Ludwig Steiner hier nicht zu vergessen, auch anderer politischer Parteien, Kreisky, Schärp - alle sind hier zu erwähnen, das war nicht selbstverständlich, und diese Zeremonie hat mich dazu gebracht, dass ich in meiner kurzen Rede gesagt habe, ich selbst bin 1945 geboren und habe den weiten Bogen der Zerstörung durch Krieg, Wiederaufbau, bis zur Verwirklichung des friedlichen Zusammenlebens in Europa miterleben und mitgestalten dürfen.

Für uns Österreicher, die wir mit der Erfahrung einer mit Stacheldraht und Wachtürmen gesicherten Grenze aufgewachsen sind, beginnt in mancherlei Hinsicht jetzt erst innerlich das 21. Jahrhundert. Mit unseren Nachbarn frei, bestimmt, in Gemeinschaft leben zu dürfen. Die Verwüstungen des Totalitarismus und der Unfreiheit hinter uns zu lassen, diese Zukunft gemeinsam in Angriff zu nehmen. Von einem solchen Europa haben wir immer geträumt und jetzt lohnt es sich, für dieses Europa zu arbeiten. Die Wunden der alten Zeit beginnen zu heilen. Wir vereinen ja nicht die Staaten, wir vereinigen die Menschen. Und liebe Freunde, für mich ist auch ein Zeitpunkt gekommen, ein ganz großes Dankeschön zu sagen unseren Landeshauptleuten, vor allem jenen Landeshauptleuten, die direkt an dieser Grenze, an dieser Erweiterungsgrenze liegen. Ich möchte sie namentlich nennen: Erwin Pröll, der mit Tschechien und mit der Slowakei eine Nachbarschaftsgrenze hat. Gerhard Jellasitz und jetzt Franz Steindl, die im Burgenland die Grenze mit Ungarn gemeinsam haben. Waltraud Klasnic, die mit Slowenien eine gemeinsame Grenze, genauso wie Georg Wurmitzer hat oder Sepp Pühringer, der mit der tschechischen Republik eine ganze Reihe von schwierigen, zugleich aber auch schönen Momenten entstehen hat lassen. Ich danke euch für die großartige Arbeit und für das staatspolitische Bewusstsein, dass diese Erweiterung für uns Österreicher die Jahrhundertchance ist. Es heißt in unserer Bundeshymne von Paula Preradovic fast visionär "Liegst dem Erdteil zu inmitten", du Österreich, "einem starken Herzen gleich", das ist die Chance. Und jetzt muss sie ergriffen werden und wir haben sie jetzt gemeinsam zu nützen, und ich weiß, dass ein Gutteil dieser Zeremonie auf eure Arbeit, liebe Landespolitiker, in verantwortlicher Position zurückgeht. Ich bin stolz, mit euch das geschafft zu haben.

Und zum ersten Mal, zum ersten Mal haben wir jetzt wirklich die Möglichkeit in guter Nachbarschaft zu leben. Janez Drnovsek früher oder Toni Rop jetzt in Slowenien, genauso wie unsere Freunde, unsere Parteifreunde in Slowenien, die heute anwesend sind, Franc But und viele andere, oder Lojze Peterle früher, oder nehmt Ungarn her, Victor Orban oder der jetzige Ministerpräsident Peter Medgyessy, oder die Slowakei mit Mikula Dzurinda, unserem Parteifreund, oder die Tschechen. Plötzlich geht's. Vaclav Klaus kommt und findet richtige Worte. Spidla, Vladimir Spidla, wird kommen und unser Parteifreund Cyril Svoboda wird kommen, und sie werden die richtigen Worte finden. Und genauso geht's. Nicht mit Vetodrohungen, nicht mit der großen Keule, sondern im mühsamen, partnerschaftlichen, gut nachbarlichen Gespräch. Und diese Zukunft, Freunde, beginnt überhaupt erst, und auf die können wir uns zurecht freuen.

Zugleich aber sind wir auch in einer schwierigen Situation, an einer Wegkreuzung in Europa, wenn ich an den Konvent denke. Und viele Entwicklungen machen mir hier wirkliche Sorgen, und ich teile diese Sorgen mit manchen unserer europäischen Freunde. Ich sage euch sehr offen, meine, unsere Vision von Europa ist nicht die

Orwell'sche Animalfarm, einige sind gleich, andere sind gleicher. Wir wollen eine Gleichberechtigung aller Mitgliedsländer bewahren und sichern.

Ja, wir müssen vertiefen, wir müssen in manchen Bereichen Souveränität aufgeben, etwa in der Außenpolitik, in der Sicherheitspolitik, in der Währungspolitik. Aber wir müssen zugleich die Mitsprache, die souveräne Mitsprache der Nationen absichern. Die Rechte der Regionen bewahren oder überhaupt erst begründen. Und wir müssen sicherstellen, dass es eine starke unabhängige Kommission gibt, nicht einen Spielball für irgendwelche Großmächte oder für die Machtspiele von wenigen. Meine Freunde, ich will ein offenes, demokratisch gewähltes und entscheidungsstarkes europäisches Parlament und ich will nicht ein Direktorium von wenigen, die Millionen Bürgern in Europa sagen, wo es lang geht. Hannes Farnleitner, mein Regierungsbeauftragter im Konvent, hat sehr pointiert gesagt - als der jetzige Konventspräsident seine Vorschläge präsentiert hat, die er mit niemandem abgesprochen hat, natürlich, die auch meilenweit von der Hauptlinie und der Hauptstoßrichtung der Diskussion im Konvent entfernt waren - er hat gesagt, wir brauchen keinen EU-Präsidenten nach amerikanischem Vorbild und einen Sowjet-Rat und einen chinesischen Volkskongress, da ist etwas dran.

Wir brauchen ein Europa das stark ist, das gemeinsam auftritt, dort, wo es nur europäische Stimmen und Anliegen und Kraft geben kann, das zugleich aber auch dezentral, föderal, regional organisiert ist, sich bürgernah versteht und bereit ist, auf die Menschen hinzuhören. Ein solches Europa wird Bestand haben. Ein neuer Hegemon, ein neues römisches Reich - oder was immer - wird zerfallen, da hat es viele Versuche gegeben, und aus dieser Geschichte muss man und wollen wir lernen, liebe Freunde. Der Blick über die Grenzen ist also kein Nachteil für uns, denn überlegen Sie einmal, 50 Prozent unseres Wohlstandes müssen und können wir heute im internationalen Wettbewerb durch Exporte, Tourismus letztlich erwirtschaften. Und dieser Blick über die Grenzen zeigt auch, dass Österreich eigentlich sehr gut liegt. Wir sind im Ranking in vielen Bereichen ganz weit vorne:

Platz 1 in der Umweltqualität,

Platz 1 in der Lebensqualität,

Platz 1 in der medizinischen Versorgung,

Platz 2 in der Zufriedenheit mit den Gesundheitseinrichtungen,

Platz 1 in der Welt in den Bildungsausgaben für unsere Schüler,

Platz 1 in den Investitionen der privaten Unternehmungen,

Platz 1 oder 2 in den Familienleistungen,

Platz 3 im sozialen Zusammenhalt und in der Beschäftigung.

Zum ersten Mal als Bundesparteiobmann - manche erinnern sich vielleicht noch an meine Rede - damals habe ich gesagt: "Die Volkspartei wird eine starke Stimme für die Familien sein"- und wir haben Wort gehalten. Das Kindergeld drei Jahre für alle, 24 Monate Pensionsbegründungszeit für die Kindererziehung. Wo waren all die, die jahrzehntelang Zeit gehabt hätten, dies zu verwirklichen? Wir haben diese Meilensteine in wenigen Monaten, in wenigen Jahren zustande gebracht.

Wir haben die Hospizkarenz eingeführt, ein solches Beispiel gibt es auf der ganzen Welt bis heute nicht, die Familienbeihilfe erhöht, das Pflegegeld ab der Geburt für behinderte Kinder eingeführt. Und wissen Sie, eine Stimme braucht auch ein Gesicht, und heute kann ich Ihnen dieses Gesicht für die Familien vorstellen, es ist unsere Frauenministerin Maria Rauch-Kallat. Danke für deine Arbeit.

Ich habe vor acht Jahren eine starke Stimme für die Kinder gefordert, die unsere Volkspartei sein soll. Und wir haben das in der Bildung verwirklicht, Bildung und neue Technologien sind der Schwerpunkt geworden. Jeder siebente Euro aus dem

Bundesbudget wird heute für die Ausbildung, für eine erstklassige Lebenschance für die junge Generation eingesetzt. Die Pisa-Studie hat bewiesen, dass wir weit oben sind, noch nicht an der Spitze, aber weit oben. Die Fachhochschulen, ein sensationeller Erfolg für Erhard Busek oder Liesl Gehrler. Und jetzt die Unireform, die viele Diskussionen ausgelöst hat und heute glatt und reibungslos über die Bühne geht, wie wenn es eigentlich selbstverständlich nie etwas anderes hätte geben können. Oder die Schülerentlastung, die endlich jetzt thematisiert wird, denn wir wollen Kinder, die sich auf die Schule freuen und nicht jeden Tag erschöpft in die Schule kommen, erschöpft aus der Schule nach Hause kommen und letztlich auch nicht die Leistungen erbringen können. Und auch hier, die Stimme hat ein Gesicht, das sympathische und zugleich auch manchmal strenge, manchmal fröhlich lächelnde Gesicht der Liesl Gehrler.

Ich habe gefordert, die Volkspartei muss eine Stimme für einen starken Staat sein, ich bin immer für weniger Staat eingetreten, aber für einen starken Staat, vor allem in der Sicherheit. Und wenn wir heute innerhalb weniger Jahre das sicherste Land der Welt geworden sind, das wir erstmals in einer Hand - eine Jahrhundertreform, Polizei, Gendarmerie, Zollwache: die Exekutive in einer Hand - haben, dann ist das ein gewaltiger Sprung nach vorne. Wenn wir heute eine neue Bundesheerreformdiskussion beginnen, eine Kommission einsetzen, die sicherstellen soll, dass dieses Bundesheer nach wie vor eine Funktion hat für die Bevölkerung - Katastrophenschutz, Grenzeinsatz, Sicherheit in kritischen Momenten, wie gerade Luftraumüberwachung während der Irak-Krise - da muss dies ein vollständiger Schutz sein, nicht eine Teilsicherheit. Volkspartei und starke Stimme für die Sicherheit heißt: keine halben Sachen. Nicht mit Luftballons oder mit gutem Zureden oder mit Ferngläsern ist der Luftraum zu schützen, nur dank eines effizienten, gut ausgerüsteten Bundesheeres, das ernst genommen und von uns allen getragen wird, liebe Freunde. Und diese Stimmen für die Sicherheit haben zwei ganz großartige Gesichter, unseren Ernst Strasser und unseren Günther Platter. Ich danke euch für diese Arbeit.

Und ich habe gefordert, Volkspartei heißt eine starke Stimme für den Mittelstand zu sein. Viele Große können sich selber helfen, auch sie verdienen unsere Aufmerksamkeit, keine Frage, aber der Mittelstand braucht es besonders, und wir haben Wort gehalten, wir haben die Lohnnebenkosten gesenkt. Noch in diesem Jahr wird das lästige 13. Umsatzsteuermonat abgeschafft, der nicht entnommene Gewinn, der im Betrieb bleibt und die Arbeitsplätze sichert, deutlich steuerlich entlastet. 60.000 Betriebe gibt es heute mehr als 1995. Wir haben Wort gehalten und die Persönlichkeit mit dieser starken Stimme heißt Martin Bartenstein, ich danke dir für deine Arbeit.

Ich habe damals gesagt, die Volkspartei wird eine starke Stimme für Natur und Heimat sein. Und wenn wir heute die Nummer 1 im Umweltschutz sind, wenn wir heute als das Land in der ganzen Europäischen Union am besten die Umweltprogramme ausschöpfen, über die Biolandwirtschaft, über die Regionalförderung, wenn wir mit der Biomasse neue Chancen erschlossen haben, wenn wir fordern, dass österreichisches Wasser auch in Zukunft und für alle Zukunft in österreichischer rot-weiß-roter Hand bleiben muss, dann ist das nicht Rhetorik, dann ist das ein Herzensanliegen für uns alle, liebe Freunde. Wenn wir zum ersten Mal eine Klimaschutzmilliarde (in Schilling) aufbauend in den nächsten Jahren im Budget vorsehen. Wenn wir vorsehen, dass wir endlich die Lebensmittelsicherheit durch eine lückenlose Kontrolle wirksam garantieren können und wenn wir sicher stellen, dass zum ersten Mal in der Verfassung Tierschutz als österreichisches Anliegen vernünftig und effizient organisiert vorgesehen wird, dann ist das ein ganz

großer Erfolg für die Persönlichkeiten, zwei sind es, Willi Molterer für die Vergangenheit, und Sepp Pröll für die Zukunft. Danke euch.

Ich sagte, die Volkspartei muss eine laute Stimme gegen Gewalt und Radikalisierung, Radikalismus, Extremismus in der Welt sein. Und wir haben in der Bewahrung der Kinderrechte, in den Strafbestimmungen auch international, Internetmissbrauch, all diese grauenhaften Dinge, die Kindern heute angetan werden, nur um die Lüste von einigen Erwachsenen befriedigen zu wollen. Die Landminenfrage, die Small Arms-Problematik, die Flüchtlingsschwierigkeiten im Kosovo, in Bosnien, im palästinensischen Raum, am Golan, überall dort stehen österreichische Truppen und helfen mit, den Frieden zu bewahren. Der Dialog der Zivilisationen, den ich mit Khatami und Kofi Annan 2001 begonnen habe. Aber in Wahrheit wird all dies mit der Restitutionsfrage, die heikel und schwierig, aber gelöst worden ist, hervorragend repräsentiert von unserer Außenministerin Benita Ferrero-Waldner, dieser starken Stimme für die Menschenrechte. Und stolz sein kann sie, und können wir mit ihr, dass sie in einer unglaublichen Effizienz Österreicher und Österreicherinnen in Führungspositionen international gebracht hat. Nicht nur, dass Franz Fischler Österreich blendend in der Kommission repräsentiert, dass Walter Schwimmer Generalsekretär des Europarates geworden ist, dass Erhard Busek der Chef des europäischen Stabilitätspakts auf dem Balkan ist, dass die früheren Abgeordneten und Minister Moser, Kammerlander, Helga Konrad, oder der Botschafter Petritsch international Österreich gut repräsentiert haben, oder jetzt eine großartige Chance besteht, Gertrude Tumpel-Gugerell als Direktoriumsmitglied in die Europäische Zentralbank zu bringen, das sind ganz konkrete Erfolge, dass sich Österreich bewährt und gut durchsetzen kann.

Und ich habe gesagt, die Volkspartei muss eine starke Stimme für die Steuerzahler sein, Null-Defizit, keine Schulden, keine neuen Schulden mehr machen in guten Zeiten, aber auch Entlastungen für die Belegung der Konjunktur, zwei an der Zahl, Hochwasserhilfe, zwei Steuerentlastungen in Arbeit, 04, 05. Diese Stimme für die Steuerzahler sind der parteiunabhängige, aber bei uns höchst willkommene Karl-Heinz Grasser und unser Wiener Landesparteiobmann Staatssekretär Alfred Finz. Ich danke euch für diese Arbeit.

Und Volkspartei heißt natürlich auch, eine Stimme für den sozialen Zusammenhalt zu sein. So wie ihr das gestern verlangt habt, zurecht verlangt habt. Für die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung, für Begleitmaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt, Junge, Wiedereinstieg für Frauen, ältere Mitarbeiter. Ich sage euch sehr offen, diese Stimme für den sozialen Zusammenhalt, für das Ganze will und muss ich selbst sein, meine Damen und Herren.

Das heißt natürlich Verantwortung übernehmen und wir sind auch gewählt worden, weil wir bereit waren, Verantwortung zu übernehmen. Der Wählerauftrag, liebe Freunde, galt nicht den Zauderern und Zögerern, gewählt wurden nicht die Aufschieber, sondern die Umsetzer. Nicht auf der langen Bank werden die Probleme gelöst, sondern am Verhandlungstisch. Und das lehrt uns der Blick über die Grenze. Andreas Khol hat es gestern gesagt, es gibt zwei Lösungsmodelle: Die skandinavischen Länder, übrigens meist unter sozialdemokratischer Führung - Holland gehörte auch dazu in früherer Zeit, dann ist es etwas schwächer geworden - aber Finnland, Schweden, Dänemark, die haben rechtzeitig gehandelt. Die haben rechtzeitig ihre Hausaufgaben gemacht und wo stehen sie heute? Heute haben sie die Kraft, in schwieriger wirtschaftlicher Lage gegensteuern zu können. Das andere Modell Rot-Grün in Deutschland. Vier Jahre lang hat man den leichten, den angenehmen Weg gewählt und jetzt, wo das Wasser langsam gestiegen ist, nicht das Hochwasser, das politische Hochwasser, wo die Probleme sich nicht endlos

verdrängen lassen, wo sie einfach hervorbrechen auf allen Ebenen, in der Rentenproblematik, im Gesundheitssystem, auf dem Arbeitsmarkt, jetzt müssen die Einschnitte härter ausfallen als je zuvor.

Diese zwei Modelle sollen uns zu denken Anlass geben. Man muss die Reformen rechtzeitig angehen, man darf sie nicht verschieben, sonst werden die Probleme nur noch schwieriger. Wir haben dazu auch die Verantwortung übernommen mit dieser Wahl am 24. November 2002. Wir haben die Sondierungszeit drei Monate lang ja nicht verstreichen lassen, sondern wir haben mit jedem einzelnen möglichen Regierungspartner versucht auszuloten: geht's, haben wir die gemeinsame Problemsicht? Wer ist bereit, Verantwortung zu tragen? Das war ja ganz paradox, im November nach der Wahl waren wir allein, wir waren die einzigen, die regieren wollten und es uns auch zutrauen. Alle anderen wollten in Opposition bleiben oder in Opposition gehen. Nach drei Monaten Verhandlung hat sich das deutlich aufgelockert, plötzlich wollte jeder, doch nicht jeder konnte. Und ich sage hier ein offenes Wort zur politischen Konkurrenz: Alfred Gusenbauer oder Van der Bellen waren nicht das Problem, mein Eindruck war, beide haben die Notwendigkeit von Strukturreformen absolut eingesehen, es war ihre Partei, die sie genauso wie in Deutschland innerhalb der SPD oder in anderen politischen Gruppierungen verhindert haben, das Notwendige rechtzeitig zu tun.

Und ich glaube, die Sondierungen haben gezeigt, dass der Kassasturz eigentlich von allen gleich gesehen wird, dass wir jetzt etwas tun müssen und dass wir es richtig tun müssen. In wenigen Tagen, liebe Freunde, werden wir ein Doppelbudget für 2003 und 2004 dem Parlament zuleiten und 80 Begleitgesetze. Natürlich ist eines der umstrittensten und am heftigst diskutierten Themen, die Pensionssicherungsreform. Und ich will sie auch offen ansprechen, weil sie auch gestern ein wichtiges Thema gewesen ist. Warum nenne ich es Pensionssicherungsreform? Übrigens Copyright bei Fritz Neugebauer. Und ich finde er hat völlig recht, denn niemand, auch das gehört zur Ehrlichkeit von heute dazu, niemand kann Pensionen garantieren. Sie hängen ab von verschiedensten Faktoren. Zunächst einmal vom wirtschaftlichen Wohlstand. Haben wir Wachstum? Haben wir Beschäftigung? Dann hält der Generationenvertrag. Haben wir Nachwuchs? Haben wir Mut zum Kind? Dann hält der Generationenvertrag. Sind die Rahmenbedingungen so, dass sie finanzierbar und verkraftbar sind, dann hält der Generationenvertrag. Wenn auch nur eines auslässt, dann nützt der beste, der schönste oder netteste Pensionistenbrief nichts, davon hatten wir viele in der Vergangenheit, dann sind wir in einer ganz, ganz schwierigen Situation. Und man muss sich die Problemlage einmal vergegenwärtigen.

Waltraud Klasnic spricht immer davon, dass wir heute etwa fünf Generationen haben. Eineinhalb Generationen sind in Ausbildung, zwei Generationen im Arbeitsprozess und eineinhalb Generationen in Pension. Und das Verhältnis wird sich umkehren, es werden nur mehr eineinhalb Generationen arbeiten und zwei Generationen in der Pension sein. Freunde, dazu kommt noch das Problem, dass es einfach zu wenig Geburten gab in den letzten Jahren. Denn es ist nicht nur ein inneres Bedürfnis von uns allen, von mir besonders, dass wir den Mut zum Kind predigen und alles tun wollen, um den jungen Leuten von heute solche Entscheidungen zu erleichtern, sondern es ist auch kluge vorausschauende Politik. Denn überlegt einmal, was es bedeuten würde, wenn dieser Trend immer weniger Kinder zu haben, weiter voranschreitet. Wollen wir dann die Tür zur schrankenloser Migration aufmachen oder haben wir den Mut, dann drastisch die sozialen Einschnitte zu vertreten oder zu argumentieren? Ich glaube, es ist daher kluge, vorausschauende Politik, den Mut

zum Kind ernst zu nehmen, zu leben, wie das eigentlich nur wir von der Volkspartei bisher zustande gebracht haben.

Und es gehört dazu, dass man der Realität ins Auge schaut. Als das ASVG gegründet wurde, gingen die Menschen im Durchschnitt mit 63 Jahren in Pension und haben im Durchschnitt etwa acht Jahre Pension gehabt. Heute gehen wir vier, fünf Jahre früher in Pension und haben etwa 25 oder mehr Jahre durchschnittliche Pension vor uns. Dass das ein Problem ist, ist jedem klar. Und in ganz Europa wird über diese Frage ernst seriös diskutiert, gestritten, gerungen. Nächstes Jahr oder im Herbst wird die italienische Präsidentschaft dieses Thema eines europäischen solidarischen Generationenvertrags zum zentralen prioritären Thema der italienischen Ratspräsidentschaft machen. Und es ist auch ganz sinnvoll, dass wir uns mit diesem Thema auseinandersetzen und ich danke euch sehr, für die sachliche hervorragende Diskussion von gestern Abend.

Was mir aufgefallen ist und dazu will ich einige Dinge auch von mir her noch sagen, dass wir vielleicht ganz klar noch Information in den Vordergrund rücken müssen. Viele Menschen sind nicht informiert. Es war eine Umfrage vor wenigen Monaten - aber vor der intensiven Diskussion - was denn das gesetzliche Pensionsantrittsalter ist, Sie wissen 60, 65. Nicht einmal die Hälfte der befragten Österreicherinnen und Österreicher war spontan in der Lage, das gesetzliche Pensionsalter korrekt zu nennen. Über die Hälfte war der Meinung es sei irgendwo früher. Daher Aufklärung, Information ist absolut sinnvoll.

Zweitens: Wir müssen ganz klar nach Außen bringen, keiner der zwei Millionen Pensionisten von heute ist von dieser Maßnahme, die wir vorschlagen, betroffen. Das ist ganz wichtig, denn die Menschen fürchten sich am meisten.

Drittens: Niemand, der heute schon in Pension gehen könnte, wird für die Zukunft von irgendeiner Maßnahme, die wir setzen, betroffen sein. Weder von den Abschlägen, noch von sonstigen Dingen. Absolute Rechte werden gewahrt, soweit sie bisher schon entstanden sind. Das ist deswegen entscheidend, sonst beginnt ja ein Run in die Frühpension, also genau das Gegenteil, was wir erreichen wollen. Wir wollen die Menschen länger in Arbeit halten, weil wir ihre Erfahrung brauchen und weil wir auch in der Wirtschaft nicht auf sie verzichten können.

Nächster Punkt: Die Notwendigkeit zu einer Pensionsreform ist eigentlich von niemandem gestern bestritten worden. Ich danke vor allem Josef Fink, ich habe mir das mitgenommen. Er hat eine - das ist nämlich sozialpartnerschaftliche Aufklärungsarbeit - er hat eine Information, eine wirkliche Information für die Arbeitnehmer in Vorarlberg gemacht, wo die ganzen Alternativen aufgezeigt sind. Nämlich, wenn wir nichts tun, dann würden wir in 40 Jahren, das sind bitte zwei, drei Generationen, das werden die Jüngeren noch erleben, dann müssten wir in 40 Jahren die Beitragssätze um die Hälfte erhöhen oder die Pensionen fast um die Hälfte kürzen, oder das Pensionsantrittsalter um mehr als zehn Jahre erhöhen. Das ist die dramatische Situation.

Daher gibt es ja niemanden bei uns, niemanden bei den Experten und auch nicht in der öffentlichen Meinung, niemanden, der die Notwendigkeit einer gründlichen, einer umfassenden Reform bestreitet. Wie es Bernd Marin, einer der Experten, der oft zitierten Experten, ausdrückt: Wenn die Vor- bis Nachkriegsjahrgänge den Generationenvertrag auf Kosten ihrer Kinder mit ins Grab nehmen, dann wird der traditionelle Sozialstaat genauso scheitern, wie der reale Sozialismus gescheitert ist. Dem ist wenig hinzuzufügen. Ich habe genau zugehört gestern, was viele Delegierte zurecht verlangt haben, nämlich Gerechtigkeit, das ist ein Schlüsselwort für moderne, gute Politik. Gerechtigkeit. Und es ist nicht gerecht zuzuwarten, bis in Zukunft ein Arbeitnehmer einen Pensionisten erhalten muss, ist nicht gerecht, ist fahrlässig.

Es ist nicht gerecht, wenn Leistungen für die Allgemeinheit wie die Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen im Pensionsrecht nicht ausreichend berücksichtigt sind. Ist eine Frage der prinzipiellen Gerechtigkeit, sehe ich hundertprozentig ein. Und es ist nicht gerecht, wenn man sich die unterschiedlichen Pensionssysteme ansieht, was da alles herauskommt. Ich weiß nicht, ob Sie im Fernsehen gesehen haben, die Protestversammlung der Eisenbahner, die ja üblicherweise immer die Sperrspitze eines Protestes hier spielen, weil sie ja bekanntlich die am meisten Entrechteten im Pensionssystem sind in Österreich. Da haben sie in der, genau wie vor drei Jahren, hat Haberzettl, der Chef der Eisenbahnergewerkschaft, zu einer so genannten "Stehung" einberufen, und dann haben dort die Eisenbahner sich informiert über die Dinge, die da auf sie zukommen werden. 200 Meter neben dieser Eisenbahnerhauptwerkstätte ist die SGP, ist ein privatwirtschaftlicher Betrieb, der für die ÖBB Leistungen erbringt, manches ist dort ausgelagert, manche Aufträge sind dort hinverlagert. Und jetzt frage ich, ist es gerecht, wenn ein Schlosser 200 Meter neben der SGP in der Eisenbahnerwerkstätte mit 54,5 Jahren in Pension gehen kann und ein Schlosser mit der gleichen Qualifikation, den gleichen Fähigkeiten 200 Meter daneben bei der SGP warten muss, bis er 65 Jahre alt geworden ist? Das ist nicht gerecht, liebe Freunde. Gerechtigkeit heißt gemeinsame Spielregeln für alle. Oder nehmen Sie, weil das Thema der Gerechtigkeit ja wirklich kompliziert ist, nehmen Sie das Thema der Gerechtigkeit bei den Durchrechnungszeiten her. Manche glauben, wobei ja das individuelle Pensionskonto, das ich hundertprozentig unterstütze, eine tolle Idee ist. Das individuelle Pensionskonto bedeutet natürlich eine lebenslange Durchrechnung, klar. Wobei wiederum die Allgemeinheit staatspolitisch wichtige Leistungen, Präsenzdienst, Kindererziehung, Pflege natürlich ersetzen muss, das ist auch ganz klar, aber das heutige System mit den 15 besten Jahren - ich rede jetzt nur vom ASVG - mit den 15 besten Jahren führt zu krassen Ungerechtigkeiten. Ich habe mir herausgerechnet ein Beispiel: Eine Verkäuferin, die 40 Jahre ihres Lebens in etwa, da gibt's keine großen Gehaltssprünge, in etwa das Gleiche verdient, nämlich einen Durchschnittsgehalt von etwa 1.400, 1.500 Euro im Monat. Sie zahlt - die Inflation lassen wir jetzt beiseite - sie zahlt im Laufe ihres Berufslebens 180.000 Euro an eigenen Beiträgen Dienstgeber-Dienstnehmer ein. Ihre Pension wird ausmachen 280.000 Euro, die Lebenspension. Jemand, der in 15 Jahren die gleiche Summe, aber in der höchsten Kategorie einzahlt, den Rest mit der geringfügigen Beschäftigung sich die Jahre dazu erwirbt, der zahlt genauso 180.000 Euro ein, bekommt aber eine Pension, eine Lebenspensionssumme von 670.000 Euro. Das gleiche Beispiel: Zwei Frauen; die eine arbeitet 40 Jahre lang gleichmäßig und zahlt 180.000 Euro ein, Lebenspensionssumme 280.000 Euro. Eine andere nützt die 15 besten Jahre, der Rest wird dazugenommen, zahlt genauso 180.000 Euro und kriegt 670.000 Euro heraus, das ist nicht gerecht und fair. Daher ist diese Durchrechnungszeit natürlich abgefedert und abgewogen, das ist klar. Absolut sinnvoll, fair und vernünftig. Und ich glaube, das Gerechtigkeits Thema ist eines, das wir ganz bewusst als Volkspartei ins Zentrum stellen müssen, weil die Menschen ein Recht darauf haben, dass die Sonderrechte, die Privilegien der Vergangenheit angehören.

Und genauso ist auch ganz klar herausgekommen, der Wunsch, die Sehnsucht nach einer Harmonisierung dieser Systeme. Das wird ein Thema sein, das noch sehr viel Schweiß erfordern wird und das ist auch sehr offen zu sagen. Jeder, der jetzt sagt, das machen wir innerhalb weniger Wochen, das ist ein Thema, das wir bis 1. Jänner 2004 fertig stellen können. Viel Glück. Ich bin dazu bereit. Was ich aber erreichen möchte und da nehme ich euren Wunsch mit, wir werden sofort zeitgleich mit der Pensionssicherungsreform eine Punktation beschließen im Parlament, wo die

Eckpunkte dieser Harmonisierung gleich ein für alle Mal festgehalten werden. Damit die Menschen Vertrauen haben in die Zukunft.

Und es muss dabei völlig klar sein, dass alle, auch die Politiker, hier voll eingebunden werden müssen, dass sie genauso im Zeitsprung, in den Abschlügen und dazu ein spürbares Solidaropfer mitzubringen haben, damit diese gemeinsame Pensionssicherungsreform glaubwürdig ist und Vertrauen bei den Menschen schafft.

Und ich habe euren Wunsch gehört und ich nehme ihn auf, eine soziale Ausgewogenheit muss sicherstellen, dass etwa in der Frage der Kindererziehung, der Pflege, bei den langen Versicherungszeiten, aber auch in der möglichen Kumulierung von Verlusten aus verschiedenen Maßnahmen hier sorgsam vorgegangen werden muss. Seid versichert, ich nehme das auf mich. Ich werde mich persönlich um dieses Thema kümmern, damit wir gemeinsam eine Pensionssicherungsreform vertreten können, die Hand und Fuß hat, die langfristig wirkt, die den Menschen

Hand, die ausgestreckt war, nicht ergriffen. Im Gegenteil, beide Hände strecke ich aus zu den Sozialpartnern. Arbeitet mit im Interesse Österreichs, lasst die Streiks, das ist kein österreichischer Weg.

Liebe Freunde, wir haben die Wahl. Heute maßvolle Einschnitte oder morgen dramatische Einbußen. Wir dürfen nichts Unzumutbares verlangen, wir müssen aber das Notwendige tun. Alle spüren, dass etwas geschehen muss. Aber wir sind die einzige Partei, die es ernst meint. Und vielleicht ist dies auch die Zeit, um auszusprechen, was uns von den anderen unterscheidet.

Zum Ersten: Wir können es, die ändern mögen davon reden. Wir können Politik machen.

Zweitens: Wir halten das, was wir versprechen. Wir sagen vielleicht nicht immer angenehme Unwahrheiten. Wir sagen manchmal unangenehme Wahrheiten, das ist wahr. Aber die Menschen können dem trauen, was wir sagen und wir denken an das Ganze, wir denken nicht nur an unsere Zeit, wir denken an unsere Kinder. Und noch etwas hat gerade die gestrige Diskussion bewiesen, wir mögen uns. Wir mögen unterschiedlicher Meinung sein. Und es war schon spannend, wie da gestern auch die Standpunkte aufeinander geprallt sind. Aber dies ist in einem Geist der Teamarbeit, des freundschaftlichen "Wir können miteinander – wir mögen uns" geschehen und zeigen Sie mir eine andere Partei, wo eine solche Diskussion wie gestern Abend und Nacht denkbar wäre. Wir können stolz auf diese Diskussionskultur und auf diese Gesinnungsgemeinschaft sein, wie sie die Volkspartei heute darstellt.

Und auch die Sozialpartner sind bei uns anders. Ich muss das hier ganz offen sagen. Christoph Leitl und sein Team, das sind mutige Reformer. Die warten nicht erst, bis die Mitglieder unruhig werden, sondern hier werden tatsächlich Nägel mit Köpfen gemacht, hier ist eine Reformkraft am Werk, am Ruder, wo jeder spürt, da wird an einem Strang gezogen. Und da wird auch gemeinsam mit der Regierung etwas entwickelt. Wie jetzt etwa die großartige Exportoffensive, die uns im vorigen Jahr zum ersten Mal seit 1945 einen Überschuss in unserer Handelsbilanz erobert hat. Oder nehmen Sie Josef Fink oder Fritz Dinkhauser. Die zwei ÖAAB-Arbeiterpräsidenten, die ein klares Wort nie scheuen, aber immer in einem freundschaftlichen Geist und in einer partnerschaftlichen Gesinnung. Oder Fritz Neugebauer, mit dem ich mit seinem Team vor wenigen Tagen schwere, schwierige und harte Sozialpartnerverhandlungen als Dienstgeber zu Dienstnehmer geführt habe über die Inflationsabgeltung. Und da waren manche dabei, die abrechnen wollten. Da waren manche dabei, die auch schon die Verlockungen der Straße gespürt haben. Nein, er ist sitzen geblieben, ich bin sitzen geblieben, und wir haben gemeinsam etwas zustande gebracht. Das sind Sozialpartner im österreichischen Sinn, liebe Freunde. Auf die kann die Volkspartei stolz sein.

Oder Fritz Grillitsch, Rudi Schwarzböck: Haben Sie je erlebt, dass die Bauern irgendetwas, was sie sich vorgenommen haben, nicht durchgesetzt hätten? Aber sie haben es im richtigen Ton gemacht. Sie haben klug Bündnispartner, die Öffentlichkeit gesucht und schaut her, es geht, das ist gelebte Sozialpartnerschaft, liebe Freunde. Manche Journalisten haben jetzt geschrieben: Wo sind die Köpfe in der Volkspartei? Also der Schüssel, gut. Der ist irgendeine Mischung, auf der einen Seite Genie auf der anderen Seite Dämon oder Eisprinz. Weder noch, ist die wahre Antwort, aber ihr wisst es. Nur sagt es bitte nicht weiter, sonst könnte da unter Umständen der Nimbus darunter leiden. Ganz ein normaler Mensch aber mit einem erstklassigen Team. Wo sind die Köpfe, meine Damen und Herren Journalisten, hinten in den bequemen Reihen fußfrei. Da schauen Sie sich's an, da sind Dutzende Begabungen, auf die

jede Partei stolz sein könnte, nur es gibt keinen Transfermarkt für sie, die bleiben bei uns, die sind bei uns hoch willkommen.

Und was mich besonders freut, was mich wirklich besonders freut, weil dafür bin ich ja auch belächelt worden, 95. Ich habe damals die Städte angesprochen, erinnert ihr euch? Wir müssen für die Städte etwas tun, wir müssen dort präsent sein, denn es leben ja viele Leute in den Städten. Ländlicher Raum ganz wichtig, aber die Städte auch ganz wichtig. Wir sind belächelt worden. Das bringen sie nie zustande. Und die Wahrheit ist, schauen wir uns um, wir haben erfahrene Kommunalpolitiker. Da darf ich nur einfach unsere, meine langjährige Freundin, die Bürgermeisterin von Innsbruck, Hilde Zach, oder den Harald Scheucher aus Klagenfurt erwähnen. Großartige Bürgermeister von Landeshauptstädten. Oder die Jungen, die jetzt nachgekommen sind in Eisenstadt, der Peter Nemeth, oder in Graz, der Sigi Nagl, oder in Bregenz Markus Linhart, lauter gute junge Leute. Oder nehmen Sie die Hoffnungsträger in Salzburg, den Karl Gollegger oder in Linz jetzt den Bürgermeisterkandidaten Erich Watzl, großartige Leute. Und wir werden es auch in Wien schaffen, das garantieren der Alfred Finz und ich. 30 Prozent haben wir schon bei der Nationalratswahl gehabt und ein bisserl was drüber, wir werden auch Wien noch knacken. Heute ist nämlich der Wiener Parteitag der SPÖ, das ist wichtig, das zu sagen.

Liebe Freunde! Die Volkspartei ist eine Partei der Werte, ist eine Partei der Mitte und ist auch eine Partei der Bewegung. Wir haben die Verantwortung dazu übertragen bekommen am 24. November und ich weiß, dass wir jetzt vier Jahre lang auf dem Prüfstand stehen werden. Und ich stehe auf dem Prüfstand - bin mir völlig bewusst - heute bei euch. Ich werde dann in die Wahlzelle gehen und abstimmen. Und da werden viele Dinge, da werden viele Dinge jetzt unterstellt, auf die ich auch schon was sagen möchte. Manche sagen, ich bin nur an der Macht interessiert. Autoritär - was immer, ich bin schon mit Dollfuß verglichen worden, o.k. Wäre ich wirklich nur an der Macht interessiert, wissen Sie, was dann jemand - nicht ich - tun würde in der Pensionsdiskussion? Vier Jahre weiterwursteln, vier Jahre die Dinge weiterschieben, irgendwie kommt man schon noch über die nächste Wahl drüber. Das ist aber ganz falsch, es wäre nicht verantwortungsbewusst. Daher die Verantwortung ist eines und die Macht, um etwas machen zu können, ist notwendigerweise mit dabei. Und ich scheue sie nicht. Noch etwas wird gesagt, ich tu gern allein entscheiden. Blickt euch um und schaut euch einmal seit 95 an, wie sich die Partei verändert hat. Sind alle, die in den Ländern, in den Städten, in den Teilorganisationen, sind die schwächer geworden seither? Überhaupt nicht. Wir haben nicht nur Wahlen gewonnen, wir haben auch Profil gewonnen, wir haben Persönlichkeiten gewonnen. Als ich 95 am Parteitag gewählt wurde, habe ich mir angeschaut, waren viele alte Gesichter, langjährige graue, müde, bitter gewordene. Schaut euch heute um, wir haben eine tolle Mischung, Jung und Alt, Mann und Frau und fröhliche Gesichter. Ich habe damals gesagt "If you can't smile, don't open the shop" - chinesisches Sprichwort. Wenn du nicht lächeln kannst, dann bitte tu nichts verkaufen. Gilt im Geschäftsleben genauso wie in der Politik und das ist der Unterschied. Natürlich gehört harte Arbeit, harte Diskussion dazu, zugleich aber auch die Fröhlichkeit, etwas gerne zu tun und glaubt mir, die Welt ist voll von Mieselsüchtlern und sie werden nirgends auf der Welt gewählt. Daher, wir müssen die fröhlichen sein, die Optimisten.

Das schönste Kompliment für mich hat mir im Wahlkampf ein Schriftsteller gemacht, der nicht unbedingt zu unseren Bewunderern zählt, er hat gesagt "Eigentlich ist er ja kein Bundeskanzler, bestenfalls der Landeshauptmann von Österreich" - gibt es ein schöneres Kompliment von irgendwem? Und das war sicher nicht positiv gemeint,

aber gibt's ein schöneres Kompliment für einen Bundeskanzler von Österreich, als Landeshauptmann von Österreich genannt zu werden? Nein.

Die Art, wie die Landeshauptleute ihre Verantwortung wahrnehmen. Das muss auch ein Maßstab sein für gute Politik auf der Bundesebene. Bürgernah, kein Problem darf zu klein sein, dass wir uns dieses Problems nicht annehmen. Wir werden nicht alle lösen können, aber wir müssen es probieren. Und kein Problem darf zu groß sein, als dass wir flüchten oder es wegdrängen. Es ist ganz wichtig, diese Dinge zu lernen. Und ich glaube, dass wir auch daran erinnern müssen, was uns seit 95 stark gemacht hat. Es war die Einigkeit. Früher hat es Streit gegeben, wie das heute selbstverständlich in allen politischen Konkurrenzparteien der Fall ist. Uns hat attraktiv gemacht, der Wille zur Verantwortung. Uns hat modern gemacht, der Weg der Veränderung. Und das hat uns gemeinsam zur Nummer 1 gemacht. Und heute sage ich, das wollen wir auch bleiben. Keine Frage.

Darauf gibt es kein Anrecht, keine Erbpacht, das muss jeden Tag mühsam neu erobert werden. Mit guten Argumenten, mit persönlichem Einsatz, mit Charme, mit Überzeugungskraft, mit einigem Zusammenhalten. Aber das ist eben meine, unsere, eure Volkspartei, das wir uns das zutrauen. Eine Partei des menschlichen Maßes. Eine Partei der sozialen und wirtschaftlichen Verantwortung für Österreich. Eine Partei der Europachancen. Vor allem aber eine Partei mit Mut für die Zukunft.

LH Pröll:

Lieber Wolfgang, ich möchte mich gerne zu einem kurzen Dolmetscher der Delegierten machen und dir danken für all das, was du in den vergangenen Jahren mit uns gemeinsam in dieser Partei und vor allem in dieser Republik gearbeitet und bewältigt hast. Allerdings, das alleine wäre zu wenig, sondern dieser Applaus ist gleichzeitig auch ein starker Ausdruck dafür, wir wollen weiter gemeinsam mit dir in dieser Partei und in dieser Republik arbeiten zum Wohle der nächsten Generationen. Wir wünschen dir dabei alles erdenklich Gute und nunmehr, verehrte Delegiertinnen und Delegierten, kommen wir zum Tagesordnungspunkt Wahlen. Ich darf zur statutenmäßigen Abwicklung der Wahl den Vorsitz des Bundesparteitages an den Vorsitzenden der Wahlkommission, dem Landesgeschäftsführer LAbg. Mag. Michael Strugl übergeben.

Strugl:

Ich danke dem Herrn Landeshauptmann und übernehme den Vorsitz zur statutengemäßen Durchführung des Wahlvorganges. Wahlberechtigt sind alle Delegierten mit beschließender Stimme, d.h. mit einem blauen Scheckheft und einer Delegiertennummer. Wir beginnen mit der Wahl der Bundesfinanzprüfer des Bundesparteigerichts sowie des Bundeskontrollausschusses. In den Tagungsmappen finden Sie die entsprechenden Wahlvorschläge des Wahlkomitees. Ich schlage vor, dass wir über diese Vorschläge offen abstimmen. Gibt es dagegen einen Einwand?

Das ist nicht der Fall und ich frage daher, wer ist für den Wahlvorschlag für die Funktionen der Bundesfinanzprüfer, so wie sie in dem Vorschlag angeführt sind? Danke vielmals. Gegenprobe, wer ist dagegen? Danke, der Wahlvorschlag ist damit angenommen.

Wir kommen zur Wahl des Bundesparteigerichts. Wer ist für den Wahlvorschlag? Gegenstimmen? Danke, der Wahlvorschlag ist somit angenommen.

Wir kommen drittens zur Wahl des Bundeskontrollausschusses. Wer ist für den Wahlvorschlag? Gegenstimmen? Ich danke, auch dieser Wahlvorschlag ist somit angenommen.

Ich gratuliere den Gewählten und danke für eure Bereitschaft, Aufgaben für unsere Volkspartei zu übernehmen.

Wir kommen jetzt zur geheimen Wahl des Bundesparteiobermannes, seiner drei Stellvertreter und Stellvertreterinnen sowie des Bundesfinanzreferenten. Außer dem Wahlvorschlag des Wahlkomitees gibt es keine weiteren Vorschläge. Ich möchte noch kurz den Wahlvorgang erklären: Jeder Delegierte mit beschließender Stimme hat mit seiner Delegiertenkarte eine entsprechende Nummer zugeteilt bekommen. In der Einladung befindet sich ein Kontrollabschnitt mit der entsprechenden Nummer. Ich ersuche dann, wenn der Parteitag zur Wahl unterbrochen ist, dass die Delegierten zum Wahlbereich in den hinteren Bereich - mit dem blauen Vorhang vom Saal abgetrennt - sich begeben. Der Zugang zu diesem Bereich ist wieder überprüft und mit dieser Keycode-Karte kann man ihn dann betreten. Dort bekommt jeder Wahlberechtigte gegen Vorweis des Kontrollabschnittes aus dem Scheckheft, bitte den mitzunehmen, bei der Wahlkommission drei Stimmzettel. Jeweils einen für die Wahl des Obmannes, der drei Stellvertreter und Stellvertreterinnen und des Finanzreferenten. Wer für den Wahlvorschlag ist, so wie er dort steht, der kann die Stimmzettel unverändert ins Kuvert und die Wahlurne geben. Wer gegen einen der vorgeschlagenen Kandidaten stimmen möchte, kann dies durch Durchstreichen des Namens zum Ausdruck bringen bzw. wer sich enthalten will, gibt entweder den betreffenden Stimmzettel nicht ab oder schreibt Enthaltung drauf. Noch einmal der Hinweis bitte, dass jeder Delegierte seine Delegiertenkarte mitnimmt und auch die Delegiertennummer sich merkt. Damit unterbreche ich den Parteitag zur Stimmabgabe für ungefähr 30 Minuten.

(Wahl)

Strugl:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Delegierte, ich bitte euch, die Plätze wieder einzunehmen. Wir nehmen den Bundesparteitag nach der Unterbrechung für die Wahl wieder auf. Ich bitte euch, dass ihr euch zu euren Plätzen begeben, damit wir das Wahlergebnis bekannt geben können.

Liebe Delegierte, ich gebe das Wahlergebnis bekannt.

Die Wahlkommission hat die Stimmen ausgezählt und ich beginne mit der Bekanntgabe des Wahlergebnis für den Bundesfinanzreferenten. Der Wahlvorschlag hat gelautet auf Dr. Peter Kamp. Es sind 520 Stimmen abgegeben worden, davon waren 518 gültig. Mit JA haben gestimmt 515, mit NEIN drei. Das entspricht 99,4% für Dr. Peter Kamp.

Ich komme zur Bekanntgabe, nachdem der Peter Kamp schon da ist, darf ich ihn auch gleich bitten und fragen, ob er das Wahlergebnis, ob er die Wahl annimmt. Wir haben ein Funkmikrofon, damit es jeder hören kann.

Kamp:

Ja.

Strugl:

Ich danke dir.

Wir kommen als nächstes zur Wahl der Bundesparteiobmannstellvertreter und -stellvertreterinnen. Zur Wahl gestanden sind unsere Bundesministerin Elisabeth Gehrler und Klubobmann Mag. Willi Molterer und die Landesrätin Dr. Elisabeth Zanon-zur Nedden. Es entfielen auf Liesl Gehrler von 519 abgegebenen Stimmen, wovon 5 ungültig waren und 514 gültig, 489 Stimmen mit JA und 25 Stimmen mit NEIN, das entspricht 95,1%. Auf Klubobmann Mag. Willi Molterer entfielen von 519 abgegebenen Stimmen und 5 ungültigen, also insgesamt 514 gültigen Stimmen, 505 mit JA und 9 mit NEIN, das bedeutet 98,2%. Und auf Landesrätin Dr. Elisabeth Zanon-zur Nedden entfielen von 519 abgegebenen Stimmen, wovon 5 ungültig und 514 gültig waren, insgesamt 495 Stimmen mit JA und 19 mit NEIN. Das entspricht 96,3%. Ich bitte auch die Elisabeth Zanon auf die Bühne und darf euch jetzt fragen, ob ihr das Wahlergebnis, ob ihr die Wahl annehmt.

Liesl Gehrler:

Ich bedanke mich sehr herzlich und nehme die Wahl gerne an.

Strugl:

Danke vielmals.
Willi Molterer?

Molterer:

Ja sicher, danke.

Strugl:

Und ich darf auch die Elisabeth Zanon fragen -

Zanon-zur Nedden:

Ja auf jeden Fall gerne, danke.

Strugl:

Ich gratuliere euch sehr herzlich zu dieser überzeugenden Wahl und wir kommen jetzt zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses für unseren Bundesparteiobmann. Es ist zur Wahl gestanden unser Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel und nachdem wir – 520 Stimmen wurden abgegeben, 518 waren gültig, 515 Entschuldigung, jetzt habe ich das von Peter Kamp verlesen.

Lieber Wolfgang, das war einfach gut gemeint. Aber auch dieses Wahlergebnis kann sich sehen lassen. Von 520 abgegebenen Stimmen, wovon 3 ungültig waren und 517 gültig, hat Wolfgang Schüssel 486 Stimmen bekommen, 30 mit NEIN, 1 Enthaltung, das entspricht 94%, ich gratuliere fürs Erste.

Ich mach euch einen Vorschlag, weil ich möchte ja schon wieder runter gehen und dem Wolfgang die Bühne überlassen, aber statutengemäß muss ich dich fragen, ob du die Wahl annimmst.

Schüssel:

Ich freue mich sehr über dieses Wahlergebnis, das natürlich nicht selbstverständlich ist, das weiß ich genau, ich bin jetzt zum dritten Mal gewählt und ich weiß, das es ein ehrliches und ein wunderbares Ergebnis ist. Danke.

Strugl:

Ich danke dir und gratuliere dir und jetzt können wir noch ein bisschen weiterklatschen.

LH Pröll:

So damit sind wir am Ende dieses Bundesparteitags.

Schüssel:

Nein, ich geh eigentlich lieber zum Rednerpult, das ist gescheiter. Bin ja auch lang genug hier gestanden, daher nehme ich auch hier den Ball auf. Ich möchte euch sehr, sehr herzlich danken für diese zwei wichtigen Tage. Danke für die Zeit, für die Energie, für die positive Kraft, die ihr hineinvestiert habt in die Zukunft unserer Volkspartei. Ich freue mich auch sehr, dass mein Team unverändert geblieben ist. Wiederum: wo gibt's das sonst in der politischen Konkurrenz, dass die drei Stellvertreter, der Finanzreferent und ich mit der Erneuerung des Generalsekretärs, des Reinhold Lopatka, des neuen Klubobmanns, des neuen Nationalratspräsidenten, der gesamten Regierungsmannschaft, die teilweise natürlich auch neu ist - aber wir, die wir heute hier kandidiert haben, wir sind das Team, das vor vier Jahren angetreten ist. Auch diese Kontinuität ist bedeutsam, denn sie heißt etwas in unruhigen und in schwierigen Zeiten. Und auch die Wahlergebnisse: Dass jeder weiß, genau wie das heute ist, wir sind eine moderne, eine lebendige Partei, auch eine kritische, eine selbstkritische Partei und ich weiß, wie dieses Ergebnis zu werten ist, ist ein ganz großartiger Vertrauensbeweis, ein Vertrauensnachschuss, zugleich aber auch ein Vertrauensvorschuss für die nächsten Jahre, so wollen wir's halten. Das, was ich vor der Wahl versprochen habe, behutsame Einbindung aller Gruppen, der Länder, der Teilorganisationen, der Regionen, des Klubs und vieler anderer Institutionen, das werde ich nach der Wahl genauso halten. Ich freue mich schon auf die Zusammenarbeit mit euch und möchte jetzt sehr gerne meine Minister, die Landeshauptleute, den Präsidenten des Nationalrats, den Klubobmann, meine liebe Frau und den Generalsekretär zu mir auf die Bühne bitten, damit wir mit der Bundeshymne schließen können.

Wien, Juli 2003

Dr. Wolfgang Schüssel
Bundesparteiobmann

Dr. Reinhold Lopatka
Generalsekretär